Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

5. Juni 1978
Jg. 6 Nr. 23

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt – Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21903 C

UdSSR greift nach dem Uran und dem Erdöl Mexikos

Beim Besuch des mexikanischen Staatspräsidenten Portillo in Moskau mußten die Neuen Zaren den „Vertrag über die kernwaffenfreie Zone in Lateinamerika" unterschreiben, der sich gegen die Erpresserpolitik der Supermächte richtet. Mit einer getrennten Erklärung will die Supermacht jedoch ihre Unterschrift in eine Rechtfertigung jeder Einmischung in Lateinamerika umbiegen: „Auch Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken in den lateinamerikanischen Signatarstaaten würden eine Verletzung des Tlatelloco-Paktes darstellen." Die UdSSR will sich an die Uranvorkommen Mexikos heranmachen: Sie bietet Mexiko den Bau von Anreicherungsanlagen an, die Mexikö mit Uranlieferungen bezahlen soll. Die Erdöllieferungen Mexikos an Spanien will die UdSSR übernehmen, dafür soll Mexiko einen Teil der sowjetischen Lieferungen an Kuba übernehmen. Unterschriftsreif haben die Neuen Zaren das Abkommen nicht machen können, bei „der Frage der Preisverrechnung gibt es Differenzen".

OPEC treibt Landwirtschaftsfonds für Dritte Welt voran

Die Konferenz der Finanzminister der OPEC-Staaten hat auf ihrer Sitzung am 23. Mai in Wien über weitere Zahlungen an den „Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung" beraten und „mit Genugtuung festgestellt", daß der Fonds „nunmehr arbeitsfähig ist und daß die OPEC-Mitgliedsländer eine bedeutende Rolle in dieser Einrichtung zum Nutzen aller Entwicklungsländer" spielen. Aufgabe des Fonds ist die Bereitstellung von Krediten mit niedrigen Zinsen und günstigen Rückzahlungsbedingungen für den Aufbau der Landwirtschaft von Ländern der Dritten Welt. Die Staaten der Dritten Welt haben durchgesetzt, daß nach dem Statut sie über zwei Drittel der Stimmen bei Entscheidungen des Fonds verfügen.

Somalia baut eigene Fischereiindustrie auf

„Seit die UdSSR draußen ist, ist unser Fisch befreit", dies war eine der Losungen von Demonstrationen in Somalia nach der Aufkündigung des sowjetisch-somalischen Vertrages. Seit 1974 hatte die sowjetische Fangflotte 6000 Tonnen Fisch pro Jahr an sich gerissen, während die so-

Somalia baut eigene Fischereiindustrie auf

„Seit die UdSSR draußen ist, ist unser Fisch befreit", dies war eine der Losungen von Demonstrationen in Somalia nach der Aufkündigung des sowjetisch-somalischen Vertrages. Seit 1974 hatte die sowjetische Fangflotte 6000 Tonnen Fisch pro Jahr an sich gerissen, während die so-malische Ausbeute nur 5000 Tonnen betrug. Den Raubzug organisierte die Supermacht über die „gemeinsame sowjetisch-somalische Fischgesellschaft": betrug der Wert des gefangenen Fischs 30 Millionen somalische Schilling jährlich, so mußten davon 27 Millionen an die UdSSR zwecks Unterhalt ihrer Drohnen, „sowjetische Fischexperten" genannt, und zur Abzahlung von Ausrüstung abgeführt werden. Um die Ziele des Entwicklungsplans zur selbständigen Versorgung des Landes mit Nahrungsmitteln zu erreichen, betreibt Somalia den Aufbau von 16 Fischfangkooperativen, Gefrieranlagen, Fischhäfen und die Vergrößerung der eigenen Fischereiflotte auf 250 Motorboote und zehn Fangschiffe.

Präsident Samora Machel besucht Volksrepublik China

Samora Machel, Präsident der Volksrepublik Mozambique, hat vom 25. bis 30.5. die Volksrepublik China besucht. Während des Besuchs wurde ein Abkommen über technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern unterzeichnet. Bei seiner Ankunft sagte Präsident Machel unter anderem: „Wir hoffen, die afrikanischen Völker vereint für das gemeinsame Ziel zu sehen, und wir werden gegen die Spaltung unseres Kontinents angehen. Wir haben uns immer der Aufgabe gewidmet, die Spaltungspläne des Imperialismus scheitern zu lassen ... Die selbstlose Hilfe der Volksrepublik China für den Volkskrieg in Mozambique war einer der Faktoren von entscheidender Bedeutung in unserem Sieg über den portugiesischen Kolonialismus ... Als wir Erfolg in all unseren Anstrengungen hatten, hat uns Ihr Land beispielhafte Unterstützung gegeben, die kulturellen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern gestärkt und neue Felder der Zusammenarbeit eröffnet."

Der erste Schritt zur Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung: das amtliche Dementi

Es war im „Deutschen Bundestag", Ende April, Fragestunde an den Geschäftsbereich des Ehrenberg-Ministeriums. Ehrenbergs Parlamentarischer Staatssekretär Buschfort antwortet auf die Frage, ob die Regierung eine Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung plane. „Die Diskussion um das 21. Rentenanpassungsgesetz mit der Frage, ob wir nun eine Beitragserhöhung einführen oder aber einen geringeren Zuwachs bei den Renten gestalten sollen, zeigte, daß allein die Beantwortung dieser Frage, also die Tatsache, daß wir uns für den zweiten Weg entschieden haben, doch schon ausschließt, jetzt eine Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung einzuführen."

Man muß den Satz zweimal lesen, ehe man ihn verfolgen kann. Der Grund hierfür ist einfach: Der Mann will die Wahrheit nicht sagen, ohne deshalb direkt zu lügen. Wobei sein verschlungener Vergleich sicher verrät, daß man in Kreisen des Arbeitsministeriums eine weitere Senkung des Arbeitslosengeldes – wie bei den Renten – auf *jeden* Fall zu „gestalten" denkt. Doch es kommt noch mehr.

Der Frager besagter Fragestunde fährt fort, ob dies so zu verstehen sei, daß sowohl für 1979 wie für 1980 eine Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung auszuschließen sei. Darauf der Staatssekretär: „So weit, wie Sie jetzt gegangen sind, bin ich in meiner Formulierung nicht gegangen."

Man hört es heraus, die Bourgeois wissen, der Brei, den sie da rühren, ist heiß. Die gegenwärtige Regierung hat bereits mehrere Niederlagen bei ihren Angriffen auf den Lohn und auf die Versicherungen der Arbeiter und Angestellten hinnehmen müssen. Ehrenberg steckt noch die Veranstaltung in den Knochen, auf der ihn mehrere hundert Rentner am Reden hinderten. Daher wird nun ein Eiertanz inszeniert, ehe die Bourgeois sich an die Sache wagen.

Tatsache jedenfalls ist: Über die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosen-

Versicherungen der Arbeiter und Angestellten hinnehmen müssen. Ehrenberg steckt noch die Veranstaltung in den Knochen, auf der ihn mehrere hundert Rentner am Reden hinderten. Daher wird nun ein Eiertanz inszeniert, ehe die Bourgeois sich an die Sache wagen.

Tatsache jedenfalls ist: Über die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wie über die Kürzung des Arbeitslosengeldes wird wieder ganz offen verhandelt.

Natürlich sind die Kapitalisten nicht in jedem Fall für eine Erhöhung der Versicherungsbeiträge. Immerhin müssen sie die Hälfte des Beitrags zum Bruttolohn zuzahlen, und letztlich zählt dieser zu den Kosten, die die Kapitalisten für den Ankauf von Arbeitskraft aufwenden müssen. Daher auch das ständige Gejammer, ob eine Beitragserhöhung nicht die mit Nachdruck betriebenen Lohnsenkungen behindere. Demagogisch nutzen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer dies, um ihre Forderungen nach Beitrags*erhöhungen* unterzubringen. Dankbar kann Ehrenberg vermelden: „Respekt und Anerkennung für den DGB, der Beitragserhöhungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt für zumutbar hält." Weshalb die Kapitalistenklasse tatsächlich weitere Beitragserhöhungen wie in der Renten-, so auch in der Arbeitslosenversicherung plant, sagen diese bürgerlichen Politiker natürlich nicht. Es ergibt sich aus dem reaktionären Verwendungszweck, den die Bourgeois den so abgepreßten Geldern zugedacht haben.

Die Kapitalistenklasse braucht die Beitragsgelder der Arbeiterklasse für die Aufstockung ihrer imperialistischen Kriegskasse und für die Finanzierung ihrer Arbeitsbeschaffungsprogramme – ganz nach historischem Vorbild. Anders als durch hohe Beitragszahlungen und gekürzte Auszahlungen an Arbeitslose ist an die hierfür beanspruchten Gelder nicht zu kommen.

Bereits bei der letzten Änderung der Rentengesetze vergangenen Juli wurde in diesem Sinne eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung praktisch vorprogrammiert. Eine ganze Reihe von Ausgaben, die bisher die Rentenversicherung zu tragen hatte, wurde nämlich der Arbeitslosenversicherung übertragen. Vor allem muß die Arbeitslosenkasse Beiträge an die Rentenversicherung für alle Empfänger von Arbeitslosengeld zahlen. Pro Jahr macht das zusammen etwa 3,3 Milliarden Mark. Das ist rund ein Vier-

(Fortsetzung Seite 2)

Rom: 50000 Textilarbeiter demonstrieren





Zum landesweiten Streik hatte die Einheitsgewerkschaft der italienischen Textilarbeiter für den 26. Mai aufgerufen. Der Streik richtete sich gegen Massenentlassungen und Betriebsstillegungen und gegen die Überausbeutung mit „Schwarzarbeit", d.h. ohne Tarifvertrag und Sozialversicherung. Von den 1,5 Millionen Arbeitern der Branche sind allein 1977 50000 entlassen worden. 40000 weitere sind jetzt von Entlassung bedroht. Die Textilkapitalisten haben die Ausbeutung der verbliebenen Arbeiter gewaltig verschärft: Seit 1973 werden die ausscheidenden alten Arbeiter nicht mehr ersetzt. 50000 beteiligten sich an der Demonstration der Gewerkschaft in Rom (Bild).

Hunde, die bellen, beißen doch

Peinliche Unverschämtheiten Schmidts anläßlich der UNO-Sonderversammlung

In der letzten Woche entdeckte die bürgerliche Presse einen neuen Widerspruch: einerseits UNO-Sonderversammlung zu Abrüstungsfragen, andererseits NATO-Gipfelkonferenz, auf der die Verstärkung der Rüstung und die Erhöhung der diesbezüglichen Ausgaben um 3% „mit Einmütigkeit" beschlossen wurde. Sollte das jemand paradox finden, so lasse er es sich von dem „wegen seines analytischen Verstandes geschätzten" westdeutschen Kanzler erklären. „Im Interesse des Friedens brauchen wir eine umfassende politische Sicherheitsgemeinschaft ... In diesem Zusammenhang drücke ich meinen Respekt aus für die Energie und Überzeugungskraft, mit der Präsident Carter diesen Prozeß fördert", schmeichelte er in seiner UNO-Rede. Nach Carters „improvisierter" Eröffnungsrede auf dem NATO-Gipfel meinte er neidisch: „Das war schon sehr gut. Das fand ich erstklassig." Angesichts der Neubesinnung der NATO auf ihre „weltpolitischen Aufgaben" in Afrika und anderswo stehen ihm Allüren nicht an. Und dem Erdnußpfaffen muß er nun mal zugute halten, daß dieser eine Supermacht vertritt, er dagegen nur eine „Mittelmacht", in bezug auf die „Definierung der Rolle Bonns in der Weltpolitik" ein Problem, das die bürgerliche Presse mit der Quadratur des Kreises vergleicht. Noch, zumindest; denn in absehbarer Zeit wird es fünf Weltmächte geben. Eine davon die EG, die anderen USA, Sowjetunion, Japan, China. „Es ist ja nicht so, daß die 120 Entwicklungsländer, die es auf der Welt gibt, eine gemeinsame Wirtschafts- und Außenpolitik verfolgen. Es sieht nur so aus. Sie selber ... versuchen in den Vereinten Nationen und auf anderen Nord-Süd-Konferenzen den Eindruck einer einheitlichen Gruppe zu machen. In Wirklichkeit ist das nicht der Fall." Zehn Tage später hält er seine UNO-Rede, wesentlich farbloser. Er kann sich dort nicht so recht entfalten, schließlich hat die UNO die BRD eindeutig verurteilt wegen ihrer Unterstützung für die rassistischen Regimes im südlichen Afrika. Da braucht er schon ein anderes Forum, z.B. das amerikanische Fernsehen am Abend nach seiner Rede in der Sendung „Face the Nation": „Mit Konsequenzen in der Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit den Entwicklungsländern hat der Bundeskanzler für den Fall gedroht, daß die ‚falschen' Anklagen aus der Dritten Welt gegen die Bundesrepublik nicht aufhören ... Ferner verlangte Schmidt von den Entwicklungsländern, daß sie keine Forderungen erheben, die die Weltwirtschaft noch tiefer in Unordnung stürzen ... Außerdem müßten die Entwicklungsländer privaten Investoren zumindest auf eine bestimmte Zeit befristete Garantien geben." (Frankfurter Neue Presse) In dieser Hinsicht ist die westdeutsche Monopolbourgeoisie geradezu prädestiniert, zur führenden Kraft in der „Weltmacht EG" heranzureifen, denn „*wir* würden am stärksten betroffen werden als eines der am stärksten exportabhängigen und importabhängigen Länder, haben keine Rohstoffe außer unserer Kohle ... wir sind also am stärksten auf Freihandel in der Welt ausgerichtet, und zwar aus unserer eigenen Interessenlage", erläuterte er der „Deutschen Welle" in besagtem Interview. Nur angemessen, wenn er sich bei UNO-Generalsekretär Waldheim darüber mokiert, daß „die personelle Besetzung der Bundesrepublik' im UNO-Management zu wünschen übrig lasse. Das Deutsche zählt nicht zu den amtlich gebrauchten Sprachen, und die Bundesrepublik stellt keine Truppen bei den UN-Friedenskontingenten, sondern liefert lediglich materiellen Beistand bei Befriedungsaktionen." (Süddeutsche Zeitung, 29.5.)

Nahezu ist es geschafft. Erst das UNO-Forum nutzen, dieses „Spektakel ohne konkrete Wirkungen", wo die Redner den Zweck verfolgen, „wenigstens den Daheimgebliebenen etwas zu bieten", dann unter Carters Ägide als sein Vorstehhund kläffen. Auftritt im ZDF letzten Mittwoch: „... wenn die Vereinten Nationen in Zukunft in irgendeinem Teil der Welt peace-keeping-operations unterneh ..." – „Friedenssicherung", unterbricht ihn der Reporter – „ja, *Friedenssicherung* zu betreiben haben, so werden wir uns überlegen, ob wir, wenn wir gefragt werden und gebeten werden, dem nicht zu entsprechen haben."

Er hatte schon klarere Vorstellungen über die „weltpolitische Rolle Bonns", als er für seinen UNO-Auftritt den Vorschlag für ein „internationales Jugendwerk" ausarbeiten ließ, das den „Heranwachsenden aus Konfliktgebieten" zugutekommen solle. Mag sein, daß er sich an dem sozialimperialistischen Konzept orientiert hat, um die Jugend für den „Friedenseinsatz" in Afrika zu gewinnen. Jedenfalls ließ er den Vorstoß fallen. Seine Befürchtung: Ein solches Projekt könne leicht, gäbe man erst die Regie aus der Hand, außer Kontrolle geraten. Schuster bleib bei deinem Leisten. Schön brav an der Seite der „Schutzmacht des Westens". „Nicht im Traum würde hier jemand daran denken, sich von der tiefgegründeten Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten zu lösen", bemerkt der kühle Vernunftsmensch und denkt an die von Carter verordneten Telefongespräche „im Bedarfsfall", in denen er wegen dessen breitem „Südstaatendialekt" nur die Hälfte versteht. Dafür schützen ihn Carters Besatzertruppen. – (Z-Red.)

Der erste Schritt zur Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung: das amtliche Dementi

(Fortsetzung von Seite 1)

tel der Beitragseinnahmen der Arbeitslosenkasse, und da die Maßnahmen im Juli einsetzen, werden sie zwar nicht „derzeit", aber *bald* zur Begründung einer Beitragserhöhung herhalten müssen. Indirekt wird so die Kriegskasse aufgestockt, als die wegen der sechsmal so hohen Einnahmen in erster Linie die Rentenversicherung fungiert.

Unmittelbar dienen die Gelder der Finanzierung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Der Industrieverband der Kapitalisten (BDI) fordert in seinem neuen Jahresbericht weitere „arbeitsmarktpolitische Maßnahmen". Im Durchschnitt der letzten vier Jahre waren ständig etwa 160000 Lohnabhängige direkt oder indirekt von solchen Maßnahmen erfaßt. Und die Zahl der Maßnahmen zur „Förderung der Arbeitsaufnahme" hat sich von 234000 im Jahre 1974 auf 515000 im vergangenen Jahr erhöht. Hunderttausende wurden so gezwungen (sonst wird das Arbeitslosengeld gestrichen), für ein Spottgeld und unter einem Zuchthausreglement ihre Arbeitskraft zu verausgaben. Systematisch werden sie zu Lohndrückerei und zur Durchbrechung der von der Arbeiterbewegung erkämpften Rechte und Arbeitsbedingungen eingesetzt. Minta, Vizepräsident der Bundesanstalt für Arbeit, führt vor, wo die sozialdemokratischen Forderungen nach „Recht auf Arbeit" hinführen: „Ich meine mit Recht auf Arbeit das elementare Recht jedes Menschen, sich arbeitend zu betätigen, ein Recht, das nicht einmal Kriegsgefangenen oder Strafgefangenen verweigert werden darf." Minta durfte solches in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften" unter der Überschrift „aktive Arbeitsmarktpolitik" verkünden.

Die Sozialdemokraten, die nicht laut genug nach „mutigem, massivem Staatseinsatz" (Die Quelle) verlangen können und dies mit jedem sichtlichen Mißerfolg der für die Krisen- und Arbeitsbeschaffungsprogramme ausgegebenen Milliarden immer aufgeregter tun, lernen hierin von den Kriegsvorbereitungen, wie sie die Faschisten vor dem zweiten imperialistischen Weltkrieg betrieben haben.

„Die große Forderung des Jahres 1933 lautete daher: Arbeitsbeschaffung!" schrieb der Arbeitsminister Seldte der Nazis, ehe er – im Jahre 1938 – seine hehren Absichten anfügte: „Eine solche Sozialpolitik aber dient nicht nur dem Frieden der eigenen Nation, sondern sie ist meiner Überzeugung nach ein entscheidender Beitrag zum Weltfrieden." 1937 wurden die auch heute so wohltätig gepriesenen Umschulungskurse eingeführt, 1938 die „Förderung der Arbeitsaufnahme" und schließlich am 22. Juni 1938 mit der „Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung" die Dienstverpflichtung.

Dahin *muß* kommen, wem nichts mehr am Herzen liegt, als die Unterdrückung der Revolution und die Lobpreisung und Erhaltung des kapitalistischen Eigentums.

Wenn Staatssekretär Buschfort jetzt Beitragserhöhungen nicht zugeben wollte, so lernt man auch hier aus Vergangenem. Im Januar 1975 hatte die Bundesregierung auf eine Anfrage im Bundestag erklärt: „Die Anhebung des Beitragssatzes (in der Arbeitslosenversicherung) und die Einschränkung gesetzlicher Leistungen werden für das Jahr 1975 nicht in Betracht gezogen", und am 25. Mai hatte der Regierungssprecher dies in Springers „Bild am Sonntag" wiederholt. Kein Vierteljahr war vergangen, da hatte die Bundesregierung ihr Haushaltsstrukturgesetz ausgekocht, in dessen Mittelpunkt der Angriff auf die Arbeitslosenversicherung und die Beitragserhöhung um 50% standen. Damit wurde ein Programm der verschärften Reaktion eingeleitet.

Seit nunmehr vier Jahren beträgt die Zahl der durchschnittlich registrierten Arbeitslosen um eine Million, aber nur noch gut die Hälfte erhält Arbeitslosengeld. Um ein Viertel sind die Ausgaben für Arbeitslosengeld seither gesunken. Andererseits hat die Beitragserhöhung runde 4,6 Milliarden eingebracht und die Arbeitsbeschaffungsprogramme finanziert.

Mit den Arbeitsbeschaffungsprogrammen wird unter der verlogenen Parole „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit" Lohnsenkung und Kriegsvorbereitung betrieben. Darin werden die Bourgeois keinen Abstrich machen, und die Beitragserhöhungen werden daher versucht werden. Die Parlamentsintrigen der Diäten-Empfänger des Bundestags, die mit der jetzt begonnenen letzten Sitzungsperiode vor der Sommerpause einen Aufschwung erleben, waren als Einleitung hierzu – und als Testballon – gedacht.

„. . . in gewisser Weise freiberuflich"

Arbeitslohn, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen im Gaststättengewerbe

Im Tarifvertrag hat die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten einen Mindestlohn von 1119 DM für Bedienungen mit den Hotel- und Gaststättenkapitalisten ausgehandelt bei einer Arbeitszeit von 44 Stunden, und bei 51 Stunden einen Grundlohn von 1342 DM. Kassiert die Kellnerin nicht selbst ab, sondern trägt nur auf, beträgt der tarifliche Grundlohn bei 44 Wochenstunden nur 938 DM brutto. Selbst dieser Hungerlohn wird in den meisten Gaststätten nicht gezahlt. Gibt es überhaupt einen vertraglich vereinbarten Mindestlohn, dann zwischen 800 und 900 DM. Meist gibt es nur „Umsatzbeteiligung" von 8,5 bis 12%. Läuft das Geschäft nicht, verdient man auch nichts. Denn „ein bißchen Risiko ist ja immer dabei . . . und in gewisser Weise ist es ja auch freiberuflich", so die Antwort bei einem Bewerbungsgespräch bei der Gaststätte am Frankfurter Zoo. Im Sommer, wenn das Geschäft gut geht, kann die Bedienung schon mal 180 DM an einem Sonntag verdienen. Die Arbeitszeit beträgt 9 Stunden am Tag bei 6 Tagen in der Woche. 12% vom Umsatz beträgt der Tageslohn bei Schichtarbeit zwischen 9 und 24 Uhr in Früh-, Mittags- und Spätschicht abwechselnd.

In einer Speisegaststätte in der Nähe von Heilbronn geht die tägliche Arbeitszeit der Bedienung von 9.30 bis 14.00 Uhr, dann ist Pause, am Abend geht es weiter von 16.30 bis 22.00 Uhr. Sonntags ist durchgehend geöffnet von 9.30 bis 22.00 Uhr, da ist dann nur eine kurze Essenspause in der Küche drin. Montag und Dienstag hat die Bedienung frei. Am Sonnabend läuft das Geschäft am besten. Es kommen viele auch zum Essen. Dann verdient die Bedienung, wenn's hoch kommt, 100 DM, sonst meist nur 50 DM. Einen Grundlohn gibt es nicht, sondern 8,5% vom Umsatz, seit die Mehrwertsteuer auf 12% erhöht wurde (am 1.1.78), davor waren es noch 10%. Bevor die ersten Gäste am Morgen kommen, muß die Glasvitrine geputzt, die Tischdecken aufgetragen, die Kühltruhe mit Weinflaschen aus dem Keller gefüllt, am Mittag müssen die Tische gedeckt, das Besteck usw. hergerichtet werden. Am Abend werden die gesammelten Bons abgerechnet. Stimmt die Kasse nicht, zahlt die Bedienung drauf. Dann sinkt die „Umsatzbeteiligung" auf 7, 6, 5% – manchmal passiert es, daß sie gar nichts verdient hat oder gar draufzahlen muß. Ist der letzte Gast draußen, die Gaststätte abgeschlossen, so gegen 22.00 Uhr, müssen die Aschenbecher geleert, die Gläser weggebracht, die Tischdecken abgetragen, die Stühle hochgestellt, der Boden gekehrt und die Gläser gespült werden. Eine gute Dreiviertelstunde für Spülen, eine halbe für Aufräumen und Putzen kommen zur Arbeitszeit noch dazu. Dann ist es 23.15 Uhr.

An einem Sonnabend beträgt der Umsatz im Schnitt 1200 DM. 100 Essen hat die Bedienung serviert und 150 Viertel Wein. 40 Literflaschen, die aus dem Keller hergeschleppt werden mußten, und 150 Gläser, die hernach gespült werden mußten. 12 Kilometer hat die Bedienung allein zum Auftragen und Abkassieren an diesem Tag zurückgelegt. 96 DM hat sie an diesem Abend brutto dabei verdient (8,5% von 1200 DM). 4 DM Trinkgeld kommen im Schnitt an einem Abend dazu, macht 100 DM bei einer Arbeitszeit von 11 1/4 Stunden. In der Arbeitszeitordnung haben sich die Hotel- und Gaststättenkapitalisten die schrankenlose Ausbeutung der Lohnabhängigen gesichert. Die Beschränkung der Höchstarbeitszeit von 8 Stunden plus täglich maximal 2 Stunden Aufräumen gelten nicht für das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe. Die ununterbrochene Ruhepause zwischen zwei Arbeitstagen ist von 11 auf 10 Stunden verkürzt, das Nachtbeschäftigungsverbot für Frauen zwischen 20 und 6 Uhr gilt nicht. Anfang 1976 wurde mit der Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes das Samstags-, Sonn- und Feiertagsbeschäftigungsverbot für Jugendliche im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe aufgehoben. – (Z-Red.)

Wer wüst beleidigt, das sind die Richter

Fritz Ulrich Rienhoff ist Vorsitzender Richter der 3. Großen Strafkammer am Landgericht Hannover und gegenwärtig zuständig für drei der elf Grohnde-Prozesse.

„Trotz der besonnenen Verhandlungsführung von Fritz Ulrich Rienhoff – die Fronten in den Grohnde-Prozessen sind eher starrer geworden", (Hannoversche Allgemeine Zeitung) „Besonnene Verhandlungsführung?" Angeklagte, Verteidiger, deren Zeugen und die Öffentlichkeit sind regelmäßig Objekte wilder Ausbrüche der Schwarzroben, besonders wenn sie zusammen dem Richter einen Strich durch die Rechnung „schnelle Aburteilung" machen. Richter Rienhoff eröffnet die Verhandlung gleich mit der Ankündigung, daß im Gerichtssaal das Prinzip von Befehl und Gehorsam gilt. „Sie sind hier Angeklagter – merken Sie sich das, und wenn es Ihnen nicht paßt, hier habe ich die Sitzungsgewalt und hier herrschen Regeln, nach denen Sie sich zu richten haben." Ein Angeklagter spricht seinen Eindruck von einer Polizeizeugenaussage aus, die vollkommen der vorherigen Aussage eines anderen Polizisten widerspricht. (Zwei Polizisten geben zwei völlig verschiedene Festnahmeorte an.) „Sie haben hier überhaupt nichts zu sagen, wenn Sie nicht gefragt sind." Der Angeklagte redet dennoch weiter und läßt sich nicht unterdrücken. Darauf Rienhoff, der kaum noch an sich halten kann: „Lassen Sie jetzt Ihre dummen Frechheiten oder ich schließe Sie von der Verhandlung aus, wozu habe ich denn der Vorsitz!"

„Sie brauchen offensichtlich Erholung in einer Zelle, ich warne Sie!" Protest des Verteidigers gegen diese Einschüchterung und Entrechtung. Rienhoff: „Fangen Sie nicht auch noch an. Distanzieren Sie sich erstmal von Ihrem Mandanten!" Tut er das nicht: „Beschlossen und verkündet – die Hauptverhandlung ist unterbrochen, das Gericht gibt dem Verteidiger Gelegenheit, sich zu besinnen." Klar, daß die Zuschauer sich einmischen gegen solcherlei Beleidigungen. „Die Öffentlichkeit hat zu schweigen. Ich kann sie jederzeit rausschmeißen." Aber sie schweigt meist nicht. Rienhoff wird wüster: „Ich hab' von jedem die Fotos und Namen hier. Sie brauchen gar nicht so zu grinsen." Dadurch schafft Rienhoff es immer noch nicht, die Zuschauer einzuschüchtern. Daraufhin, gleich am Beginn eines Verhandlungstages: „Sie da hinten – nehmen Sie sich in acht, ja Sie, tun Sie bloß nicht so, ich kenne Sie – eine Störung heute und Sie sind draußen, mit entsprechendem Ordnungsgeld." Eine halbe Stunde später zur Sitzungspolizei, als diese nicht gleich aufspringt: „Nun schmeißen Sie die endlich raus!"

Vier Zeugen aus Grohnde, Arbeiter und Bauern, treten im Prozeß auf. Eine Bauersfrau berichtet ausführlich über den brutalen Reitereinsatz gegen die Demonstranten in Grohnde. Rienhoff funkt dazwischen: „Kommen Sie zur Sache!" und nickt seinem Kumpan in schwarzer Robe, dem Staatsanwalt, zu. Sie greift das Gericht an – sie will sagen, warum die Demonstration gerecht war, und daß das hier im Gerichtssaal gesagt werden muß. Darauf Rienhoff wutschnaubend: „Schluß jetzt mit den Reitergeschichten – Sie sind in einem Strafprozeß, also konzentrieren Sie sich!"

Carters fauler Deal

Geringfügige Rechte gegen Lohnverzicht / Die Arbeiterklasse in den USA soll sich auf einen Kuhhandel einlassen

In Des Moines, Iowa, streiken seit über 12 Monaten die Arbeiter des Delevan-Konzerns, eines Metallbetriebes für Präzisionsinstrumente des Flugzeugbaus. Die in der Automobilarbeitergewerkschaft organisierten Arbeiter, die mit ihren Familien seit Monaten von wöchentlich 50 Dollar Streikgeld bzw. Spenden leben müssen, führen diesen erbitterten Kampf, um die Kapitalisten dazu zu zwingen, die Gewerkschaft im Betrieb anzuerkennen. In Kalifornien haben die Landarbeiter, ebenfalls nach monatelangen Kämpfen, durchgesetzt, daß die sieben größten Zitrusfruchtkonzerne ihre Gewerkschaft bei Tarifverhandlungen anerkennen. Diese Kämpfe sind unabdingbarer Bestandteil des gegenwärtigen Klassenkampfes in den USA, weil die Gewerkschaften, die elementaren Organisationen der Arbeiterklasse, nicht gesetzlich anerkannt sind. Die Bedeutung dieser politischen Kämpfe um die elementarsten Rechte der Proletarier, das Koalitions- und das Streikrecht sowie die Tarifautonomie wächst mit den erschwerten Bedingungen des Kampfes, da die Arbeiter einer Branche, oft sogar eines einzelnen Betriebes ihre Rechte gegen die jeweiligen Kapitalisten durchsetzen müssen. Die bürgerlichen Führer der Gewerkschaft haben alles andere im Sinn, als die Einheit der Klasse herzustellen. Nur auf massiven Druck der Arbeiter vertreten sie deren Forderungen. So war es im Streik der Bergarbeiter, der nicht nur zur Verteidigung des Lohnniveaus geführt wurde, sondern auch eine entscheidende Schlacht gegen die Kapitalisten für das Streikrecht war. Mit seiner Drohung, das Taft-Hartley-Zwangsverpflichtungsgesetz anzuwenden, hat Carter die Erinnerung an das Betriebsverfassungsgesetz (National Labor Relations Act) von 1935 wachgerufen. Es untersagt die Diskriminierung von Arbeitern aufgrund ihrer gewerkschaftlichen Organisierung, und insofern war es ein Ergebnis der Kämpfe der Arbeiterbewegung; zugleich aber enthält es zahlreiche Ansatzpunkte für die Kapitalisten, um die gewerkschaftliche Organisierung und die Tarifautonomie anzugreifen, wann immer die Lage im Klassenkampf ihnen die Gelegenheit dazu gibt. Das Taft-Hartley-Gesetz von 1947 war nichts anderes als ein Änderungsgesetz zum National Labor Relations Act. 1959 wurde in einer weiteren Novelle die Gewerkschaft an den bürgerlichen Staatsapparat gebunden, dem sie ihre Satzung, ihre Finanzen, ihre Geschäfte offenlegen muß. Als „Hauptwerk" seiner Innenpolitik hat nun Carter im letzten Jahr ein „Reformgesetz" zum National Labor Relations Act angekündigt, das in Kürze im Senat verhandelt werden wird. „Befürworter des Entwurfs sehen darin den Versuch, mit einer kleinen Gruppe von Arbeitgebern abzurechnen, die beständig gegen das Gesetz verstoßen haben, um die gewerkschaftliche Organisierung zu verhindern." (Zitiert aus Veröffentlichungen des Kongresses)

Carter, dem scheinheiligen Pfaffen, liege die Hebung des Grads der gewerkschaftlichen Organisierung am Herzen, „vor allem in Gebieten, wo die Verstöße (gegen das Gesetz) am größten sind". Und das ist im Süden und Westen der USA der Fall, wo die weitaus meisten schwarzen, indianischen, mexikanischen Arbeiter ausgebeutet werden. Die Gouverneure der Südstaaten sind natürlich entschieden gegen das Reformgesetz, was Carter in die gemütliche Lage bringt, einen ungeheuren Rummel zu inszenieren zur „Verteidigung der gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter" und dabei die tatsächlichen Fronten zu verwischen. Sein Gesetz regelt nichts als die allerelementarsten Rechte, so, daß ein Arbeiter nicht entlassen werden darf, weil er in die Gewerkschaft eintritt, daß unbehindert Wahlen durchgeführt und daß die Arbeiter sich versammeln können für die Aufstellung von Kandidaten, wobei dem Kapitalisten gleich noch das „Recht" eingeräumt wird, das Wort zu ergreifen und „seinen Standpunkt dazu" darzulegen. Gestützt auf die bürgerlichen Arbeiterführer in der Gewerkschaftsspitze setzt Carter auf einen faulen Deal: Für seinen Labor Reform Act soll sich die Arbeiterklasse auf einen Kuhhandel einlassen, geringfügige Rechte und als „Gegenleistung" Lohnverzicht! Carter hat durchgreifende Maßnahmen vor: Sein „Anti-Inflationsprogramm" läßt an Unverschämtheiten nichts zu wünschen übrig. Alle Lügen der bürgerlichen Propaganda gegen die Arbeiterbewegung werden in die Schlacht geworfen. Die unmäßigen Lohnerhöhungen seien schuld an der rasenden Inflation. Und da aufgrund der Zersplitterung der Bewegung die Arbeiter ihr Lohnniveau nicht überall auf einem gleichen Standard haben halten können, hetzen die Bourgeois gegen ihre fortgeschrittensten Teile, vor allem die Bergarbeiter. 3% Lohnerhöhung sei ja in Ordnung, verlautete es aus dem Finanzministerium Blumenthals, aber wer sich auf 10% versteigen habe, der müsse seine Forderungen um einige Prozentpunkte mäßigen. Und um den Anfang zu machen mit dem Kampf gegen die Inflation und das Haushaltsdefizit, meint Carter, werde man den Beschäftigten der Bundesbehörden des öffentlichen Dienstes auf keinen Fall mehr als 5,5% zahlen. Der Tarifkampf im öffentlichen Dienst soll den Generalangriff einläuten. Im April betrug die Preissteigerungsrate bei Lebensmitteln 44%. 140000 Beschäftigte der staatlichen Verwaltung in Ohio haben am 8. Mai gestreikt. Der Bürgermeister von Youngstown rief den Ausnahmezustand aus und drohte, die Nationalgarde einzusetzen, da auch die Polizei streikte. Die Beschäftigten haben einen vorläufigen Vertrag auf ein Jahr durchgesetzt mit 35% Lohnerhöhung. Am 20. Juni laufen die Tarife für 570000 Postarbeiter und 238000 Bahnarbeiter aus. – (Z-Red.)



700 lateinamerikanische Studenten des Hostos College in New York, die seit Wochen ein leerstehendes Gebäude der Stadt besetzt halten, fordern die Renovierung der Räume. – In San Francisco sind am 26. Mai Tausende von schwarzen Schülern in den Streik getreten gegen die staatliche Schulpolitik. Sie fordern die Abschaffung der Intelligenztests, über die vor allem die Unterdrückung des nationalen Selbstbewußtseins der schwarzen Jugendlichen betrieben wird und sie in die untersten Ausbildungsgänge gedrückt werden.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Telefon: 0611/730231 – Gedruckt bei Caro-Druck GmbH, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/V.– Redaktion: Hindenburgstr. 15, Postfach 3406, 3000 Hannover, Telefon: 0511/814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 23/78: 32000

„Ich weiß, daß mein Land, das soviel leidet, seine Unabhängigkeit und Freiheit zu verteidigen wissen wird.“ (Patrice Lumumba)

„Das Projekt des CIA nimmt am 18. August 1960 Gestalt an. An diesem Tag legt Präsident Eisenhower vor dem Nationalen Sicherheitsrat der Vereinigten Staaten seine Besorgnis über die Lage im Kongo und speziell über den Fall Lumumba dar. Die Haltung und der Einfluß des kongolesischen Premierministers stellten, dem Präsidenten zufolge, eine ernsthafte Gefahr für den Weltfrieden und die von den Vereinigten Staaten in Afrika verfolgten Ziele dar. Eisenhower drückt sich in solchen Begriffen aus, daß der Leiter des CIA, Dulles, daraus entnimmt, daß der Präsident der Meinung ist, *alle* Mittel müßten angewendet oder zumindest geprüft werden, um sich Lumumbas zu entledigen...“ (Bericht des Untersuchungskomitees des Senats der USA über Operationen der Regierung mit geheimdienstlichem Belang..., 20. November 1975)

1960 war die Gewährung der förmlichen Unabhängigkeit des Kongo für die belgische Kolonialmacht zu einer unabweisbaren Notwendigkeit geworden. Streiks, Demonstrationen, Aufstände, allseitiger Ungehorsam gegenüber der Kolonialverwaltung waren allgemein geworden. Zu Beginn des Jahres 1959 kommt es in Leopoldville (Kinshasa) zu einem spontanen Aufstand. Polizeistationen, Verwaltungsgebäude, Schulen gehen in Flammen auf. Drei Tage lang muß sich die Armee in den weißen Vierteln verschanzt halten. Die Afrikanerviertel werden mit schweren Mörsern beschossen.

Auf die förmliche Liquidierung des belgischen Kolonialismus drängen jetzt auch die USA, obwohl sie von Anfang an Teilhaber in diesem Unternehmen waren. Sie halten es jedoch für dringend geboten, den Kongo unmittelbar ihrer eigenen Hegemonie zu unterstellen. Schließlich geht es um die Aufrechterhaltung des Kolonialsystems im ganzen südlichen Afrika.

Zu diesem Zeitpunkt ist die nationale Unabhängigkeitsbewegung der unterdrückten Völker durch die Verwandlung der Sowjetunion in eine neue imperialistische Großmacht und die Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung durch die Revisionisten in eine schwierige Lage geraten. Sie findet sich vielfach ihrer proletarischen Führung und ihrer wichtigsten Verbündeten beraubt. Oft dominieren halbfeudale und bürgerliche Kräfte in der Befreiungsbewegung. Die Imperialisten haben für Spaltungs- und Bestechungsversuche ein weites Feld. Und im Kongo haben die belgischen
Und im Kongo haben die belgischen
und US-Imperialisten schon lange vorgearbeitet. So machen sie zur Bedingung der Unabhängigkeit ein „Grundgesetz“, das in einem Gestrüpp von Gewaltenteilungen die Herausbildung einer zentralen Nationalregierung nahezu unmöglich macht und das Land in „Stammesgebiete“ zerstückelt. Die Armee soll unter dem Kommando belgischer Offiziere bleiben.

Das rasche Anwachsen der „Nationalbewegung des Kongo“ (MNC) unter Patrice Lumumba und anderer verbündeter Parteien wie der „Parti Solidaire Africain“ Gizengas und Muleles macht einen Strich durch diese Rechnung. Im Oktober kommt es beim Nationalkongreß des MNC in Stanleyville (Kisangani) zu einem neuen Aufstand. Die Teilnehmer der Schlußkundgebung erscheinen großteils mit traditionellen Waffen und erklären den Kolonialisten mit den alten Formeln und Tänzen an Ort und Stelle den Krieg. Die Einrichtungen des Kolonialregimes werden in Schutt und Asche gelegt, die weißen Siedler fliehen. Die belgische Armee muß die Stadt regelrecht wiedererobern. Lumumba, der zur der Versammlung gesprochen hatte, wird verhaftet. Aber sein Einfluß ist so unbestreitbar, daß man sich Monate später entschließt, ihn aus dem Gefängnis nach Brüssel zu fliegen. Ohne seine Unterschrift wäre die Unabhängigkeitsvereinbarung Makulatur. Man hofft ihn über eine parlamentarische Wahlfarce auszuschalten.

Aber die MNC gewinnt die Wahlen. Zähneknirschend muß die Bildung der ersten Regierung des unabhängigen Kongo Lumumba übertragen werden. Bei den Unabhängigkeitsfeiern am 30. Juni 1960 wird deutlich, daß die belgischen Kolonialisten und die hinter ihnen stehenden US-Imperialisten nur auf die Gelegenheit für einen neokolonialen Coup lauern. Baudouin, ein noch blutjunges Bürschchen auf dem belgischen Königsthron, hält eine offen provozierende Rede:

„Die Unabhängigkeit des Kongo stellt das Ergebnis der Arbeit dar, die das Genie König Leopolds II. ersonnen hatte... Während 80 Jahren hat Belgien die besten seiner Söhne auf Ihren Boden geschickt...; sie sind es, die mit allen Kräften und selbst unter Hingabe ihres Lebens Ihnen den Frieden gebracht und neue moralische und materielle Quellen erschlossen haben...“

Und in diesem Stil so fort. Daraufhin ergreift Lumumba programmwidrig das Wort. In einer schneidenden Rede, die die versammelten Imperialisten erbleichen läßt, anwortet er:

„... kein Kongolese kann jemals vergessen, daß nur durch den Kampf unsere Unabhängigkeit errungen werden konnte... Wir sollen die Gefangenen und Füsilierten vergessen und die Zellen, in die diejenigen geworfen wurden, die den Kugeln der kolonialen Herrscher entkamen?! (...) Die gehässige Zwangsarbeit, für einen Lohn,



Patrice Lumumba „Simba“-Kämpfer in Nord-Katanga 1964

von dem wir in unsrem Hunger nicht essen, uns nicht kleiden und nicht anständig wohnen konnten, unsere lieben Kinder nicht aufziehen konnten?! (...) Ehre den Kämpfern für unsere nationale Befreiung! Es lebe die Unabhängigkeit und die afrikanische Einheit!“

Drei Tage nach der Unabhängigkeitserklärung meutern die Soldaten der kongolesischen Armee und begleichen verschiedene Rechnungen mit ihren belgischen Offizieren. Die Impe-
ren belgischen Offizieren. Die Impe-
rialisten sehen ihre Felle davonschwimmen. Belgische Fallschirmjäger landen in Katanga und beginnen mit der Errichtung eines „Staates Katanga“, einem kolonialen Siedlergebilde nach Art des späteren „unabhängigen“ Rhodesien von Ian Smith. Der Häuptlingssohn Tschombe dient als Marionette. Belgische und französische Offiziere beginnen mit dem Aufbau einer einheimischen SöldnerTruppe, der Katanga-Gendarmerie. Wenige Tage später wird auch Süd-Kasai, wo die Diamantenfelder liegen, für „unabhängig“ erklärt.

In dieser Lage begeht Patrice Lumumba einen verhängnisvollen Fehler: er wendet sich an die UNO um Hilfe bei der Zerschlagung des kolonialen Komplotts. Er tut dies auf den Ratschlag der Sowjetunion hin, die sich als glühende Verteidigerin der Unabhängigkeit und Einheit des Kongo aufspielt, während ihr tatsächlich die Lage gerade recht ist, um über eine „internationale Lösung der Kongo-Krise“ selbst in Zentralafrika Fuß zu fasssen.

Die UNO-Truppen stellen sich bald als die neuen, eigentlichen Besatzungstruppen heraus. Statt gegen die neue Kolonialschöpfung in Katanga vorzugehen, „neutralisieren“ sie deren Grenzen, was praktisch heißt, sie zu schützen. Daraufhin verlangt Lumumba den Abzug aller nicht-afrikanischen Truppen aus dem UNO-Kontingent. Er beruft eine panafrikanische Konferenz nach Leopoldville zur Verteidigung der Einheit und Unabhängigkeit des Kongo ein, die Ende August zusammentritt. Lumumba erklärt dort:

„Jeder begreift, daß, wenn der Kongo stirbt, ganz Afrika in die Nacht der Niederlage und der Knechtschaft taumeln wird... Wir sind hier, um Afrika zu verteidigen, unser gemeinsames Erbe. Der konzertierten Aktion der imperialistischen Mächte, denen die belgischen Kolonialisten nur als Werkzeug dienen, müssen wir die geeinte Front der freien und kämpfenden Völker Afrikas entgegenstellen.“

Der wachsende Druck der Imperialisten führt zu Zerwürfnissen in den Reihen der Regierung. Als der Staatspräsident Kasawubu Lumumba für abgesetzt erklärt, verweigern die UN-Offiziere diesem zuerst den Zutritt zum Rundfunk und stellen ihn dann unter Hausarrest. Um die Lage zu verwirren, erklärt kurz darauf der Generalstabschef Mobutu sowohl Lumumba als auch Kasawubu für abgesetzt und ernennt eine eigene Regierung.

Währenddessen aber beginnt in verschiedenen Landesteilen eine große revolutionäre Gärung. MNC-Truppen besetzen Stanleyville. In Nord-Katanga beginnt eine Erhebung gegen Tschombes Marionettenrepublik. Lumumba kann die Verbindungen halten. Man kommt überein, in Stanleyville (Kisangani) die legitime Regierung von neuem zu bilden. Am 27. November, während ghanesische UN-Truppen Wache halten und ein Auge zudrücken, entkommt Lumumba aus seiner überwachten Residenz und versucht in einem kleinen Wagenkonvoi nach Kisangani zu kommen. Amerikanische Aufklärungsflugzeuge machen ihn aus, Truppen Mobutus nehmen ihn gefangen. Unter schmachvollen Bedingungen wird Lumumba in einem Militärcamp inhaftiert. Es ist der 1. Dezember. Noch immer sind sich die
Militärcamp inhaftiert. Es ist der 1. Dezember. Noch immer sind sich die
Imperialisten nicht darüber klar, wie sie mit Lumumba verfahren sollen, der durch Hunger und Folter nicht gebrochen werden kann.

Aber als sich die revolutionären Erhebungen im Norden und Osten immer weiter auszudehnen beginnen und sich im Militärlager, wo Lumumba gefangen gehalten wird, ebenfalls Meutereien entwickeln, wird der Entschluß schnell gefaßt: am 17. Januar wird Patrice Lumumba mit drei Gefährten in einer hastigen Aktion nach Katanga geflogen und noch am selben Abend – wie später ein Untersuchungsausschuß der UNO feststellt – von belgischen Offizieren und anderen europäischen Söldnern nach schweren Mißhandlungen und Foltern ermordet.

In seinem letzten Brief, den er aus dem Gefängnis an seine Frau schreiben konnte, hatte er geschrieben: „Weine nicht um mich, liebe Gefährtin, ich weiß, daß mein Land, das soviel leidet, seine Unabhängigkeit und Freiheit zu verteidigen wissen wird. Es lebe der Kongo! Es lebe Afrika! Patrice.“

Lumumbas Tod ist das Ergebnis eines imperialistischen Komplotts, in dem die sich erstmals abzeichnende Kollaboration der beiden Supermächte die Hauptrolle spielt. Das zeigt sich noch deutlicher, als auf die Nachricht von Lumumbas Tod hin in Kisangani eine Volksregierung unter Antoine Gizenga ausgerufen wird, die auch von der Sowjetunion anerkannt wird, aber nur, um sie nach kurzer Zeit zu drängen, sich selbst wieder aufzulösen und in die illegitime, unter UNO-Schutz gebildete Regierung in Leopoldville einzutreten. Kurze Zeit später ist Gizenga verhaftet und die Revolution steht entwaffnet und desorganisiert da.

Die US-Imperialisten scheinen jetzt die Meister des Spiels zu sein. Sie haben die zentrale Armee und die Regierung fest in der Hand. Die Katanga-Sezession der weißen Siedler ist jetzt überflüssig, sogar gefährlich geworden und wird von UN-Truppen liquidiert.

Aber die Rechnung ist ohne den Wirt gemacht worden. Die kongolesische Revolution hat gelernt. Mitte 1963 beginnt Pierre Mulele, der den Rat der KP Chinas gesucht hat, mit der systematischen Vorbereitung des Volksbefreiungskrieges in der Provinz Kwilu. In derselben Richtung arbeiten die im „Nationalen Befreiungsrat“ zusammengeschlossenen Patrioten um Gbenye, Soumaliot und Kabila. Anfang 1964 übernimmt Gaston Soumaliot die Vorbereitung des Volkskrieges in den östlichen Provinzen. Laurent Kabila organisiert die Kämpfer in Nord-Katanga. Im Januar 1964 schlägt nach einem Generalstreik in Kwilu die Stunde des bewaffneten Aufstands, unter Muleles Losung der „zweiten Unabhängigkeit“. Im April beginnt der Aufstand im Osten. Ein Europäer, der Augenzeuge wird, berichtet:

„Dieser Angriff fand Anfang Mai in Katabe statt. Die Jungen waren ungefähr 300. Sie rückten in absolutem Schweigen vor. Das war eine Armee, deren Soldaten Kopfbedeckungen aus geflochtenen Gräsern und deren Offiziere Mützen aus Leopardenfell trugen. Ihre Waffen? Macheten und Lanzen... Das war kein Angriff in Anarchie, sondern in ernsthafter Organisation und ausgezeichneter Disziplin. Die Wächter des Lagers – zwei – wurden lautlos ausgeschaltet, der Rest lief ohne Überraschungen ab. ‚Die kongolesische Revolution hat begonnen‘, erklärte der Sohn von Marandura am Ende der Expedition...“

Binnen weniger Monate ist mehr als die Hälfte des Landes befreit. Die Soldaten der von weißen Offizieren befehligten Zentralarmee weigern sich zu kämpfen. Sie erklären, abergläubisch zu sein, und die „Simbas“ (Löwen), wie die Rebellen genannt werden, hätten „übernatürliche Kräfte“.

Revolution und Konterrevolution fassen ihre Kräfte zusammen. In Kisangani wird eine Provisorische Revolutionsregierung gebildet. Mit der Aufstellung einer regulären Volksbefreiungsarmee wird begonnen. In Leopoldville und Süd-Katanga schmieden die Imperialisten aus weißen Söldnern, Katanga-Gendarmen und Neurekrutierten eine Söldner-Armee. Tschombe wird an die Spitze der Zentralregierung gestellt. US-Flugzeuge mit exil-kubanischen Piloten beginnen mit systematischen Bombardements. Als die Revolutionsregierung daraufhin in Kisangani einige Missionare und Nonnen als Geiseln nimmt, um eine Beendigung der Bombenflüge zu erzwingen, heult die imperialistische
zwingen, heult die imperialistische
„Weltmeinung“ auf. Belgische Fallschirmjäger landen im November in Kisangani, während sich eine gepanzerte Söldner-Horde in einem unbeschreiblichen Blutbad zu Land heranwälzt. In zwei Jahren ununterbrochener Ausrottungs- und Vernichtungsfeldzüge werden die revolutionären Stützpunktgebiete nacheinander aufgerieben. Es zeigt sich, daß ohne eine proletarische Partei, die die sozialen Energien der Arbeiter und Bauern weckt, ihre Kämpfe einheitlich zusammenfaßt und führt, die Revolution nicht siegen kann.

Aber die Konterrevolution kann nur siegen, nachdem die Imperialisten ihren Plan aufgegeben haben, den Kongo in eine reine, neokolonial verwaltete Domäne zu verwandeln. Mobutu verjagt 1965 die Marionette Tschombe und verurteilt ihn in einem Hochverratsprozeß. 1967 wird die Union Minière du Haut Katanga, das zentrale imperialistische Bergbauunternehmen, verstaatlicht. So erst werden die Voraussetzungen für einen selbständigen Staat geschaffen, der später Zaire genannt wird. Diese Staatsgründung ist in Wahrheit die Frucht der großen revolutionären Erhebung des kongolesischen Volkes von 1960–65. Der erste Teil der Voraussage Patrice Lumumbas ist damit erfüllt worden, wenn auch durch eine bittere Niederlage hindurch. Der zweite Teil steht aus. Nur durch die soziale Revolution kann der Kongo (Zaire) wirkliche Unabhängigkeit und Freiheit erkämpfen. In den alten Stützpunktgebieten haben sich die revolutionären Kräfte wieder gesammelt. Neue Kräfte sind hinzugestoßen. Der Marxismus-Leninismus ist zur leitenden Ideologie des Kampfes geworden. Unter Führung von Laurent Kabilas „Revolutionärer Volkspartei“, der „Revolutionären Marxistischen Partei des Kongo“ und einiger anderer Organisationen hat die Revolution in den letzten Jahren neue Erfolge errungen. – (Korrespondentenbericht Brüssel)

Etappen der kolonialen Plünderung und Unterdrückung

Ende des 16.Jahrhunderts kommen die ersten Kolonialisten, Portugiesen, an die Kongo-Küste. Ihr Interesse ist Handel mit Sklaven für die Bergwerke und Plantagen in Südamerika. Der Kongo bleibt eines der Hauptfelder des Sklavenraubs.

Das Versiegen des Sklavenhandels nach dem nordamerikanischen Bürgerkrieg, die Entstehung des Monopolkapitalismus in Europa fügt, wie Lenin schreibt, den Motiven der Kolonialpolitik nur neue hinzu: den Kampf um Rohstoffquellen, Kapitalexport, Einflußsphären, schließlich um das Wirtschaftsgebiet überhaupt. „Entdecker“ beginnen sich auf dem Kontinent herumzutreiben und ihn auszuschnüffeln. Sie gehen den Handelsströmen der Afrikaner nach.

1854 bereist Livingstone, „Missionar“ im Dienst Ihrer Majestät der Queen, das Kongobecken. Bei Dilolo entdeckt er lange Karawanen, „die aus dem Lande von Kasembe und Katanga kamen“ und Kupferbarren und -schmuck, Elfenbein, Edelsteine und Malachit trugen. Die Entdeckung der Katanga-Minen ist Livingstones letztes Ziel. „Wieviele Tagereisen ist es nöch bis Luapula?“, sollen seine letzten Worte gewesen sein, als ihn 1877 das Sumpffieber dahinrafft. Es waren noch einige Tagesreisen.

1878 beginnt der US-Amerikaner Stanley mit der bewaffneten Erschließung des Kongo-Flusses für die Dampfschifffahrt. Sein Finanzier ist der belgische König Leopold II.

1884 zieht eine von Leopold finanzierte Europäische Katanga-Expedition, geleitet vom Vorsitzenden der Deutschen Afrika-Gesellschaft, einem Dr.Reichard, Stuttgart, mit wehenden Fahnen in Bunkeya, der Hauptstadt König Msiris ein. Was Msiri nicht weiß, ist, daß zur selben Zeit bereits in Berlin eine Konferenz der europäischen Großmächte und der USA zur Aufteilung Afrikas eröffnet wird. Auf dieser *Berliner Konferenz* wird der belgische König Leopold als Souverän des neu zu gründenden *Freistaat Kongo* eingesetzt.



Karrikatur zur Berliner Kongo-Konferenz 1884

renz 1884

Die „Erschließung“ des Kongo, die Hineinpressung seiner Bewohner in jenes umfassenden System der kolonialen Zwangsarbeit, das als „Leopoldinisches System“ in die Geschichte eingegangen ist (vgl. KVZ 22/78), ist eine Kette von Raub-, Brand- und Vernichtungsfeldzügen zur Unterwerfung der Völker des Kongo, zur Niederschlagung von Meutereien und bewaffneten Erhebungen.

Sowohl im *1.Weltkrieg* wie auch im *2.Weltkrieg* versuchen die Volksmassen des Kongo die Niederlage „ihrer“ Ausbeuter zu nutzen, um ihre Ketten abzustreifen.

1945 meutert die Force Publique, die afrikanische Kolonialtruppe, während im Osten der „Prophet“ Mushiri eine Armee von schätzungsweise 2000 Mann aufstellt, die sich mit der belgischen Armee mehrere regelrechte Schlachten liefert. Im ganzen Land kommt es zu anhaltenden Unruhen, die bis nach Kriegsende anhalten. *1946* treten die Arbeiter der Kupferminen von Lubumbashi in den Streik, sie werden blutig zusammengeschossen (60 Tote), ihre Anführer hingerichtet. Dann erst haben die belgischen Kolonialisten den Kongo wieder zurückerobert.

Die späteren Ereignisse haben wir nebenstehend dargestellt. Eine wenig bekannte Episode, die ein Licht auf die jüngsten Ereignisse wirft, verdient noch Erwähnung:

1966 wendet sich Moise Tschombe, von seinem Exil in Madrid aus, an die Sowjetunion mit der Bitte um Geld und Waffen, mit dem Hinweis, er könne über „11000 Katanga-Gendarmen verfügen“. In einem Memorandum für die sowjetische Regierung, aus dem die ‚Financal Times‘ kürzlich Passagen zitierte, heißt es: „Wir würden einen Kongo errichten, der eng mit der Sowjetunion verbündet sein könnte...“ (Financial Times, 2.6.78) Der Mann hatte den richtigen Riecher, aber die Sozialimperialisten waren noch nicht so weit. Tschombes früherer Polizei-Präsident in Kolwezi, der General Mbumba, sollte erst, etwa 10 Jahre später, in den Genuß der geforderten Gelder und Waffen kommen.

Sicherungsmaßnahmen für „Risikoinvestitionen"

Daß der Hamburger weiterhin den wilden Mann spielt und großmannsüchtig versucht, Lektionen zu erteilen, wie jüngst in New York den Ländern der Dritten Welt, ist der westdeutschen Monopolbourgeoisie nicht ungelegen, müssen doch „nachhaltige Störungen auf den Welthandel" aus dem Weg geräumt werden. Unerläßlich sei es aber, so betonte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie Fasolt auf der letzten Jahrestagung des BDI Ende Mai, daß der Kanzler Sicherungsmaßnahmen für „Risikoinvestitionen" garantiere. „Mit dem Eingehen von höheren Risiken müsse die Aussicht auf wirtschaftlichen Erfolg verbunden sein." Weil der technische Fortschritt „weit größere Anstrengungen" erfordere als bisher, aber die „künftige wirtschaftliche Entwicklung mehr Kapitale bei höherem Risiko binde", brauche man eine Tarifpolitik, „die Investitionen zur Sicherung der Zukunft" nicht verhindert.

Weiter, erklärte Fasolt, sind Impulse zur Lösung „der Wachstumsschwäche" erforderlich. In erster Linie eine „nachhaltige Senkung" der Vermögenssteuern und der Gewerbesteuern. Diese ist auch in „Hinblick auf die Haltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie unabweisbar". In dieser Hinsicht müsse die „Bonner Weltwirtschafts-Gipfelkonferenz" im Juli die notwendigen Erfolge bringen, Maßnahmen gegen den Protektionismus.

Bei den Gatt-Verhandlungen die Zähne fletschen und in Westdeutschland die Knute schwingen, um immer mehr Risikokapital aus den Arbeitern herauszupressen, ist Fasolts Programm. „Das hohe Lohnniveau erfordert ein Tarifverhalten, das flexibler als bisher auf veränderte wirtschaftliche Beziehungen Rücksicht nimmt." Auf diese Weise könnte das „Wachstum gefördert werden", gab Fasolt zu verstehen. Und wie die ZDF-Nachrichten wissen ließen, versicherte Graf Lambsdorff seine volle Unterstützung. – „Auch Graf Lambsdorff empfahl eine Reform der Steuertarife." – (Z-Red.)

wirtschaftliche Beziehungen Rücksicht nimmt." Auf diese Weise könnte das „Wachstum gefördert werden", gab Fasolt zu verstehen. Und wie die ZDF-Nachrichten wissen ließen, versicherte Graf Lambsdorff seine volle Unterstützung. – „Auch Graf Lambsdorff empfahl eine Reform der Steuertarife." – (Z-Red.)

60 Pfennig mindestens, 105 DM, können erkämpft werden

Kautschukkapitalisten nutzen Lohnformen als zusätzliches Mittel zum Lohnraub

Am 17. Mai hat die Tarifkommission für die niedersächsische Kautschukindustrie eine Forderung von 7%, für die Lohngruppen 1 und 2 mindestens 0,60 DM pro Stunde und für die Angestellten mindestens 105 DM mehr monatlich aufgestellt. Zusätzlich soll die tarifliche Zeitlohnzulage um 0,20 DM auf 0,60 DM erhöht werden. Für die Auszubildenden wird einheitlich 45 DM mehr gefordert. Am 8. Juni soll die erste Verhandlung mit den Kapitalistenvertretern stattfinden. Hatten die Kautschukkapitalisten noch vor Aufstellung der Forderung durch die Gewerkschaft verlauten lassen, mehr als 2% würden sie nicht herausrücken, so haben sie inzwischen einen Kuhhandel vorgeschlagen, 4,3% wie bei Chemie für die Arbeiter und Angestellten für einige „Zugeständnisse" bei den zur Zeit laufenden Verhandlungen über einen neuen Manteltarifvertrag und ein neues Abkommen zur Arbeitsplatzsicherung. Die Gewerkschaft hat zu Recht dieses Angebot abgelehnt.

Für die Lohngruppe 1, in der 10,9 Prozent der Conti-Belegschaft (Hannover) eingestuft sind, bedeutet ein Lohnabschluß von 60 Pfg. mehr und 20 Pfg. mehr Zeitlohnzulage eine monatliche Erhöhung bei 173 Stunden von 138,40 DM, der Bruttomonatslohn würde danach 1434,86 DM betragen. Eine Erhöhung des Tariflohns um die 60 Pfg. ohne Erhöhung der Zeitzulage macht monatlich 103,80 DM aus, der Bruttolohn im Monat beträgt dann 1400,26 DM. Ein Abschluß bei 7% bedeutet im Monat 85,90 DM mehr Lohn, so daß sich der Bruttomonatslohn auf 1382,44 DM beläuft. Ein Abschluß, wie ihn die Kapitalisten vorhaben, mit den 4,3%, macht 52,76 DM im Monat mehr aus, also ein Brutto von 1349,22 DM. Die Spanne ist weit gesteckt, aufs Jahr kann für einen Arbeiter in der Lohngruppe 1 insgesamt ein Lohnminus von 1027,62 DM entstehen, wenn mit 4,3% abgeschlossen wird gegenüber der jetzt aufgestellten Forderung. Eine Situation, wo er faktisch nur noch 11 Monatslöhne bekommt. Das ist drastisch, und die Folgen werden über Jahre hinweg wirken, wenn dem nicht von vorneherein ein Riegel vorgeschoben wird.

Nicht nur, daß ein niedriger Abschluß von 4,3%, der selbst für die höchste Lohngruppe, die Lohngruppe 6, nur 69,10 DM mehr im Monat bedeutet, den Zwang zu Überstunden, Schicht- und Nachtarbeit und gesteigerter Verausgabung bei der Akkordarbeit erhöht, um durch Zulagen und höhere Akkordprozente den miesen Tariflohn aufzubessern. Jedes Prozent, was die Kapitalisten weniger zahlen brauchen, werden sie nutzen zu neuer Verfeinerung der Schweißauspressung. Bis 1980 will Conti-Chef Hahn mit 300 Mio. DM Rationalisierungsinvestitionen durchführen. Über das Arbeitsplatzbewertungsabkommen, den jetzt noch gültigen Manteltarifvertrag, den Qualifikationslohn für Zeitlöhner hat er die Mittel in der Hand, den Lohn der gesamten Belegschaft und jedes einzelnen Arbeiters zu senken.

Mit dem Qualifikationslohn wird von Meistern und Kapitalisten jeder Zeitlohnarbeiter nach „Fachkenntnissen, Vielseitigkeit und Einsetzbarkeit, Selbständigkeit bei der Arbeitsausführung, Sorgfalt im Umgang mit Betriebsmitteln" bewertet. Nach der Einführung des Qualifikationslohns im Kesselhaus in Hannover-Limmer haben von 20 Arbeitern sieben 27 Pfg. weniger pro Stunde, drei 11 Pfennig mehr und die vier Schichtführer 23 Pfennig mehr bekommen, dabei haben die Conti-Kapitalisten bei den 20 Arbeitern 63 Pfennig pro Stunde für sich rausgeschlagen. Runtergruppierungen bis zu zwei Lohngruppen sind das Ergebnis im Energiebereich für einzelne Arbeiter gewesen.

Über die Arbeitsplatzbewertung haben die Conti-Kapitalisten die sechs Lohngruppen über ein Punktesystem von 25 bis über 250 Punkte in 22 Lohngruppen aufgesplittert. Über das „Verleihen" von Arbeitern in andere Abteilungen oder Versetzungen, wenn in einer anderen Abteilung mehr zu tun ist, über jede neue Maschine, die zur „Humanisierung" beiträgt, kommt das perfide System voll zur Wirkung: Verringern sich z.B. die Lasten, die die Arbeiter tragen müssen, von 15 kg auf 5 kg Gewicht, so macht das bis zu 69 Punkte weniger aus.

Im Manteltarifvertrag heißt es unter dem Punkt „§ 13 Akkordlohnarbeit: 8. Eine Neufestsetzung eingelaufener Akkorde ist ohne weiteres zulässig bei a.) Änderung des Arbeitsganges, des Artikels oder des Materials, b.) Änderung technischer Einrichtungen, c.) wesentlicher Änderung der in Auftrag gegebenen Stückzahl." Ende des vorigen Jahres sind bei der Conti neue Lkw-Reifenwickelmaschinen für 3 Mio. DM pro Stück aufgestellt worden. Der Akkord wurde von 48 Reifen pro Schicht zuerst auf 58, dann auf 60 hochgeschraubt, 80 Reifen ist das Ziel der Kapitalisten.

All diesen widerwärtigen Methoden der Kapitalisten zur Lohnsenkung muß in diesem Tarifkampf entgegengearbeitet werden, um so auch eine Basis zu schaffen, gegen den Akkordlohn und den akkordähnlichen Qualifikationslohn vorzugehen.

Die Forderung der IG Chemie geht in diese Richtung durch den Mindestbetrag von 60 Pfg. bzw. 105 DM. Die Conti-Kapitalisten gehen nicht kaputt, wenn sie diesen Lohn zahlen müssen, sie weigern sich, weil sie durch einen niedrigen Lohnabschluß Extraprofite machen können. Anhand der schon abgeschlossenen Tarifverträge können sich die Kautschukarbeiter errechnen, was sie erkämpfen können. Mindestbeträge und stärkere Anhebung der unteren Lohngruppen sind beispielsweise bei Metall in Westberlin und auch bei Metall in Niedersachsen abgeschlossen worden, wo der Mindestbetrag von 73 DM bis Lohngruppe 6 wirkt. Die Kautschukarbeiter können bei ihrem Kampf nutzen, daß bei dem letzten Tarifabschluß 1977 immerhin 36,8 Prozent der Vertrauensleute, was ja überwiegend Sozialdemokraten sind, die 6 Prozent abgelehnt haben. – (N-Red.)

Ausgeklügelte Pläne der CDU zur Stützung der Baukapitalisten

Am 5. Juni läuft die Erklärungsfrist der IG Bau, Steine, Erden zum Schlichtungsergebnis der diesjährigen Tarifverhandlungen ab. Die Große Ta-

dem Vorteil behaftet, daß nicht jeder, der eine neue Fensterscheibe einbauen läßt, überhaupt die Möglichkeit hat, weniger Steuern zu zahlen.

Stundenlohn (brutto) in DM
13

Ausgeklügelte Pläne der CDU zur Stützung der Baukapitalisten

Am 5. Juni läuft die Erklärungsfrist der IG Bau, Steine, Erden zum Schlichtungsergebnis der diesjährigen Tarifverhandlungen ab. Die Große Ta-
rifkommission hat dem Ergebnis bereits zugestimmt. Auch in diesem Tarifkampf war die Entschlossenheit und Kampfkraft der Arbeiter weit größer als es das Schlichtungsergebnis von 5,6% ausdrückt, das die Verhandlungskommission der Gewerkschaft jetzt den Mitgliedern zur Abstimmung vorgelegt hat. Die Bauarbeiter wissen, daß ein besseres Ergebnis zu erreichen war, wenn sie nur ihre Kraft zum vollen Einsatz hätten bringen können.

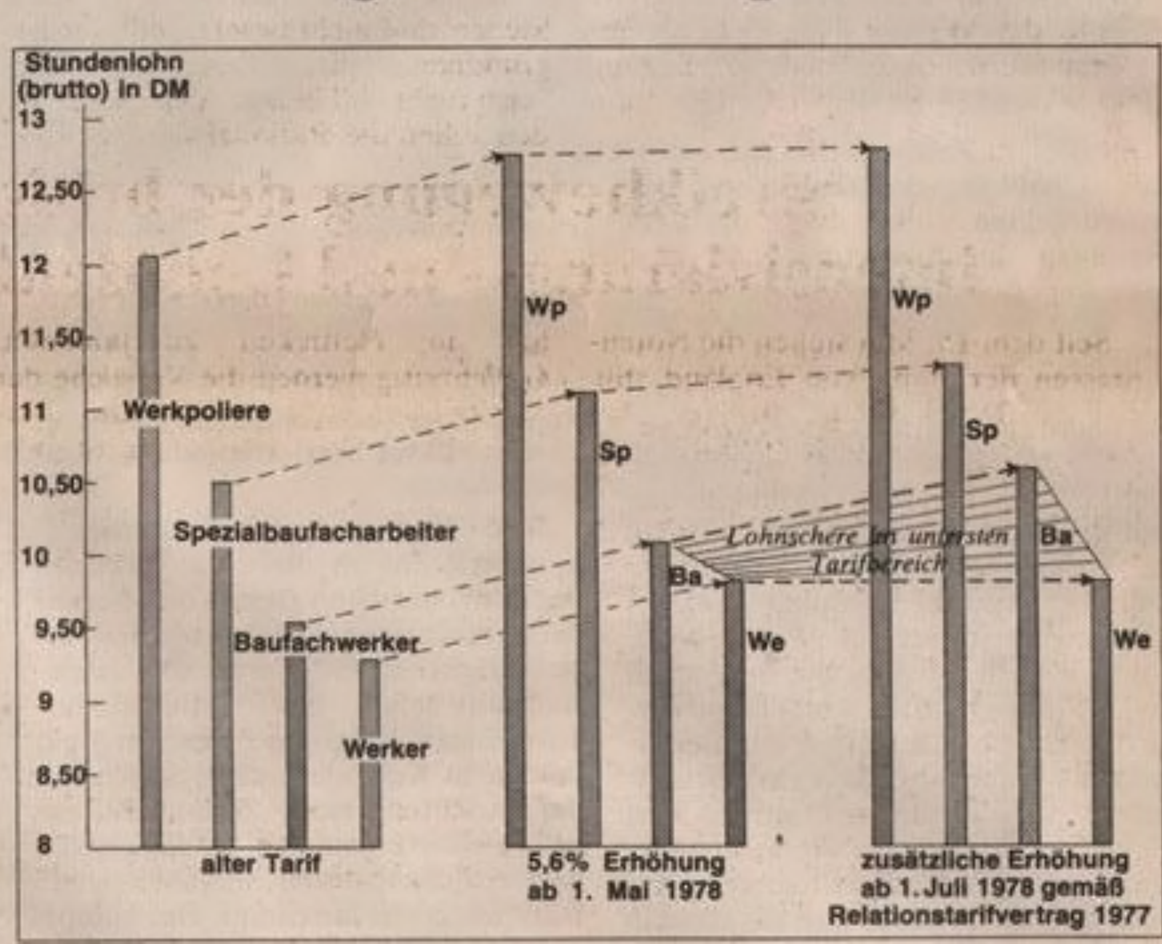
Die Bau-Kapitalisten können mehr als die 5,6% zahlen, das steht fest. Ihre Lage hat sich in den letzten Monaten ständig verbessert: Im März konnte das Bauhauptgewerbe 52,6% mehr Auftragseingänge verzeichnen als im Februar '78 und 22% mehr als im März 1977. Der Gesamtumsatz im Monat März macht 4,1 Mrd. DM aus, das waren 23,4% mehr als im Vormonat.

Die CDU brüstet sich damit, etwas für den „Aufschwung" im Baugewerbe getan zu haben und verspricht den Kapitalisten noch mehr. Gegen den Vorschlag der Bundesregierung, im Energiespargesetz Subventionen für die Kapitalisten bereitzustellen, verlangen sie Steuererleichterungen. Im Ergebnis dasselbe, aber geschickter verpackt, weil sich nicht leicht ersehen läßt, was den Kapitalisten damit alles in den Hintern gepumpt wird, und mit dem Vorteil behaftet, daß nicht jeder, der eine neue Fensterscheibe einbauen läßt, überhaupt die Möglichkeit hat, weniger Steuern zu zahlen.

Daß die CDU nicht vorhat, etwas für die Arbeiter in der Baubranche zu tun, sieht man daran, daß der CDU/CSU-Diskussionskreis Mittelstand am liebsten den Kündigungsschutz in den kleinen Betrieben wegwischen will, daß der Kapitalist Walterscheid in der CDU-Zeitschrift „Deutsches Monatsblatt" schreibt: „Tätigkeitsgruppen, für die sich doppelt so viele Bewerber melden, wie offene Stellen vorhanden sind, dürfen keine Lohnerhöhungen erhalten und auch keinen Inflationsausgleich. Hilfstätigkeiten in Verwaltung und Produktion müssen geringer bezahlt werden."

Die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung haben derweil den Kampf der Bauarbeiter desorganisiert. Die Abstimmungen in den Gewerkschaftsbezirken bzw. an den Großbaustellen fallen unterschiedlich aus: von 85% Ablehnung (Kiel) bis zur Annahme wie in Westberlin.

Die Kapitalisten rechnen sich jetzt natürlich gute Chancen aus, daß sie noch einmal mit einem blauen Auge davonkommen und daß der Schlichtungsspruch durchgeht. Wie das Abstimmungsergebnis auch ausgeht, die Bauarbeiter werden nach dem jetzigen Ergebnis nicht lange Ruhe geben. – (N-Red.)



Im Schaubild wird die Wirkung des zur Abstimmung stehenden Schlichtungsergebnisses auf den Bruttostundenlohn bei einigen wesentlichen Lohngruppen der Bauarbeiter dargestellt. Außerdem wird gezeigt, wie sich der bereits 1977 abgeschlossene *Relationstarifvertrag* der am 1. Juli 1978 in Kraft treten soll, auswirkt. Dieser Vertrag sieht vor, daß in den kommenden drei Jahren 1,5% der Gesamtlohnsumme zu unterschiedlichen Anteilen auf die Facharbeiterlöhne draufgeschlagen wird. Der Verteilungsschlüssel führt zwar dazu, daß die mittleren Lohngruppen etwas enger zusammenrücken und auch gegenüber den höheren Lohngruppen etwas aufholen, der entscheidende Haken ist aber, daß die Lohngruppe unterhalb der Facharbeiter leer ausgeht und deutlich von den Facharbeitern abgespalten wird.

Krankenhausfinanzierungsgesetz

Das Kabinett verabschiedete einen Gesetzentwurf des Ehrenberg-Ministeriums, um als Ergänzung zum bereits geltenden Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz „Bedarfsplanung und allgemeine Maßstäbe für Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit" bei den Krankenhäusern durchzusetzen. Kassen und Krankenhäuser sollen danach gemeinsam diese „Maßstäbe" konkretisieren. Nur in strittigen Fragen behält das Ministerium sich Einspruchsmöglichkeiten vor. 50000 „ungenügend belegte Krankenhausbetten" – der „Bettenberg" – sollen „abgetragen" werden, die Krankenhauskapazitäten sich „an den tatsächlichen Bedarf" anpassen und somit „die wirtschaftliche Gesundung des Krankenhauswesens" fördern. Über Bedarfspläne, Neuüberarbeitung und Festlegung der Bundespflegesatzordnung sowie Anpassungshilfen für unrentable Krankenhäuser sollen letztere ermuntert werden, ganz aus der Versorgung auszuscheiden oder andere Aufgaben, insbesondere die „Betreuung pflegebedürftiger Menschen", zu übernehmen. Einerseits Ausbau von Reparaturstätten der Marke „Klinik Stammheim", andererseits Installierung von reinen Siechenheimen.

Der „tatsächliche Bedarf" der Bourgeoisie besteht im ungeschmälerten Zugriff auf die Versicherungsgelder, die zur Krankenhausbehandlung der Versicherten bereits „kostengedämpft" nur noch insoweit eingesetzt werden sollen, als eine schnelle Wiederherstellung der Arbeitskraft möglich ist, andererseits in der industriell betriebenen Sterbehilfe besonderer Pflegeheime, die die Versicherungskassen schnell und gründlich von den Ausgaben für die Pflege von Leuten mit kostenträchtigen Schäden der Arbeitskraft befreien sollen. Dementsprechende Bedarfsplanungen hatten die einzelnen Länderregierungen schon angepackt. In einem Kreis des Münsterlandes beispielsweise sollen die Krankenhäuser in Altstätte (35 Betten), Wessum (50), Legden (75) und Heck (13) geschlossen bzw. in Altenpflegeheime verwandelt werden und als einziges das in Ahaus mit 220 statt bisher 230 Betten Kapazität erhalten bleiben. Statt 403 stehen danach noch 220 Betten, 55 Prozent zur Verfügung. Der neue Gesetzentwurf soll diese Art Bedarfsplanung allgemein machen und forcieren, um die Gier der Finanzbourgeoisie auf die Kassen zu befriedigen – in Zukunft sollen die in der Ausbeutung Verschlissenen sofort mit dem Leben zahlen. – (Z-Red.)

„Überraschend" viel Steuern

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden sind im ersten Vierteljahr '78 um 8,4% gestiegen, „erwartet" waren 4,1% gewesen. Im einzelnen stiegen die Einnahmen aus der Börsensteuer um 39,6%, der Körperschaftssteuer um 37,4%, der Umsatzsteuer um 29,3%, der Einkommenssteuer um 10,4% und der Lohnsteuer um 1,7%. Im Vergleich März 1978 zu März 1977 waren die Einnahmen aus den Verbrauchssteuern sämtlich rückläufig: Kaffeesteuer –28,3%, Branntweinabgaben –20%, Schaumweinsteuer –12,4%, Zuckersteuer –11,3%, Biersteuer –11,2%, Tabaksteuer –10,8%: treibhausmäßige Entwicklung der Börsenspekulation, die Verelendung der Massen nimmt zu. Die Kapitalisten brauchen sich übrigens nicht über zu hohe Besteuerung zu grämen: Die Körperschaftssteuer kann am Ende des Jahres von der Einkommenssteuer abgezogen werden.

Mehr „Jugendgefährdendes" wird indiziert

Scharfmacher Wehner hatte am 16.2. mit einer Anfrage „die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften zu größerer Wirksamkeit bei der Abwehr von nationalsozialistischem Propagandamaterial" aufgefordert. Am 19.4. antwortete das Jugendministerium, daß für Indizierungsanträge „eine Erweiterung des Kreises der antragsberechtigten Stellen um alle Jugend- und Landesjugendämter" erfolge; am 15.5. auf eine neue Anfrage, daß die Anträge jetzt kämen. Das Ministerium versicherte, daß „Rechts- wie Linksextremistisches" erfaßt werde als „Schriften, die verrohend wirken, zu Gewalttätigkeit, Verbrechen und Rassenhaß anreizen sowie den Krieg verherrlichen". Da war dann auch die „feixende Meute" der CDU/CSU befriedigt. Gewehre für die Jugend Zimbabwes! Weg mit den Fünfen und Sechsen! Auf diese Bewegungen der Jugend braucht es Unterdrückung und Indoktrinierung aller im lesenden Alter. Die Indizierung der Schülerzeitungen ist geplant, als Auftrag der örtlichen Jugendämter.

Woher kennen Sie mich eigentlich?

Dies war die letzte Äußerung des Bildungsministers Schmude kurz vor seiner Flucht. Schmude hatte sich unter die Teilnehmer einer Kundgebung gegen den Haftbefehl gegen die Genossin D. Zimmer, Mitglied des ZK des KBW, die in Westberlin stattfand, gemischt. Samt Frau auf einem Ku-Damm-Bummel.

Es war nicht Eitelkeit, sondern helle Panik, die die obige Frage provoziert hatte. Denn eine Studentin hatte sich sein Gesicht, trotz seiner kurzen Amtszeit als jüngster Bundesminister, eingeprägt. Schmude wird zum nächsten Polizeiabschnitt um Personenschutz gehastet sein, wie es schien. Die Aufforderung jedenfalls, sich öffentlich zu äußern, war für ihn zuviel, er wie seinesgleichen scheuen das „Licht der Öffentlichkeit".

Gemeindehaushalte durch erhöhtes Steueraufkommen sanieren

Der Finanzbourgeoisie reicht die gegenwärtige Finanzausstattung der Gemeinden nicht aus. Wenn die „Wirtschaft primär eine Stärkung der privaten Investitionen wünscht", erklärte der Finanzausschuß zum Gemeindefinanzreformgesetz, ist eine „dauerhaft bessere finanzielle Grundausstattung der Gemeinden" erforderlich. Empfindlich habe die Gemeinden die Steuersenkung des Jahres 1977 getroffen. Hierfür müsse ein „Ausgleich" geschaffen werden. In der Finanzplanung von Bund, Ländern und Gemeinden von 1976 bis 1980 ist eine Steigerung der Steuern und, wie es heißt, steuerähnlicher Abgaben von 283 Milliarden DM 1977 auf 372 Milliarden DM 1980 vorgesehen. Wie die Bundesregierung zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte erklärte, seien „Steuerentlastungen nicht möglich". Steuererhöhungen sind in Vorbereitung: Erhöhung der Heizölsteuer, Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer, Neuordnung der Einkommensbesteuerung der Landwirte.

Rentenversicherungsträger für weitere Rentenkürzung

Das 21. Rentenanpassungsgesetz sei nur eine „Minimallösung", sichere aber nicht die Liquidität der Rentenversicherung, hat der Verband der Rentenversicherungsträger auf seiner Mitgliederversammlung am 10. Mai vertreten. 1980 werde das kritischste Jahr, weil dann die Schwankungsreserven auf 9 Milliarden DM geschrumpft wären. Das sind die gesetzlich festgelegten Rücklagen, die die Bundesregierung im letzten Jahr von drei auf eine Monatsausgabe gesenkt hatte. Sie sind aber lediglich der „liquide" Anteil am Vermögen der Rentenversicherung; der weitaus größte Teil ist in Kapitalanlagen verwandelt worden, in Kredite an die Bundesbahn, die Post, in Rehabilitationszentren investiert, an die Regierung verschenkt, die z.B. 1973 und 1975 den ebenfalls gesetzlich festgelegten Bundeszuschuß einfach nicht gezahlt

Arbeiter aus den SEL-Werken kämpfen gegen Stillegung in Rastatt

Auf Beschluß von ITT-Brüssel, das 84% der Aktien von SEL besitzt, soll das Rastätter Werk von SEL geschlossen werden. 900 Arbeiter sollen entlassen werden. Im Rastätter Werk werden Rundfunk- und Fernsehgeräte hergestellt. Die Produktion soll nach Bochum und Altena, den beiden anderen Rundfunkwerken von SEL verlagert werden und dann mit 400 Arbeitern die gleiche Menge an Rundfunkgeräten produziert werden wie heute in Rastatt mit 900.

Am Dienstag, dem 23.5.78, hat das 3. Fernsehen eine Diskussionsrunde ausgestrahlt, in der, wie es hieß, „Ursachen und Folgen der Schließung" behandelt werden sollten. Ursache sei der „Importdruck der Niedriglohnländer", führte Wiesmann vom SEL-Vorstand aus. Im Klartext heißt das, Ursache für die Schließung seien die angeblich zu hohen Löhne der Arbeiter in Westdeutschland. Wiesmann führte dazu weiter aus, daß die SEL-Kapitalisten im Vergleich zu 1973 dieselbe Stückzahl an Rundfunkgeräten von 33% weniger Beschäftigten produzieren lassen. „Wir haben natürlich versucht, durch Kostensenkung dem Importdruck der Niedriglohnländer nachzukommen. Aber Rationalisierungen, Kostensenkung, auch technischer Fortschritt haben es nicht möglich gemacht, diesem Importdruck der Niedriglohnländer nachzukommen, so daß wir nach wie vor mit unseren Rundfunkgeräten nicht zu einem wirtschaftlichen Ergebnis gekommen sind." Grund: „Zur Zeit haben wir eine nicht genügend ausgelastete Kapazität."

Um die Kapazitäten auszulasten, also gegenüber der Konkurrenz bestehen zu können, damit die Profite steigen können, soll jetzt im großen Maßstab rationalisiert werden, indem die Hälfte der Arbeiter das gleiche produzieren und durch die Zusammenlegung der beiden Werke Rastatt und Bochum „Kosten gespart" werden.

Seit Bekanntwerden des Plans der ITT-Kapitalisten führen die Arbeiter in Rastatt den Kampf dagegen. In mehreren Warnstreiks und Demonstrationen haben sie gefordert, daß das Rastätter Werk nicht geschlossen werden soll und niemand entlassen wird. In der vorletzten Woche hat der Gesamtbetriebsrat von SEL sich gegen die Schließung ausgesprochen und sich mit dem Kampf der Rastätter Belegschaft solidarisiert. Gleichzeitig beschloß der Gesamtbetriebsrat für letzten Freitag eine Demonstration in Rastatt und einen plakatierten Autokorso dorthin von sämtlichen SEL-Werken in der BRD und Westberlin, um so den gerechten Kampf der Rastätter SEL-Arbeiter zu propagieren und zu unterstützen.

Etwa 3000 Arbeiter und Angestellte aus den 24 Werken in Westdeutschland und Westberlin waren gekommen, um den Kampf gegen die Schließung zu unterstützen. In einer geschlossenen Autokolonne mit Aufklebern „SEL-Werk Rastatt keine Schließung", „SEL-Werk Rastatt darf nicht sterben" fuhren sie nach Rastatt und wurden dort von den schon anwesenden Kollegen begrüßt. Dies ist eine günstige Lage, daß sich die SEL-Arbeiter nicht gegeneinander ausspielen lassen, sondern gemeinsam den Kampf gegen die Kapitalisten führen wollen.

Auf der Kundgebung erklärte der Gesamtbetriebsratsvorsitzende, Manfred Glöck: „Solange die Kapitalisten gegen die Arbeiter kämpfen, müssen die Arbeiter gegen die Kapitalisten kämpfen", und daß der Betriebsrat nicht über die Schließung verhandeln wird. „Nur durch die Solidarität aller Arbeiter kann die Schließung verhindert werden." Klar ist, nur mit Reden wird die Schließung nicht zu verhindern sein, denn die Aussicht auf einen fetten Extraprofit durch die geplante Rationalisierung läßt die SEL-Kapitalisten nicht ruhen. Konkrete Schritte, wie der Kampf weiter geführt werden muß durch Aktionen bis hin zum Streik, hat der Betriebsrat aber nicht angegeben. Die Arbeiter müssen aufpassen, daß sie unter der sozialdemokratischen Führung nicht letzlich doch mit einem miesen Sozialplan abgespeist werden. Wenn sich die Arbeiter in den verschiedenen Werken einig sind, können die klassenversöhnlerischen Führer zur weiteren Organisierung des Kampfes „gewonnen" werden. – (Zelle SEL, Westberlin)

Gegen Stellenstreichung – Warnstreik wird vorbereitet

Gegenwärtig wird in den Kreuzberger Kindertagesstätten ein eintägiger Warnstreik vorbereitet, der sich gegen die Auswirkungen des in Kraft getretenen Kindertagesstättenentwicklungsplanes I (KEP I) richtet.

Inhalt des KEP I sind Stellenstreichungen in den Kindertagesstätten und Auspressung von Mehrarbeit bei den verbleibenden Beschäftigten. Erreicht wird die Streichung von Stellen und die Einsparung von Geldern, indem jetzt das Personal nach Jahresarbeitsminuten (JAM) berechnet wird, wobei Vorbereitungszeiten z.B. nicht mehr berücksichtigt werden. Außerdem ist der größte Teil der Vertretungsmittel, von denen im Krankheitsfall Vertretungskräfte bezahlt werden, gestrichen worden. In Kreuzberg sind mit dem 1.1.78 17 Stellen gestrichen worden, sieben Stellen sind nicht besetzt, mit der Begründung, die Kindertagesstätten seien nicht voll belegt. Vertuscht werden sollen die Rationalisierungen, indem für Gruppen mit einem Ausländeranteil von 60% eine zusätzliche Stelle eingerichtet wird.

Seit Bekanntwerden dieser Pläne vor drei Jahren gibt es Kampf dagegen. Einige Zugeständnisse mußte der Senat nach breiten Aktionen 1976 machen, als Eltern und Erzieher in großen Versammlungen mit über 500 Teilnehmern und mit Transparenten an den Kindertagesstätten die neue „Personalbemessung" ablehnten. Anfang 1978 wurde eine Demonstration zum Bezirksamt Kreuzberg durchgeführt, organisiert vom Elternausschuß der Kindertagesstätten, Elternvertretern.

Jetzt haben die in der ÖTV organisierten Erzieher in Kreuzberg auf einer Versammlung am 23. Mai beschlossen, einen eintägigen Warnstreik durchzuführen unter den Forderungen: Aufhebung der Streichung von 17 Stellen, Rücknahme der Sperrung von sieben Stellen, Berechnung des Personals nach der tatsächlichen Platzzahl einer Kindertagesstätte, zwei Erzieher pro Gruppe, damit der unsichere Ausländerzuschlag wegfällt, keine Berechnung nach JAM, Vertretungsmittel gemäß der Vereinbarung von 1969 (damals war in einem selbständigen Streik gegen die schlechten Arbeitsbedingungen durchgesetzt worden, daß Vertretungsmittel nach Bedarf bewilligt wurden).

Beschlossen wurde außerdem eine Dokumentation der Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung in den Kindertagesstätten zu erstellen und zu veröffentlichen.

Die Eltern, die teilweise einen Zahlungsboykott gegen die Rationalisierungen durchführen, d.h. die Beiträge nicht zahlen, haben mittlerweile einen Brief an die Gewerkschaftsführung beschlossen, in dem der geplante Warnstreik begrüßt und die Unterstützung der Eltern zugesichert wird. – (Zelle Bezirksamt Kreuzberg, Westberlin)

„Kosten gespart" werden. den sollen die Rationalisierungen, in- nach der tatsächlichen Platzzahl einer zirksamt Kreuzberg, Westberlin)

Streikbewegung der britischen Drucker gegen große Intensivierungs- und Lohnsenkungsvorhaben der Kapitalisten

Seit dem 15. Mai stehen die Notenpressen der Bank von England still, weil die Druckarbeiter streiken. Am letzten Dienstag entließ die Bank fristlos 500 Arbeiter und Arbeiterinnen, die für die Forderung nach einem „closed shop", also nach ausschließlicher Beschäftigung von Gewerkschaftsmitgliedern, bei den Banknotenprüferinnen in den Streik getreten waren. Der Streik des ganzen Betriebes steht. Im April streikten die Drucker der staatlichen St.-Stephens-Druckerei, weil mit zu wenig Arbeitern gearbeitet werden sollte. Über eine Woche erschienen keine Parlamentsprotokolle und Regierungsdokumente. 200 Arbeiter der Druckerei der „Liverpool Daily Post" und des „Echo" besetzten Anfang Mai den Betrieb für Forderungen gegen vermehrte Überstunden und gegen ein neues „Produktivitätsabkommen", das die Kapitalisten in Ergänzung zur Einführung der Lichtsatz/Offsetdruck-Technik durchsetzen wollen. Die Streikwelle der britischen Druckarbeiter, meistens auf Betriebs-, Abteilungs- oder sogar Maschinenbesatzungsebene geführt, fast immer „inoffiziell", ist nicht abgerissen, sondern hat an Heftigkeit zugenommen. Gleichzeitig werden die Versuche der Kapitalisten angestrengter und dreister, die Arbeiterbewegung zu brechen.

Die „Times"-Kapitalisten erklären, sie hätten durch inoffizielle Streiks in den ersten drei Monaten des Jahres 7,7 Mio. Exemplare verloren, das seien 20% des Ausstoßes, und dadurch 1,75 Mio. Pfund Profit. Ultimativ teilten sie mit: Sie würden die Zeitung am 30.11.78 auf „unbestimmte Zeit" schließen, wenn nicht bis zu diesem Datum ein Abkommen über Schlichtung, Produktionsziffern usw. geschlossen sei und keine „inoffiziellen Streiks" durchgeführt würden. Außerdem wollen sie eine neue Lohnstruktur für die Einführung der „neuen Technik", die sie ab Herbst anwenden wollen. Sie wollen die völlige Unterwerfung der Druckarbeiter, wollen eine Garantieerklärung, daß die Arbeiter nicht streiken, was immer auch an neuen Auspressungsmethoden die „Times"-Kapitalisten sich einfallen lassen.

Der Gewerkschaftsführer Keys hielt es nach dieser Drohung für passend zu erklären, daß „wir irgendwie die Gesundheit der Fleet-Street wieder herstellen müssen. Ich glaube, daß das November-Datum für den Abschluß der Diskussion realistisch ist." 25 Mitglieder der Druckgewerkschaft NGA, die beim „Observer" vor drei Wochen die Produktion lahmlegten, als sie fünf zusätzliche Arbeiter an der Rotation wegen zusätzlicher Arbeit verlangten, wurden von ihrer Gewerkschaftsführung mit Ausschluß bedroht, würden sie nicht arbeiten. Die „Observer"-Kapitalisten hatten die sofortige Schließung der Zeitung angekündigt, wenn der Streik weiterginge. 14 von den 25 konnten so erpreßt werden, der „Observer" erschien, allerdings mit einer stark reduzierten Auflage. Erst eine Woche später haben sich die Druckkapitalisten durchgesetzt, alle 25 arbeiten, haben aber ihre Forderung nicht fallengelassen.

Der Kern aller Kämpfe und treibende Kraft ist der Widerstand gegen die großen Rationalisierungen, die die Druckkapitalisten durchführen und die Lohnsenkung und zusätzliche Mehrarbeit für die Arbeiter bedeuten.

Ende April hatten die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Zustimmung der Gewerkschaften zum 10-%-Angebot der Kapitalisten durchgesetzt. Das erleichtert den Kapitalisten jetzt, in den einzelnen Betrieben und Abteilungen „Produktivitäts-Abkommen" durchzusetzen, also große Mengen zusätzlicher Mehrarbeit bei minimaler Extrazahlung oder auch gar keiner Extrazahlung auszuquetschen. Die Kampfaktionen der Arbeiter sind zäh und mutig, aber die alte ständische Struktur der Gewerkschaften – mehr als fünf arbeiten in den einzelnen Betrieben nebeneinander – erschwert die Einheit der Belegschaften ungeheuer. Drei der großen Druckgewerkschaften beraten im Moment über einen Zusammenschluß. Die Bourgeoisie will die Gewerkschaften als Polizeibehörden gegen die Arbeiter installiert sehen, sie erhofft sich eine „Stärkung der Autorität der Gewerkschaftsführer". Die Druckarbeiter werden einheitliche Gewerkschaften nutzen, um – vielfach kräftiger als jetzt – die Angriffe der Kapitalisten zurückzuschlagen. – (Korrespondentenbericht London)

BASF: Verstärktes Investitionsbedürfnis ... in Brasilien

Im Bundesstaat Bahia im Nordosten Brasiliens baut die BASF ihr „interessantestes und wichtigstes" Projekt in Brasilien. Die BASF läßt eine Anlage zur Herstellung von 10000 Tonnen Methyl-Aminen pro Jahr errichten. Kostenpunkt 68 Millionen DM, von denen 60% die „Muttergesellschaft" tragen wird. Im weiteren plant die BASF ein 111-Mio.-DM-Projekt zur Produktion von Äthylen-Diaminen. Beide Vorhaben dienen der Herstellung von Lösungsmitteln, Kunststoffen, Textilhilfsmitteln und Waschrohstoffen. Insgesamt beabsichtigt die BASF, 270 Mio. DM für die Produktion von Grundchemikalien in Brasilien anzulegen, was für sie billige Ausbeute und Verarbeitung von Rohstoffen an Ort und Stelle bedeutet. Sie unterläuft damit die Importbeschränkungen der brasilianischen Regierung von 1975 und stützt ihre Tochtergesellschaften im Lande mit Zulieferungen von Ausgangsstoffen für die chemische Produktion. Seit 1959 ist die BASF mit eigenen Produktionsstätten in Brasilien vertreten. Hergestellt werden hauptsächlich chemische Zwischenprodukte. Um auf dem internationalen Markt der Konkurrenz entscheidende Marktanteile abzuringen, strukturiert die BASF ihre Produktion von Massenprodukten um auf hochwertige Spezialprodukte. Investitionsschwerpunkt ist dabei die Sparte Grundchemikalien.

Chemiekapitalisten wollen Betriebsrenten streichen

Der Chemiekapitalistenverband Arbeitsring Chemie fordert die Novellierung des Gesetzes über betriebliche Altersversorgung. Das Recht auf betriebliche Altersrente soll gänzlich beseitigt werden. 1974 hatte der Bundestag beschlossen, es den Kapitalisten freizustellen, alle drei Jahre „nach billigem Ermessen" über die Anpassung der betrieblichen Altersrente zu entscheiden. Ihr Anteil macht ca. 11% der Gesamtrente aus. Die Pfennige, die die Arbeiter zur gesetzlichen Rente von den Kapitalisten dazubekommen, wenn

die Arbeiter zur gesetzlichen Rente von den Kapitalisten dazubekommen, wenn

sie ihr Leben lang für sie gearbeitet haben (jedes Jahr unter 40 Dienstjahren bedeutet einen Abzug von 1%), sind den Kapitalisten viel zu viel. Betriebliche Unterstützungskassen werden geschlossen, neu eingestellten Arbeitern wird von vornherein die Altersrente aus dem Arbeitsvertrag gestrichen. Ehrenberg ereiferte sich auf einer Tagung der Lebensversicherungsgesellschaften über den „Zweiklassenstaat", wo die einen überhaupt keine betriebliche Altersrente bekommen, während sie bei den anderen bereits in vielen Fällen überzogen sei. Dieser Zustand könne so nicht bestehen bleiben. Die Ehrenbergsche Gerechtigkeit kennt keine Grenzen. Gleichzeitig empfahl sich Ehrenberg als Versicherungsagent und riet den Rentnern, von dem „vernünftigen Angebot der Lebensversicherungen" mehr Gebrauch zu machen. So wäre dann gesichert, daß der Sarg nicht auf Staatskosten geht.

Schichtarbeit in der Chemieindustrie

Bei BASF-Ludwigshafen arbeiteten 1977 rund 11000 Arbeiter in Wechselschicht, das sind 22% der gesamten Belegschaft und 44% der BASF-Arbeiter. Bei Hoechst haben die Kapitalisten von 1967 bis 1977 die Anzahl der Schichtarbeiter um 67% auf jetzt 5600 ausgedehnt. In den Jahren 1976/77 wurde in zahlreichen Chemiebetrieben, wie Merck, Röhm, Dynamit Nobel u.a., ebenfalls die Viererschicht (Contischicht) eingeführt. So wurde bei Merck die vorherige Dreierschicht (Früh-, Spät- und Nachtschicht) auch auf die Wochenenden und Feiertage ausgedehnt. Danach betragen die geleisteten Arbeitsstunden eines Schichtarbeiters: *Frühschicht:* Beginn Freitag früh bis einschließlich Donnerstag der folgenden Woche, gleich 60 Stunden; *Spätschicht:* Beginn Sonntag bis einschließlich Samstag, gleich 56 Stunden; *Nachtschicht:* Beginn Dienstag abend bis einschließlich Montag der folgenden Woche, gleich 60 Stunden. In jeder Früh- und Nachtschicht wird am Sonntag 12 Stunden gearbeitet, die Mittagsschicht hat frei. Insgesamt werden so im 4-Schicht-Rhythmus 50 Überstunden geschoben, ohne daß ein Pfennig der zuvor gezahlten 25%-Mehrarbeitszulage gezahlt wird. Die arbeitsfreien Tage, die 1977 bei Normalschicht 111 Tage betrugen, wurden mit der Einführung der Contischicht auf 91 Tage gekürzt. Nur 28 dieser Tage waren dabei tatsächlich an Samstagen, Sonn- oder Feiertagen. Allein im Jahr 1977 wurde die Jahresarbeitszeit eines Schichtarbeiters in Contischicht um 20 Tage verlängert und gleichzeitig der Lohn gekürzt.

---

hat und ihn stunden ließ. Jetzt ruft der VDR nach Erhöhung der Bundeszuschüsse, damit die Kapitalanlagen nicht gefährdet werden. Er weiß nur zu gut, daß die Regierung vorsorglich den Passus in das 21. Rentenanpassungsgesetz aufgenommen hat, daß eine Änderung bei den Bundeszuschüssen nur zulässig ist, wenn zuvor etwas an der Ein- oder Ausgabenseite verändert worden ist. Was, kann sich jeder denken.

Enteignungskursus in Gorleben

Die Landesregierung in Niedersachsen plant in aller Stille, die Beamten in Gorleben in den gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen zur Enteignung zu schulen, mit Schwerpunkt „schnelle Durchführung" der Verfahren. Mit allen Mitteln des Rechtsstaates soll der geplante Bau der Atommüllwiederaufbereitungsanlage durchgezogen werden. Die Deutsche Wiederaufbereitungsgesellschaft für Kernenergie (DWK) droht seit Wochen den Bauern mit bald anstehenden Enteignungen ihres Landes, wenn sie nicht verkaufen. Um aber einen Enteignungsantrag laut Niedersächsischem Baugesetz stellen zu können, müßten sie einen Bebauungsplan vorlegen, mit dessen Genehmigung durch die Landesregierung ein Verfahren erst eingeleitet werden kann. Gegen diesen Bebauungsplan können die Bewohner des Gebietes und insbesondere die Besitzer des zu bebauenden Landes Einspruch einlegen. In Esenhamm läuft solch ein Verfahren seit 1971. Deswegen versucht die DWK mit allen Mitteln, an das Land heranzukommen. Dabei pokern sie. Sie drohen mit Enteignungen, um überhaupt eine Enteignung in Gang setzen zu können.

NRW-Landtag plant Ausbau der Jugendämter

Als Beitrag zur „Funktionalreform" hat der Ausschuß für Jugend, Familie und politische Bildung des nordrhein-westfälischen Landtages vorgeschlagen, daß Orte mit über 60000 Einwohnern „generell gesetzlich verpflichtet werden, Jugendämter zu errichten". Bisher gab es im § 8 der Ausführungsbestimmungen zum Jugendwohlfahrtsgesetz nur eine Kann-Bestimmung. Mit dem geplanten Ausbau der Jugendämter soll die Bespitzelung und Unterdrückung der Arbeiterfamilien, insbesondere der „alleinstehenden Elternteile und werdenden Mütter", verschärft werden, um ihre Kinder frühzeitig ins Arbeitshaus stekken zu können. So ist die Zahl der „Beratungen" von 1975 bis '76 von 56353 auf 72954 gestiegen. Die Geldmittel für „Fürsorgeerziehung, Heimpflege und Erziehung wegen Erziehungsmängeln" in Heimen sowie „gerichtlich angeordneter Erziehungsbeistand" sind von 1967 bis 1976 von 279,7 Mio. auf 1212,4 Mio. DM angewachsen.

Bundesregierung veröffentlicht „Erfolgsbilanz" bei Rehabilitation

Ein zweites Sonderprogramm für Schwerbehinderte hat das Ehrenberg-Ministerium eingeleitet. Das „erste Sonderprogramm für Schwerbehinderte" lief vom 1. November 1976 bis zum 1. September 1977. 100 Millionen DM haben sich die Kapitalisten als Kopfprämie geholt, damit sie einen schwerbehinderten Arbeiter ausbeuten. Nach dem „Sonderprogramm" bekommt jeder Kapitalist Zuschüsse zwischen 6000 bis 18000 Mark, wenn er einen schwerbehinderten Arbeiter einstellt. Das ganze soll jetzt wiederholt werden und läuft seit dem 23. Dezember 1977. Durchgeführt wird das „Sonderprogramm" von der Bundesanstalt für Arbeit. Ein „weiterer Schwerpunkt der Förderung" in der Rehabilitation sieht das Ehrenberg-Ministerium im „Aufbau eines länderübergreifenden Netzes von Werkstätten für Behinderte und mit ihnen im Zusammenhang stehender Wohnstätten für Behinderte". Diese Arbeitslager-KZs sind noch gut erinnerlich.

„Wanderungsbewegungen" der Arbeiter aus dem Ausland

Wenn die EG-Imperialisten in einer ihrer Richtlinien von „jeglicher Form der Ausbeutung und Einschüchterung" reden, der die „illegalen Wanderarbeiter ausgesetzt sind", Formulierungen, die sie in ihren Staaten – wenn revolutionäre Arbeiter sie benutzen – unter Strafvorschriften stellen, ist gewiß, sie haben einiges vor. In einem Atemzug mit obigem ist das „Mittel" zur Behebung angegeben: „Die Bekämpfung der illegalen Wanderung und Beschäftigung ist durch Ermittlungs-, Verhütungs- und Strafmaßnahmen zu verstärken." Arbeiter, die in die EG-Mitgliedsstaaten ohne Aufenthaltsgenehmigung und Arbeitserlaubnis einreisen und von den jeweiligen Kapitalisten wie Sklaven gehalten und ausgebeutet werden, sollen noch „wirksamerer Kontrolle" unterzogen werden. Wenn es die kapitalistischen Interessen erfordern – immer dann, wenn sie genügend billige Arbeitskraft zur Ausbeutung haben – sieht die EG-Richtlinie vor, daß „strenge abschrekkende Sanktionen unerläßlich sind". Das sind Gefängnisstrafen und schnelle Ausweisung und Abschiebung.

Russische Wallfahrt nach Jerusalem

Über Ostern besuchte eine Delegation der russischen Kirche den zionistischen Siedlerstaat. Bereits im Oktober 1977 hatte ein Besuch der „Jerusalem Orthodox Church" in der Sowjetunion stattgefunden. Die Sozialimperialisten fallen dem Kampf des palästinensischen Volkes in den Rücken, indem sie durch die faktische Anerkennung des Zionistenregimes als Staat Manövrierraum für ihre eigenen Komplotte im Nahen Osten zu schaffen versuchen. Die russischen Pfaffen haben sich seit langem – als Friedensengel verkleidet – in Agententätigkeiten für die Befriedungspläne des Sozialimperialismus geübt. So durch den 1977 in Moskau inszenierten religiösen Weltkongreß, der unter dem bezeichnenden Motto „Religiöse Vertreter für dauerhaften Frieden, Abrüstung und gerechte Beziehungen unter den Völkern" stattfand. 1977 veröffentlichte der russische Patriarch einen Aufruf gegen die Neutronenbombe, in dem es unter Bezugnahme auf den gerechten Haß der Völker gegen den US-Imperialismus heißt, daß „für die praktische Lösung von Frieden, friedlicher Koexistenz, Beseitigung der Kriegsgefahr, Abrüstung, gerechter sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung, Beseitigung von Hunger, Elend und Krankheiten ... der Sowjetstaat sorgt. Die Gläubigen heben seinen großen Beitrag zu diesen Taten hervor, die für die Gegenwart und Zukunft der ganzen Menschheit bedeutend sind." Besonders verdient gemacht für die Interessen der neuen Bourgeoisie in der UdSSR hat sich der Erzbischof der Krim Leontij, der nicht nur die Unterwerfung unter ihre Herrschaft als friedensdienliche Christenpflicht predigt, sondern mit der Drohung vom Jüngsten Gericht 600000 Rubel aus den Taschen der sowjetischen Werktätigen in seiner Gemeinde gepreßt hat für den „sowjetischen Friedensfonds", die Kriegskasse der Sozialimperialisten. Dafür wurde er durch Verleihung der Ehrenmedaille des Fonds honoriert. So wundert es nicht, wenn seitens der zionistischen Regierung die russische Delegation als Wallfahrer begrüßt und ihr volle Bewegungsfreiheit zugesichert wird. Wer Soldaten schickt, erhält auch das Recht, die Truppen zu inspizieren. Wer hier als Wallfahrer willkommen geheißen wird, hat den Plan für den Kreuzzug schon in der Tasche.

Werktätigen in seiner Gemeinde gepreßt hat für den „sowjetischen Friedensfonds", die Kriegskasse der Sozialimperialisten. Dafür wurde er durch Verleihung der Ehrenmedaille des Fonds honoriert. So wundert es nicht, wenn seitens der zionistischen Regierung die russische Delegation als Wallfahrer begrüßt und ihr volle Bewegungsfreiheit zugesichert wird. Wer Soldaten schickt, erhält auch das Recht, die Truppen zu inspizieren. Wer hier als Wallfahrer willkommen geheißen wird, hat den Plan für den Kreuzzug schon in der Tasche.

Erregung der Kirchenmänner über die Genußsucht der Massen

„Unter anderem spricht sie (die Evangelische Kirche Deutschlands) sich für eine umfassende Neubesinnung über die menschliche Selbstverwirklichung aus. Es müsse neu erkannt werden, daß der Sinn menschlichen Lebens nicht in erster Linie oder gar ausschließlich in Wohlstandssteigerung oder beruflicher Entfaltung liege; (...) ‚Wo die Karriere beider Eltern oder hoher Lebensgenuß in den Vordergrund treten – vor die Liebe zu den Kindern und vor die Pflege des Familienlebens – untergraben die Menschen ihre eigene Zukunft.'" (Hannoversche Allgemeine, 23.3.1978)

Die Pfaffen reden nicht nur von Lohndrückerei, Entrechtung und Verschärfung der Arbeitsqual, sie sind in der Durchsetzung in vorderster Front. Haben die Beschäftigten der Nordelbischen Landeskirche in ihren Kämpfen der letzten Jahre durchgesetzt, daß die Kirche die Tarifverträge des öffentlichen Dienstes anerkennen mußte, so hat die letzte Synode der Hannoverschen Landeskirche beschlossen, die Anbindung der kirchlichen Einrichtungen an die tarifvertraglichen Vereinbarungen des öffentlichen Dienstes aufzuheben.

Mit Zivildienstpflichtigen, Teilzeitbeschäftigten und in der „Sorge" um die arbeitslose Jugend – verbrämt mit christlicher Nächstenliebe – wird Stück für Stück der Arbeitsdienst eingeführt.

Die Nordelbische Kirche hat jetzt ein Ausbildungsförderungsprogramm anlaufen lassen für 154 Jugendliche, besonders berufsvorbereitende Maßnahmen und Ausbildung von weiblichen Hauptschulabgängern.

Den Massen Hunger und Elend als höchstes Gut und die größte Freiheit einzureden, unterhält die herrschende Kapitalistenklasse sich ein Heer gut genährter, fein gekleideter feister Pfaffen. Bezahlen läßt sie sich diese Nebelwerfer von den Massen. 27,184 Mio. Mitgliedern hat die Evangelische Kirche Deutschlands 1975 3,835 Mio. DM vom Lohn geraubt, 3,427 Mio. DM die römisch-katholische Kirche 26,998 Mio. Mitgliedern. Ganz zu schweigen von den Sammlungen, zu denen die Kirche jede Gelegenheit nutzt, um aus den Massen Millionensummen zusätzlich zu ziehen zur „Eindämmung der Wohlstandssteigerung und der beruflichen Entfaltung".

Schering mit Ehrenberg zufrieden, 4 bis 5 Millionen für Forschung

Arzneimittelgesetz und Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz beschleunigen Monopolisierung der Pharma-Industrie

Nach Inkrafttreten des Krankenversicherungskostendämpfungsgesetzes (KVKG) beklagten sich die Pharmakonzerne bitter darüber, daß es ihnen jetzt an den Kragen ginge. Auf die Barrikaden sind sie deshalb aber nicht gegangen. Vorige Woche haben sie denn auch Ehrenberg zur Besichtigung im neuen Forschungszentrum bei Schering in Westberlin feierlich empfangen. Die Kapitalisten haben erklärt, bloß durch intensive Forschung und Entwicklung könne Qualität und Sicherheit der Arzneimittel gewährleistet werden. Die hohen Kosten für die Forschung müßten deshalb auch auf die Arzneimittelpreise ihre Auswirkungen haben. Protest erhoben sie gegen die Pläne Ehrenbergs, die Ärzte zu verpflichten, Billigstpräparate zu verschreiben. Diese Billigstpräparate könnten nur von Nachahmerfirmen produziert werden, die keine Forschungs- und Entwicklungskosten auf den Arzneimittelpreis zu erheben brauchen. Sie haben noch einmal bekräftigt, daß der Patentschutz wirkungsvoller gestaltet werden müsse.

Die Schering-Kapitalisten haben zum KVKG bei jeder Gelegenheit folgendes verlauten lassen: Sie seien auch für Kostendämpfung im Gesundheitswesen, aber bitte schön nicht auf ihrem Rücken, denn das würde zu Lasten der Patienten gehen.

Im Dezember 1977 begründete Dr. Schütze, Leiter der Sparte Pharma der Schering AG in Westberlin, Werk Müllerstraße, auf einer Schichtversammlung den „engen Zusammenhang" zwischen den Auswirkungen des KVKG, dem neuen Arzneimittelgesetz und den daraus folgenden steigenden Anforderungen an die Arbeiter: „Zwar ist mit Präparaten im Bereich der hormonalen Kontrazeption (Anti-Baby-Pillen, d. Verf.) und der steroidalen Entzündungshemmer vor 15 Jahren ein Durchbruch gelungen, der in der Folgezeit auch zu guten Umsatzzuwächsen führte, doch machen sich inzwischen die Auswirkungen des KVKG – die zwar eher psychologisch zu werten sind – als auch ein spürbarer Rückgang der Benutzer oraler Kontrazeptiva, bemerkbar. Dies führt zu einem geringen, teilweise stagnierenden Umsatzwachstum bei – durch erhöhte Anforderungen an die Arzneimittelsicherheit – Forschung, Entwicklung, Produktion, GMPC Good Manufacturing Practice; Bestimmungen zur Reinheit der Produkte und sterilen Produktion, die Red.) – steigenden Kosten. Um das derzeitige Niveau halten zu können, bleibt mir nur der Appell, Gestehungs-, Gemein- und Leerkosten möglichst gering zu halten. Das ist umso wichtiger, als man heute mehr denn je gezwungen ist, kostengünstig anzubieten, um auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu bleiben."

Die Schering-Kapitalisten haben genau gewußt, daß das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz und das am 1. Januar 1978 in Kraft getretene Arzneimittelgesetz ihnen nicht die Pfründe beschneidet, sondern der Umwälzung der Produktion, der kapitalistischen Rationalisierung und der weiteren Monopolisierung Vorschub leistet. Die wichtigsten Auswirkungen des neuen Arzneimittelgesetzes auf die Produktion der Arzneimittel sind:

– Die Produktion, die Arzneimittelprüfung und der Arzneimittelvertrieb muß einem Herstellungsleiter, einem Kontrolleiter und einem Vertriebsleiter unterstellt werden.

– Als Grundregeln für die Herstellung von Arzneimitteln und die Sicherheit ihrer Qualität müssen die „GMP-Richtlinien" eingehalten werden.

Die Schering-Kapitalisten rühmen sich damit, daß sie schon 1969 begonnen haben, die GMP (Good Manufacturing Practice)-Regeln in der Produktion von Arzneimitteln anzuwenden und 1976 gaben sie bekannt, daß nun alle Pharmabetriebe nach diesen Regeln umgerüstet wurden. An zwei Beispielen ist ersichtlich, daß die Schering-Kapitalisten unter dem Schlachtruf der Qualitätsverbesserung von Arzneimitteln die Produktion durchrationalisiert haben und ihren Exportanteil beständig steigern konnten, für das Jahr 1977 auf 63,5% gegenüber 1976 gleich 61,7%: beim Betrieb zur Fertigung von sterilen Injektions- und Infusionslösungen, Liquida-Betrieb, und an der Zentralen Verpackung und Versorgung.

Ähnliche Erfolge in der Schweißauspressung konnten die Kapitalisten nach Inbetriebnahme der Zentralen Verpackung und Versorgung vermelden. Die gesamte Verpackung wurde in einer riesigen mehrstöckigen Produktionshalle untergebracht, die die Größe eines Fußballfeldes hat. Die Verpackung wurde an neu errichteten Bandstraßen durchgeführt. Ein vollautomatisches Palettenhochraumlager sorgte „für verkürzte Umschlagzeiten, erhebliche Leistungssteigerung durch zentrale Steuerung, Mechanisierung und Automation, Verringerung des Personalaufwands". „Extra Ein- und Ausgänge, Hygieneschleusen, besondere Umkleideräume und Wascheinrichtungen sorgen dafür, daß die rund 100 Mio. Packungen im Jahr von etwa 70 Arzneimitteln den Gebäudekomplex in der Fennstraße in hygienisch einwandfreiem Zustand auf ihrem weiten Weg nach rund 130 Ländern in allen Teilen der Welt verlassen."

Das KVKG und das Arzneimittelgesetz ermöglicht den großen Pharmakonzernen weitere Konzentration und Monopolisierung. Wirksamen Patentschutz und Senken der Forschungsausgaben fordern sie.

Schering entwickelt gerade mit einer 4 bis 5 Mio. DM Unterstützung durch das Bundesforschungsministerium ein Computer-Programm zur Erfassung und Verarbeitung aller Daten bei der klinischen Erprobung neuer Medikamente. Kein Wunder, daß die Pharmakonzerne lediglich von „psychologischen Auswirkungen" des Ehrenbergprogramms reden, ihnen fließen „Einsparungen" aus dem Hause Ehrenberg in die Kasse, und Extraprofite haben sie dick dabei.

Für Blei, Silber, Kupfer und Zink aus Zaire geht die Société Générale allemal auch über Leichen

1974 krepierten nahe dem Betrieb der Metallurgie Hoboken/Overpelt in Hoboken einige Kühe und Pferde; Todesursache: Bleivergiftung. Damals versuchten die Metallurgie-Kapitalisten in Zusammenarbeit mit dem belgischen Staatsapparat die Bevölkerung der alten flämischen Arbeiterstadt durch einige wenig wirksame, aber laut

von 80 und selbst 90 Mikrogramm. Ab 80 Mikrogramm wird ein Arbeiter wegen Bleivergiftung arbeitsunfähig geschrieben! Schon eine leichtere Bleivergiftung ruft Kopfschmerzen, Schmerzen in den Beinen, Erbrechen, Magen- und Darmkrämpfe, allgemeine Reizbarkeit und Sprachstörungen hervor. Ernstere Vergiftungen

„Der Betrieb sagt selbst jetzt noch immer: Nichts ist bewiesen, jedes Kind hat doch wohl mal Kopfschmerzen, wir haben getan, was wir konnten. Das alles sei doch sehr übertrieben und man dürfe nicht sentimental werden."
Nichts sei bewiesen? Durchschnittlich 5,3 Mikrogramm Blei pro Kubikmeter Luft wurden 1976/77 nah der

Der Gemeinderat, zu 60% sozialdemokratisch, schwankt unter dem unmittelbaren Druck der Volksmassen. Nach einigen erzwungenen Zugeständnissen versucht er mit einem Katalog von 23 Maßnahmen, von denen nur drei Anforderungen an die Kapitalisten stellen und ihnen überdies fünf Jahre Zeit einräumen, den Kampf mit

Für Blei, Silber, Kupfer und Zink aus Zaire geht die Société Générale allemal auch über Leichen

1974 krepierten nahe dem Betrieb der Metallurgie Hoboken/Overpelt in Hoboken einige Kühe und Pferde; Todesursache: Bleivergiftung. Damals versuchten die Metallurgie-Kapitalisten in Zusammenarbeit mit dem belgischen Staatsapparat die Bevölkerung der alten flämischen Arbeiterstadt durch einige wenig wirksame, aber laut propagierte Maßnahmen zu „beruhigen". So baute die Metallurgie, der größte belgische Konzern für die Produktion bzw. Raffinerie von Kupfer, Zink, Blei, Zinn, Kobalt, Antimon, Kadmium, Silber und Gold, Tochter des belgischen Finanzoligarchen Société Générale, einige Filter in die Silber- und Goldproduktion ein oder zog den Schornstein einige Meter höher. Das Ministerium für Volksgesundheit leitete einige Untersuchungen ein, deren Resultate zwar den Ärzten geschickt wurden, ansonsten aber das Licht der Öffentlichkeit nicht erblickten.

Drei Jahre später, 1977, fordert die marxistisch-leninistische Organisation Amada (Alle Macht den Arbeitern / Kommunistische Partei im Aufbau) durch ihre Vertreter im Gemeinderat eine gründliche Untersuchung. Ihr waren zwei Fälle von bleivergifteten Kindern bekannt geworden. Nachdem sie den Antrag mehrmals eingebracht hat, sieht sich der Gemeinderat gezwungen, ein Team von Wissenschaftlern einzustellen, das den ganzen Zustand, die Luft, den Boden, die Kinder, untersucht.

„Diese Professoren", berichtete uns ein Mitglied von Amada, „mußten zugeben, daß es wirklich schlimm stand. Davor waren z.B. in jeder Schule 40 Kinder untersucht worden; nun aber untersuchten sie alle Kinder vom 1. bis zum 6. Schuljahr und schickten die Resultate zum Arzt, und der Arzt gab sie den Eltern weiter. So bekamen plötzlich viele Leute Papiere, in denen stand, daß ihre Kinder zuviel Blei im Blut hatten, und es gab mehrere Eltern, deren Kinder ernsthaft krank waren. Sie hatten ständig Schmerzen und konnten nicht mehr lernen; die Eltern hatten aber nicht gewußt, was das war. Nun bekamen sie die Resultate der Untersuchung, und das war für sie die Erklärung; sie verstanden, was die Krankheit war. Sie wohnten nebeneinander, sprachen miteinander, sie waren alle betroffen, und so sahen sie, daß sie zusammen etwas machen mußten."

Normal und ungefährlich sind bei Kindern 25 bis 30 Mikrogramm Blei pro 100 Milliliter Blut, bei Erwachsenen bis zu 40 Mikrogramm. Im Februar 1978 wurden bei 72% der Schulkinder Werte von *über* 30 Mikrogramm festgestellt. Im März und April fand man bei kleinen Kindern Werte von 80 und selbst 90 Mikrogramm. Ab 80 Mikrogramm wird ein Arbeiter wegen Bleivergiftung arbeitsunfähig geschrieben! Schon eine leichtere Bleivergiftung ruft Kopfschmerzen, Schmerzen in den Beinen, Erbrechen, Magen- und Darmkrämpfe, allgemeine Reizbarkeit und Sprachstörungen hervor. Ernstere Vergiftungen greifen nachhaltig Nervensystem und Hirnzellen an – von 12 bis 14 Kindern der letzten Untersuchung hatten 6 oder 7 keine normalen Reflexe mehr! – und können im schlimmsten Fall zum Tode führen.

„Es sind vor allem die Kinder, die ganz nah bei dem Betrieb wohnen, die wirklich krank sind; man kann aber sagen, daß auch in den anderen Schulen, wo die Kinder untersucht wurden, es überall Kinder gibt, die zuviel Blei im Blut haben. Und das beschränkt sich nicht nur auf Kinder (die den Bleistaub sowohl vermehrt aufnehmen als auch vermehrt in die Knochen einlagern – Red.), das geht über auf die ganze Gemeinde. Auf die Erwachsenen, das sind vor allem die Arbeiter von Metallurgie selbst. Der Betriebsarzt weigert sich allerdings, den Arbeitern die Untersuchungsergebnisse bekannt zu geben. Wenn sie sich krank fühlen und zu einem anderen Arzt gehen, dann ist es oft schon zu spät. Aber die Arbeiter sind jetzt aufmerksam. Es gibt Monate, wo der Betriebsarzt 10 Arbeiter wegen Krankheit aus dem Betrieb schicken muß, und früher, z.B. im vorigen Jahr, da hat er, wie er sagt, nur drei Arbeiter deswegen krankgeschrieben – im ganzen Jahr."

„Der Betrieb sagt selbst jetzt noch immer: Nichts ist bewiesen, jedes Kind hat doch wohl mal Kopfschmerzen, wir haben getan, was wir konnten. Das alles sei doch sehr übertrieben und man dürfe nicht sentimental werden."

Nichts sei bewiesen? Durchschnittlich 5,3 Mikrogramm Blei pro Kubikmeter Luft wurden 1976/77 nah der Metallurgie gemessen. In der Millionenstadt Brüssel betrug der Bleigehalt der Luft zur gleichen Zeit durchschnittlich 0,74 Mikrogramm; 1,5 Mikrogramm sind selbst nach den EG-Richtlinien, die den kapitalistischen Profitgeiern wahrlich genug Spielraum lassen, das Maximum. In Hoboken aber wurden an einigen Tagen bis zu 28 Mikrogramm festgestellt. Entsprechende Bodenuntersuchungen kamen zu dem Ergebnis, daß die Metallurgie in ihrer Umgebung den Hektar Boden um jährlich fast 8 kg Blei „bereichert".

Die Metallurgie-Kapitalisten wollen nicht zahlen, weder die Untersuchung der Schulkinder und Erwachsenen, noch für die schwerwiegenden Folgen ihres Raubbaus an Mensch und Natur, noch für die technische Umrüstung der Produktion, die der Verseuchung mit Blei und anderen Giftstoffen ein Ende setzt. Um die Riesenprofite aus dem Monopol an Bodenschätzen der Länder der Dritten Welt, vor allem aus Zaire, nicht zu schmälern, nimmt sie Leichen allemal in Kauf. Das Ministerium für Volksgesundheit, das seine Befehle direkt von der Société Générale empfängt, brütet an dem Plan, die Kinder aus den hauptsächlich betroffenen Straßenzügen – *zu evakuieren!*

Der Gemeinderat, zu 60% sozialdemokratisch, schwankt unter dem unmittelbaren Druck der Volksmassen. Nach einigen erzwungenen Zugeständnissen versucht er mit einem Katalog von 23 Maßnahmen, von denen nur drei Anforderungen an die Kapitalisten stellen und ihnen überdies fünf Jahre Zeit einräumen, den Kampf mit Versprechen auf die „Fürsorge" des bürgerlichen Staatsapparates zu spalten.

Die Volksmassen indes sind nicht bereit, sich die Sorge um das Ende ihrer Vergiftung aus der Hand nehmen zu lassen. Im April demonstrierten nahezu 2000 u.a. für die Forderungen: „Keine fünf Jahre, sondern ein Jahr für die Sanierung!", „Der Verursacher muß bezahlen!", „Veröffentlichung aller Meßergebnisse!". Eine breite Aktionseinheit ruft in diesen Tagen zu einer zweiten Demonstration am 6. Juni auf. „Nach den 23 Maßnahmen haben der Bürgermeister und die bürgerlichen Parteien im Gemeinderat eine Erklärung unterzeichnet, daß jetzt alles Notwendige getan sei. Der Bürgermeister selbst hat erklärt, jetzt müsse wieder Ruhe einkehren. Warum wollen Sie denn noch auf die Straße gehen, hat er die Eltern gefragt. Wir (Amada) sind die einzige Partei, die diese Erklärung nicht unterschrieben und dazu aufgerufen hat, den Kampf fortzusetzen. Deshalb ist es gut, daß die Leute jetzt beschlossen haben, die Demonstration in der nächsten Woche auf jeden Fall durchzuführen." – (Korrespondentenbericht Brüssel)

Kaffeeimport und Kaffeeverkauf gesunken – dennoch „günstiges Geschäftsjahr"

Der Kaffeeimport in die BRD ist 1977 im Vergleich zu 1976 um 2,5 Prozent gesunken, der Kaffeekonsum in Westdeutschland um knapp drei Prozent. Das drückt nur annähernd aus, wie aufgrund der dauernden Lohnsenkungen und Kaffeepreiserhöhungen die Volksmassen den Verbrauch von Kaffee beschränken mußten. Bei „Kaffee-Extrakt", also Nescafé u.ä., wird ein „Absatzeinbruch von 16 Prozent" angegeben.

Der Deutsche Kaffeeverband in Hamburg beurteilt in seinem Jahresbericht für 1977 das vergangene Geschäftsjahr so, „daß es im deutschen Rohkaffeehandel doch eine ganze Anzahl von Firmen gibt, die auch das vergangene Jahr nicht ungünstig bewerteten". (Handelsblatt, 25.5.78) Nicht ungünstig – so drücken die Imperialisten ihr Wohlgefallen darüber aus, daß es ihnen gelungen ist, einen Raubzug gegen die kaffeeproduzierenden Länder der Dritten Welt wie gegen die Volksmassen in Westdeutschland zu organisieren.

Im Jahresbericht stellt der Kaffeeverband die Tatsache, daß der *Rohkaffeepreis* von 1976 bis 1977 von 6,45 DM auf 11,35 DM hochgeschnellt ist, gelassen fest. Grinsend legen die Geldsäcke untereinander Rechenschaft über ihr profitträchtiges Manöver ab. Als seinerzeit die Rohkaffeepreise in die Höhe schnellten, entfachten sie eine wilde Hetze gegen die „Kaffeescheichs" der kaffeeproduzierenden Länder der Dritten Welt und teilten bedauernd mit, nun müßte der Preis für den Röstkaffee gleichfalls erhöht werden. Tatsächlich hatten die Nahrungsmittelmonopole und Spekulanten durch raschen Aufkauf der Kaffeeproduktion der Länder der Dritten Welt die Rohkaffeepreise in die Höhe getrieben. Die Lager gefüllt, sind sie zur Erpressung der Kaffeeproduzenten der Dritten Welt geschritten und haben inzwischen den Preis pro Kilo Rohkaffee von 3 Dollar auf 1,73 Dollar gedrückt.

In den imperialistischen Ländern haben sie die Preise für die Massen kräftig erhöht, in Westdeutschland pro Kilo Röstkaffee nach ihren Angaben von 1976 18,69 DM auf 24,45 DM. Bei sinkendem Verkauf und gedrücktem Konsum haben sie durch die Preiserhöhung mehr als 1,5 Milliarden DM eingestrichen; der westdeutsche Staatsapparat über die Kaffeesteuer 1,28 Milliarden DM.

Die Bourgeoispresse wundert sich angesichts der Preiserhöhungen, weshalb die Massen nicht längst zu „Substitutionskäufen" übergegangen seien. Statt Kaffee Muckefuck, um den Wert der Arbeitskraft weiter zu senken, das geht ihr nicht rasch genug. Den Bourgeois wird das ebensowenig gelingen wie die weitere Plünderung und Erpressung der kaffeeproduzierenden Länder der Dritten Welt. Die lateinamerikanischen Kaffeeproduzenten setzen im Kampf für die Erhöhung der Weltmarktpreise ihren Exportstopp fort. – (Z-Red.)

„Untermenschliche Arbeitsplätze müssen jedem offenstehen"

Lambsdorffs, Blüms und Ehrenbergs Sorge um die „Zukunftschancen" der Ausländerkinder

Gegenwärtig beuten die westdeutschen Kapitalisten knapp 1,9 Millionen ausländische Arbeiter, vor allem aus der Türkei, Griechenland, Jugoslawien, Spanien, Italien und Portugal aus. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Lohnabhängigen liegt bei 9,5%. Über befristete Aufenthaltserlaubnisse, die an den Arbeitsnachweis gekoppelt sind, und die Möglichkeit der jederzeitigen Abschiebung sollen die ausländischen Arbeiter zu jeder Drecksarbeit zu jeder Bedingung gezwungen und als Spaltkeil gegen ihre westdeutschen Kollegen eingesetzt werden. Der wachsende Druck der industriellen Reservearmee soll ein übriges tun, den Lohnstandard allgemein zu senken und die Ausbeutung zu verschärfen. Offiziell als Arbeitslose registriert waren im April 105000 ausländische Arbeiter, das sind 10,5% der Gesamtarbeitslosenzahl. Die wirkliche Arbeitslosenquote der ausländischen Arbeiter liegt weitaus höher. Sie melden sich häufig erst gar nicht arbeitslos, weil sie sowieso kein Recht auf Arbeitslosengeld haben, oder aus Furcht ausgewiesen zu werden.

Die Bourgeoispolitiker weiden sich an diesem Zustand. In der Fernsehsendung „Bonner Perspektiven" am 28.5. schwärmte der Graf Lambsdorff auf die Frage, welche Rolle den ausländischen Arbeitern in der Zukunft zukomme: „Ich kann mich nicht so sehr an dem formalen Unterschied aufhalten ... für mich muß ich einfach sehen, daß in der deutschen Wirtschaft diese Gastarbeiter voll integriert sind, unentbehrliche Mitarbeiter in vielen Betrieben sind, ganz ausgezeichnete Mitarbeiter ...", und der sozialpolitische Sprecher der CDU Norbert Blüm ergänzt: „Nicht so, daß wir für die untermenschlichen Arbeitsplätze uns sozusagen Arbeitskräfte aus dem Ausland importieren, weil keine deutschen Arbeitnehmer sich mehr finden. Ich finde, wenn Arbeitsplätze untermenschlich sind, dann laßt sie uns lieber wegrationalisieren, im übrigen muß jeder Arbeitsplatz für jedermann offenstehen." Drohung und Erpressung gegen die gesamte Arbeiterklasse, das ist das „Konzept der Integration", das den Bourgeois vorschwebt.

Die Streikkämpfe, die die Arbeiter in diesem Winter gegen die Senkung des Lohnstandards und die Verschärfung der Ausbeutung geführt haben, haben den Zusammenschluß der ausländischen und deutschen Arbeiter gestärkt. Die Bourgeois sinnen nach Möglichkeiten, wie sie ihn untergraben können. Besonderes Augenmerk widmen sie den „Zukunftschancen der Kinder ausländischer Arbeitnehmer".

Anteil der ausländischen Schüler an der Gesamtschülerzahl in Westberlin

	1973	1976	1977
Schüler ges.	248974	256209	253259
davon Ausl.	16310	20624	22621
in %	6,5%	8,0%	8,9%
Grundschulen	146399	135385	128408
davon Ausl.	11388	13720	14774
in %	7,8%	10,1%	11,5%
Hauptschulen	23102	20979	19858
davon Ausl.	2647	3446	3730
in %	11,5%	16,4%	18,8%
Sonderschulen	9288	11719	11451
davon Ausl.	324	418	602
in %	3,5%	3,6%	5,3%
Gymnasien	37350	42135	44091
davon Ausl.	720	1228	1376
in %	1,9%	2,9%	3,1%

In den nächsten fünf Jahren verlassen rund 300000 ausländische Jugendliche die Schule. Dafür, daß sie so gut wie keine Möglichkeit haben, eine Ausbildung zu erlangen, ist gesorgt. Den ausländischen Jugendlichen, die nach dem 30.11.74 nach Westdeutschland kamen, wird von vornherein das Recht auf „Erwerb einer für die Berufsausbildung notwendigen Arbeitserlaubnis" verwehrt. Für die, die vorher ins Land gekommen sind, besteht dieses Recht faktisch nur auf dem Papier. Entweder, sie werden gleich in der Grundschule in die Sonderschule ausgesondert, oder sie verlassen die Hauptschule mit schlechten Noten oder ganz ohne Abschluß. Zwei Drittel der ausländischen Jugendlichen erhalten im Durchschnitt keinen Hauptschulabschluß, im Westberliner Bezirk Kreuzberg erhielten beim letzten Schulabschluß von 3200 ausländischen Schülern 2880 kein Abschlußzeugnis. Was ihnen bleibt, ist die Arbeitslosigkeit und für Groschenlöhne jede Schinderei zu verrichten, wenn ein Kapitalist sie nur nimmt. „Hier liegt die Wurzel eines sozialen Problems, das zu schweren Störungen im Zusammenleben führen kann", mutmaßt die Bundesregierung in ihrem Bericht zur Lage der ausländischen Kinder vom 13.4. und folgert, daß die Unterdrückung und Abspaltung der ausländischen Jugendlichen von ihren westdeutschen Klassenbrüdern – „vor allem in Ballungszentren" – durch die „Bereitstellung von besonderen Hilfen in den Kindergärten, Schulen sowie durch die Jugendhilfe" garantiert werden muß. Prompt hat die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag beantragt, die Bundesregierung möge ein entsprechendes Konzept ausarbeiten, in dem „besondere Bedeutung der sozialen Betreuung der ausländischen Arbeitnehmer" zukomme, um „den Eltern die Bedeutung der abgeschlossenen Schul- und Berufsausbildung deutlich zu machen" und ihre „Bildungsbereitschaft" zu fördern. Man kann sich das Heer von Sozialarbeitern gut vorstellen, die den ausländischen Arbeitern auf Schritt und Tritt nachschleichen, natürlich „nur zum Besten ihrer Kinder". Auch „Hilfen im Bereich der kulturellen Bildung" fordert die CDU, um den ausländischen Kindern den „Zugang zur deutschen Kultur zu öffnen", bei „Berücksichtigung der kulturellen Tradition der Heimatländer", denn „die ausländischen Jugendlichen können gerade hier – etwa bei der Musik – gegenüber ihren deutschen Altersgenossen die Gebenden sein". Sozusagen als lustige Einlage wollen die Bourgeois die Tradition und Kultur der ausländischen Arbeiter behandelt wissen, die mal zur Erheiterung ein Tänzchen aufführen oder ein Lied vortragen. Gleichzeitig wird systematisch der Erhalt der Muttersprache unterdrückt. Der Schulunterricht, auf den die ausländischen Kinder verpflichtet sind, wird fast durchweg in deutscher Sprache abgehalten. Aber, so Ehrenberg, um die „Sprachbarrieren abzubauen", wird „*neben* der Schulpflicht ... auch Unterricht in der Heimatsprache gegeben, um hier nicht von vornherein Schranken für eine mögliche Rückkehr aufzubauen".

Gut genug, sich von ihnen die Rentenkassen füllen zu lassen, sind die ausländischen Arbeiter den Kapitalisten. Kehren sie in ihr Heimatland zurück, verfällt ihr Anspruch auf Rentenleistung. Und die Kapitalisten wissen zu verhindern, daß ein ausländischer Arbeiter das Rentenalter in Westdeutschland erlebt.

Ehrenbergs erklärter Grundsatz ist, „niemandem nahezulegen oder gar ihn mit Nachdruck dazu zu veranlassen, die Aufenthaltsgenehmigung in der Bundesrepublik zurückzugeben ... aber Förderung in jedem Einzelfalle, wenn jemand zurückkehren will". Diese Einzelfall-Förderung erlebt man seit einigen Monaten konkret am Beispiel der pakistanischen Arbeiter, die direkt nach Einreise in Westberlin verladen und in die Heimat zurücktransportiert werden.

„Denen, die jetzt hier sind, denen muß das besondere Angebot von Hilfen gelten ... unser Instrumentarium: Umschulung, Fortbildung, Eingliederungsbeihilfen ... ", empfiehlt Norbert Blüm. Gibt es schon einmal arbeitslose ausländische Jugendliche, dann sollen sie auch vernutzt werden, zum Beispiel in den zahlreichen ABM-Programmen. Aus den Knochen der Arbeiter in Westdeutschland saugen die westdeutschen Imperialisten die Mittel, um ihr Kapital in die Länder der Dritten Welt zu exportieren und die dortigen Arbeiter für Niedrigstlöhne auszupressen. Gut zupaß kommen ihnen da Arbeiter, die im Umgang mit der Maschinerie schon erfahren sind und die sie in ihre Mutterländer zurückdeportiert haben. Diese Natur der kapitalistischen Profitproduktion bekräftigt Norbert Blüm: „Im übrigen finde ich, daß wir uns nicht abfinden dürfen mit der Tatsache der ausländischen Arbeitnehmer, ich halte das nämlich nicht für einen Normalzustand, daß die Menschen den Maschinen nachlaufen. Das ist Ausdruck eines Stückes Verrücktheit dieser Welt. Normal halte ich es, daß die Maschinen dorthin kommen, wo die Menschen zu Hause sind, mit anderen Worten, daß das Recht auf Arbeit gebunden bleibt an das Recht auf Heimat." So wenig, wie es im Kapitalismus das Recht auf Arbeit gibt, gibt es das Recht auf Heimat. Das einzige Recht, das die Kapitalisten den Arbeitern zugestehen, ist, sie für ihre Profite rund um den Erdball zu treiben. Der Zusammenschluß der westdeutschen mit den ausländischen Arbeitern setzt diesem Treiben Schranken. – (Z-Red.)

Kapitalisten fordern mehr Zunder gegen die Arbeiterjugend im BGJ

„Klaus Ahrens (15 Jahre alt) hat Schwierigkeiten mit der Berufswahl. (...) Er möchte am liebsten Kraftfahrzeugmechaniker werden – aber Klaus weiß nicht, ob er den Anforderungen dieses Berufs gewachsen ist. Sein Abschlußzeugnis der Hauptschule ist nicht besonders gut. Bei der Knappheit an Ausbildungsplätzen hat er damit nur eine geringe Chance, einen Ausbildungsvertrag zu erhalten."

So umschreibt der niedersächsische Kultusminister Remmers in einer Broschüre die Gründe, die die Einrichtung des Berufsgrundbildungsjahres (BGJ) nützlich machen. „Erleichterung der beruflichen Grundbildung, Erhöhung der Mobilität, Reduzierung der Ausbildungsknappheit, Verbesserung der Allgemeinbildung insbesondere für Hauptschüler ohne Abschluß." So bezeichnet die niedersächsische Landesregierung die Vorteile dieser „Reform". Der Prozentsatz der Jugendlichen, die das BGJ besuchen, soll von 7% 1978/79 auf 33% 1985/86 gesteigert werden. Die Sorgen von Klaus Ahrens können bewältigt werden, denn: „Wer nach dem BGJ nicht in eine betriebliche Ausbildung eintritt, ist nach einer Regelung, die vorläufig bis 1980 gilt, nicht mehr schulpflichtig. Für diese Jugendlichen bedeutet das: sie haben größere Chancen, einen Arbeitsplatz zu finden." (Broschüre Berufsgrundbildungsjahr – der niedersächsische Kultusminister)

Die 12-jährige Schulpflicht ist damit beseitigt. Das war Grund genug für die Arbeitgeberverbände, im November 1977 grundsätzlich dieser Regelung zuzustimmen und auch grundsätzlich zuzustimmen, die BGJ-Absolventen gleich in die 2. Fachstufe zu übernehmen. Diese Zustimmung haben die Kapitalisten nach den Erfahrungen mit sogenannten „Modellversuchen" und noch rechtzeitig vor den Plänen der Landesregierungen, das BGJ als Pflichtjahr einzuführen, jetzt in aller Form zurückgezogen. In einem Forderschreiben an Otto Graf Lambsdorff verlangen die Kapitalisten neue Bedingungen für die Anrechnungsverordnung. Sie wollen die BGJ-Absolventen nicht ins 2. Lehrjahr übernehmen. Darüberhinaus bemängeln die Kapitalisten, daß die Lehrpläne der Berufsschulen für das BGJ nicht auf ihre Ausbildungsordnungen abgestimmt seien. Ferner gäbe es immer noch zu viele allgemeinbildende Fächer und zu wenig Fachpraxis. Die Kapitalisten sind gegen jede Verpflichtung, BGJ-Absolventen zu übernehmen in die 2. Fachstufe, sie sind dafür, bei einem Teil der Lehrberufe nur ein halbes Jahr anzuerkennen, einige wesentliche Lehrberufe im Metall- und Handwerksbereich sollen ganz aus der Anrechnungsverpflichtung herausgenommen werden.

Die Kapitalisten sind höchst unzufrieden mit dem bisherigen Verlauf des BGJ. Sie weisen in Untersuchungen darauf hin, daß die betriebliche Ausbildung immer bessere praktische Ergebnisse hatte. So zeigte sich bei dem „Modellversuch Salzgitter" folgendes: Nach der Auswertung der Zwischenprüfung vor der Industrie- und Handelskammer Braunschweig schnitten die BGJ-Schüler im „Fachpraktischen Bereich" trotz einer höheren Anzahl von Stunden als vorgeschrieben schlechter ab.

Für die Kapitalisten Grund genug, gegen das BGJ die Propaganda zu führen. Sie waren für diese Einrichtung unter der Bedingung, daß es ihnen verwendbares Menschenmaterial liefert. Schließlich haben sie im Zuge der technischen Revolution im Metallbzw. Maschinenbau die drei- oder dreieinhalbjährige Facharbeiterausbildung zugunsten der Stufenausbildung beseitigt. Entsprechend der Anforderungen der neuen Maschinerie haben sie die „Neuordnung der Metallberufe" durchgesetzt. Nun wollen sie vom BGJ in der Grundausbildung Metall ausgebildetes Menschenmaterial, was sich allseitig einsetzen läßt, und zwar gleich nach dem BGJ, so wie es den Bedürfnissen der kapitalistischen Produktion entspricht. Richtig abrichten können sie die Jugendlichen nur selber in der Fabrik. Einschätzen „was sie bringen" können sie auch nur da. Das wollen sie sich nicht von der Schule vorschreiben lassen, etwa, wen sie in die zweite Stufe übernehmen und wen nicht. Die Kapitalisten halten an der Verfügung über die Ausbildung fest. Man muß sie ihnen entreißen, nicht um, wie die „Reformer" vorschlagen, diese in die Hände des bürgerlichen Staates zu legen, sondern um die Kontrolle der Arbeiterklasse über die Ausbildung ihrer Jugend zu erkämpfen. – (N-Red.)

Bravo – Hetze gegen die Ausländerjugend

Bremen. In den letzten Ausgaben der Jugendzeitung „Bravo" packt auch „Bravo" das heiße Eisen an. Sie bringt eine „Bravo-Foto-Love-Story", die gegen die italienische Arbeiterjugend hetzt. Die Bilderserie handelt vom 19jährigen Nico, der in Italien keine Arbeit bekommt und deshalb in Westdeutschland lebt, und von der 17jährigen Sonja, die noch zur Schule geht. Die beiden verlieben sich ineinander und stoßen überall auf Vorurteile.

In „Bravo" Nr. 22 beginnt die „Story" mit Problemen in Sonjas Clique. Gleich wird einem hier klar, daß Italiener nicht richtig sprechen können. Nico nach dem Streit: „Ja, hab ich viel Temperament" oder „Was ich habe getan? Sag mir ..." und er, der „dumme Italiener" besteht auf sein Italienersein und sein Temperament. Sonja dagegen überlegt, wie sie die Probleme in den Griff kriegt: „Bitte, Nico, nimms nicht so tragisch" oder „Du bist hier in Deutschland und nicht in Italien, Nico" oder „Klar, daß du nicht so schnell umdenken kannst. Aber du mußt es lernen." Und sie bietet ihm großzügig an: „Ich will dir auch dabei helfen." Im weiteren folgt eine Szene, in der Nico versucht, mit Sonja zu schlafen. Sie als „deutsches Mädchen" will mehr. Sie hat nicht nur das „primitive Gefühl" wie Nico, sondern ist aufgrund seiner Frage „wahnsinnig enttäuscht" und sagt ihm: „Schlafen willst du mit mir, nur darum geht es dir!" Aber, verständnisvoll wie Sonja nun mal ist, akzeptiert sie die Erklärung von Nico: „Mir man hat erzählt, deutsche Mädchen tun das."

Weil der „etwas trottelige" Italiener nicht mit den Schwierigkeiten fertig wird, tanzt er bei Sonja zu Hause an, obwohl er weiß, daß Sonjas Mutter diese Freundschaft nicht will. In Bravo Nr. 23 schildert er Sonja die Probleme: „Versteh doch, deine Freunde mich nix mögen, deine Mama mich nix mögen. Wie soll weitergehen?" Sonja hat natürlich gleich den Lösungsvorschlag parat: „Nimm mich doch mal mit zu deinen Freunden, Nico. Ich steh zu dir." Nach anfänglichen Einwänden nimmt Nico sie mit. Dieser Fete der italienischen Jugendlichen setzt Bravo dann die Spitze auf. Die Italiener feiern a) ohne Frauen, weil sie eh keine Ahnung haben, wie man Frauen behandelt, b) machen sie laute Musik selber, singen und tanzen und sind fröhlich, kümmern sich aber nicht um ihre Mitmenschen. Sie sind also wenig einfühlsam. Z.B. als ein Italiener der einsamen Sonja zu essen bringt und sie ihr Unbehagen zeigt, kann der Italiener nur platt bringen: „Wir alle hier haben Spaß." Soweit wie die Deutschen denken und fühlen können, kann es kein Italiener. In allen Situationen wird in der „Bravo-Foto-Love-Story" gezeigt, daß Italiener einfach nicht soweit denken können, deswegen müssen die Deutschen, in der Bravo Sonja, für die Italiener mitdenken. Daß dieses Denken sich in den Köpfen der westdeutschen Jugend festsetzt, ist das Interesse der westdeutschen Bourgeoisie.

Polynesien hat genug von der „Civilisation francaise"

„Französisch"-Polynesien ist eine der „französischsprachigen" Kolonien, deren Unterdrückung sich die französische Bourgeoisie bis heute als eine Zivilisationstat anrechnet. Die aufgezwungene Amtssprache ist tatsächlich eines der wesentlichen Instrumente des französischen Kolonialismus und Neo-Kolonialismus. Sie dient ebenso als Unterdrückungsmittel gegen die nationalen Minderheiten in Frankreich selbst, die Korsen, Bretonen und Basken. – Auf Französisch-Polynesien ist diese Unterdrückung besonders intensiv, da diese Inseln strategisch entscheidend für die französische Flottenexpansion sind und der Nuklearstreitmacht als Testgelände dienen. Die polynesische Unabhängigkeitsbewegung beschuldigt die französischen Imperialisten, das polynesische Volk physisch und kulturell regelrecht auszurotten. „Eine Atombombenexplosion alle drei Monate, dauernd neue Krebsfälle, die entdeckt werden, und ein kultureller Tod, der langsam, aber gründlich ist", heißt es in einem Manifest. Sieben polynesische Jugendliche sind vor kurzem vor Gericht gestellt worden unter der Anklage, dem französischen „Übersee"-Minister Stirn bei seiner letztjährigen Inspektionsreise eine Bombe gelegt zu haben (vergeblich) und den französischen Generaldirektor eines Kolonialunternehmens ins Jenseits befördert zu haben (erfolgreich). Vier der Angeklagten sind mit der Todesstrafe bedroht. „Faaea ite faa taeria! Matou!" schrien sie den Richtern entgegen: „Hört auf, uns zu vergiften! Haut ab!"

Zweisprachiger Schulunterricht in Schottland gefordert

Der Regionalrat der schottischen Highlands beschloß in der vorletzten Woche, daß ab dem nächsten Schuljahr ein Teil des Unterrichts in Grundschulen auf der Insel Skye zweisprachig in Gälisch und Englisch erteilt werden muß. Das ist Ergebnis des langandauernden Kampfes der Einwohner Skyes gegen die Unterdrükkung der schottischen Sprache und Kultur in den Schulen. 4000 der 5500 Einwohner sprechen Gälisch als Muttersprache. Seit Jahrhunderten versucht die englische Bourgeoisie, die im Verein mit Großgrundbesitzern Schottland unter Vertreibung der schottischen Bauern von ihrem Land kolonialisierte, die Ausrottung der schottischen Sprache und Kultur. Der um 1870 eingeführte staatliche Schulunterricht sollte das Werk vollenden, er wurde ausschließlich in Englisch erteilt. Die erste ausschließlich in Englisch erteilt. Die erste Volkszählung des britischen Staatsapparates 1891 ergab, daß 250000 Schotten Gälisch sprachen. 1961 war die Zahl 80000. Aber die letzte Volkszählung 1971 zeigt, daß die schottische Nation ihre Sprache und Kultur nicht ausrotten läßt: Die Zahl war auf 89000 gestiegen. An der Westküste und auf den Hebryden ist Gälisch vorherrschende Sprache. Auf den Hebryden war vor wenigen Jahren ein ähnliches Schema wie für Skye eingeführt worden. Die Volksmassen sind damit genausowenig zufrieden wie die auf der Insel Skye. Denn die naturwissenschaftlichen und technischen Fächer sind ausgenommen, auch sind nicht alle Schulen einbezogen. Gefordert wird voller zweisprachiger Unterricht in allen Schulen.

Katalonien: Programm für Sprachunterricht durchgesetzt

In der vorletzten Woche hat die Generalitat, die Regionalregierung von Katalonien im Nordosten Spaniens, ein Programm für den katalanischen Sprachunterricht beschlossen. Die Wiedererrichtung der Generalitat in Barcelona, die die Faschisten nach der Niederlage der Republik im Bürgerkrieg ins Exil getrieben hatten, hat das katalanische Volk im letzten Jahr mit nach Hunderttausenden zählenden Massendemonstrationen durchgesetzt. Das jetzt beschlossene Programm sieht vor, daß alle Kinder in ihrer Muttersprache – katalanisch oder spanisch – Lesen und Schreiben lernen und außerdem in der jeweils anderen Sprache unterrichtet werden. Bis zum Ende der Grundschule mit 14 Jahren sollen alle Kinder beide Sprachen beherrschen. Die Faschisten hatten die nichtspanischen Nationalitäten, neben der katalanischen vor allem die baskische, über Jahrzehnte blutig unterdrückt und ihnen sogar den Gebrauch ihrer eigenen Sprache verboten. Nach dem Sturz des Faschismus will die herrschende Klasse die nationale Unterdrükkung fortsetzen, um die Völker Spaniens voneinander zu spalten. In die neue Verfassung soll ein Artikel aufgenommen werden, der alle Bürger verpflichtet, die spanische Sprache zu beherrschen, und ihnen das Recht gibt, sie überall zu benutzen. Ein Antrag, das Recht auf Unterricht in den anderen Sprachen in der Verfassung zu verankern, wurde abgelehnt.

Mieter kämpfen gegen Abriß ihrer Häuser

Kiel-Friedrichsort. Diese 1941 errichtete Reihenhaussiedlung mit 62 Wohnungen will die Kieler Werkswohnungen GmbH (KWW), eine Tochtergesellschaft des Salzgitterkonzerns, abreißen, um dort dreistöckige Wohnblocks zu errichten, da sie die Kosten für die dringend erforderlichen Instandhaltungsarbeiten (z.B. neue Fenster und Dachpfannen) nur zum Teil auf die Miete umlegen und aus den neuen Wohnungen ein vielfaches an Miete pressen kann. In der Siedlung wohnen überwiegend ältere verrentete Arbeiter und junge kinderreiche Familien, die sich eine Neubauwohnung überhaupt nicht leisten könnten (Kosten für eine freifinanzierte 3-Zimmer-Neubauwohnung ca. 500 bis 600 DM gegenüber jetzt durchschnittlich 210 DM Miete in der Siedlung).



Den Plan der KWW, den Abriß ohne vorherige Information der Mieter im Überraschungsangriff im Bauausschuß der Stadt über die Bühne zu ziehen, konnte von den Mietern vereitelt werden. Auf einer Mieterversammlung haben mehr als 80 Prozent der Mieter einstimmig beschlossen, um die Erhaltung ihrer Häuser zu kämpfen und darum, daß die KWW sie auf Kosten der Gesellschaft renoviert. Sie haben eine gemeinsame Einspruchserklärung gegen die Änderung des Bebauungsplanes unterschrieben, worin sie die Ratsversammlung auffordern, der Änderung nicht zuzustimmen. Der für den Stadtteil zuständige Ratsherr Diesel (SPD) mußte inzwischen zusagen, sich für die Forderung der Mieter einsetzen zu wollen. Er wisse aber nicht, ob er sich gegen die anderen 49 Ratsherren durchsetzen könne. Die Mieter haben ihm daraufhin erklärt, sie würden geschlossen mit zur Ratsversammlung kommen und dort ihren Forderungen schon den nötigen Nachdruck verleihen.

Tastatur – ergonomisch

Die Familie als „Solidaritätsgemeinschaft“

Die Vorschläge der bürgerlichen Parteien zur „Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge“

Seit Anfang 1977 ist der Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge“ zur „Beschlußfassung“ in den entsprechenden Ausschüssen. Der Gesetzentwurf ist zusammen mit dem bereits verabschiedeten neuen Ehegesetz, dem Referentenentwurf für ein neues Jugendhilfegesetz und dem seit dem 1.1.1977 geltenden „Adoptionsvermittlungsgesetz“ Teil der Maßnahmen, mit denen der imperialistische Staatsapparat den Zugriff, die Einmischung und Unterdrückung auf und in die Beziehungen zwischen Eltern und Kindern sowie Mann und Frau verstärkt. Wobei all diese Maßnahmen auf zuchthausmäßigen Eingriff in die Familien der Proletarier gehen. Die „Neuregelung der elterlichen Sorge“ firmiert unter dem ideologischen Manöver der Verstärkung der „Rechte des Kindes“, der „Selbstbestimmung“ und des „Schutzes des Kindes“ vor den Eltern. Die Erfahrenheit der Sozialdemokratie in Spaltung – die anknüpft an Widersprüchen, wie sie als Folge der kapitalistischen Produktionsweise auch in den Beziehungen zwischen Eltern und Kindern erscheinen – sucht die Bourgeoisie dafür zu nutzen, gesetzlich jederzeit die Möglichkeit zu schaffen, die Kinder den Eltern wegzunehmen und dem Arbeitshaus zuzuführen. „Wird das persönliche Wohl des Kindes gefährdet und sind die Eltern nicht gewillt oder nicht in der Lage, die Gefahr abzuwenden, so hat das Vormundschaftsgericht die erforderlichen Maßnahmen zu treffen“, so steht das im Gesetzentwurf. Die „Lage“, die es der Bourgeoisie danach ermöglicht, die Kinder der Proletarier in ihre Einrichtungen zu verbringen, ist die gesetzmäßig durch die Ausbeutung geschaffene des Hungers, die die Reproduktion der Familie nicht mehr sichert. Für die Einrichtung der entsprechenden Arbeitshäuser soll das neue Jugendhilfegesetz sorgen. Der Gesetzentwurf „zur Neuregelung ...“ liegt auf der Linie des Ehegesetzes, durch das die Bourgeoisie zwangsweise Mann und Frau in der Ehe halten kann und einen gewaltigen Raubzug auf die Renten der Arbeiterbevölkerung durchführt, es liegt auf der Linie des „Adoptionsvermittlungsgesetzes“, das den Menschenhandel legalisiert und den Kauf und Verkauf der Kinder der Arbeiterklasse regelt.

vermittlungsgesetzes“, das den Men- die Kapitalistenklasse mittels Lohn- man sehen ... Dieses Geldsammeln nicht.

Die andere Bourgeoispartei, die CDU, polemisiert kräftig gegen das Gesetz. Wie das? Sie sagt: „Der Entwurf bringt für den Staat neue Möglichkeiten, in die Familie hineinzuregieren.“ „Fast zu Tode zitiert wird das Wort von der elterlichen Fremdbestimmung, aus der die Kinder endlich erlöst werden müßten.“ Sie werde dem nicht zustimmen, hat die CDU erklärt. Wenn, dann müßten im Gesetz „nicht nur die elterlichen Pflichten betont, sondern auch die Pflichten der Kinder gegenüber ihren Eltern in das neue Recht hineingeschrieben werden.“

In den Leitsätzen zur Familienpolitik von 1976 hat die CDU als Präambel vorausgeschickt: „Ehe und Familie haben sich im Wandel der Zeit als die beständigsten Formen menschlichen Zusammenlebens erwiesen. In ihnen erfährt der Mensch unmittelbar und am deutlichsten Solidarität und Gerechtigkeit und damit die Grundbedingungen für Freiheit. Die Familie hat für die CDU neben ihrer funktionellen auch eine hohe ordnungspolitische Bedeutung; sie ist Grundlage einer freiheitlich sozialen Gesellschaft.“

Ist jetzt die CDU *für* die Familie und *für* die Eltern, die SPD *gegen* die Familie und *für* die Kinder? Es sind die ideologischen Spielarten, mit denen die Bourgeoisie derzeit die bürgerliche Rechtsform von Ehe und Familie wieder verstärkt propagiert als auch die weitere Unterwerfung der Familien der Arbeiterklasse unter den imperialistischen Staatsapparat. Denn selbstverständlich ist die CDU nicht gegen Zwangsmaßnahmen des Staates mittels Vormundschaftsgericht, Fürsorgeerziehung usw. Bereits das derzeitige Recht sieht die Möglichkeit vor, Kinder der Fürsorgeerziehung zu unterstellen, wenn die Erziehung durch die Eltern nicht im Sinne des „freiheitlich demokratischen Rechtsstaates“ ist, sondern auf Vorbereitung der sozialen Revolution gerichtet ist. Von seiten der Bourgeoisie sind die verschiedenen Gesetzesmaßnahmen die Antwort auf die Zusammenbrüche und Kräche, die die Verkürzung der Reproduktionsbasis bei der Arbeiterbevölkerung, die die Kapitalistenklasse mittels Lohnsenkung und verschärfter Ausbeutung durchsetzt, zur Folge haben. Unverschämt sind die Versuche der umfassenden Spaltung der Arbeiterklasse unter Berufung auf „Rechte der Eltern“, „Rechte der Kinder“, die sie durchführen. Längst ist die Reproduktionsform der Familie für die Arbeiterklasse unzureichend, weil sie keine materielle Basis im Lohnsystem hat. Sie hat allenfalls den Charakter einer Notlösung, insofern sie Überlebensgemeinschaft sein kann. Die Bourgeoisie sucht alle Reproduktionsbeziehungen, die ökonomisch als Reproduktionsbeziehungen innerhalb der Arbeiterbevölkerung bestimmt sind, als solche zwischen dem einzelnen und dem imperialistischen Staatsapparat zu verhandeln. Die Familie ist dabei die Klammer, an sie wird das Kindergeld, Wohngeld, die Sozialhilfe usw. gezahlt. Diese Zahlungen, die allesamt aus Lohngeldern entstammen, scheinen so als Beziehungen zum Staatsapparat als Zuwendungen. Sich da weiter einzunisten, darauf laufen die Vorschläge der bürgerlichen Parteien hinaus. So schlägt die CDU in ihrem familienpolitischen Programm ein „Erziehungsgeld“ vor, „damit sich ein Elternteil überwiegend der Erziehung des Kleinkindes widmen kann“, den Ausbau von Sozialstationen und der Beratungsdienste sowie ein Schmiergeld für Schwangerschaften. Diejenigen Familien, die ein weiteres Kind bekommen, sollen zinsbegünstigte Familiendarlehen erhalten und bei jedem weiteren Kind diesem Darlehen „bevorzugte Tilgungsraten“ eingeräumt werden. – (Z-Red.)

Christlich-Demokratisches zur Not kinderreicher Familien

„,Familien in Not' als ein wesentliches Instrument tatkräftiger Familienpolitik. Wir wollen den Ausbau dieser Stiftung vorantreiben, um in Not geratenen Familien schnell und unbürokratisch helfen zu können.“ (aus: „Albrecht-Politik, das Programm für uns in Niedersachsen“) Die bürgerlichen Parteien setzen jetzt im niedersächsischen Wahlkampf alles daran, um den Massen glauben zu machen, daß ihnen der bürgerliche Staat aus „Nächstenliebe hilft“. Massiv propagiert Albrecht den „Dienst am Nächsten“. Selber soll er jeden zweiten Tag im Interconti speisen, läßt sich in einem gepanzerten Mercedes fahren, hat 4 ha Landbesitz zum Wohnen und hält sich für attraktive Osterfotos eine kleine Schafherde kurz vor den Toren Hannovers. „Von meinen 6 Kindern (Albrecht kann sie sich allemal leisten) haben 3 das Abitur gemacht ...“ Stiftung „Familie in Not“ heißt seine Devise. Dafür trällert jetzt der gesamte keksgesunde Albrechtclan stereoverschönt.

Nach Auskunft der CDU-Ratsfraktion Hannover existiert diese Stiftung „Familie in Not“ aber noch gar nicht. Man plane zwar etwas in der Richtung ... aber auf jeden Fall sammeln wir erst mal das Geld ... später müsse man sehen ... Dieses Geldsammeln soll zunächst über eine Schallplatte, „Die Albrechts: Wohlauf in Gottes schöne Welt“ und durch eine „Spielbankabgabe“ angegangen werden. Albrecht soll laut NDR und Staatskanzlei jetzt in die Hitparade kommen. 6000 Albrecht-Platten sollen schon verkauft sein. Er „reichte den Betrag sofort an die Stiftung Familie in Not weiter“ (HAZ, 6.2.). So manch ein „Parteigenosse“ hat wohl für diesen Werbegag kurz vor der Landtagswahl sich nicht lumpen lassen.

Lohnraub und kapitalistische Rationalisierung bringen tatsächlich viele Familien „in Not“. Den Kapitalisten bringt das reichlich Extraprofit. Die Mittel, die die Arbeiterklasse für Sicherungen gegen derlei Notfälle vom Lohn monatlich wegzahlt, befinden sich in den Händen des bürgerlichen Staates. Die Arbeiter können darüber nicht verfügen. Alles Geld, was die Arbeiter und die lohnabhängigen Volksmassen „entbehren können“, das heißt, welches nicht sofort in die notwendigste Reproduktion der Arbeitskraft eingeht, wollen die Bourgeois unter ihre Fuchtel bringen. Sie vergrößern damit unter dem scheinheiligen Banner der Nächstenliebe nur die Abhängigkeit der Lohnabhängigen von den „Wohltätigkeiten“ ihrer Herrschaft. Eine Hilfe in der Not ist das nicht.

Tastatur – ergonomisch

Unter dieser Überschrift wird in der Zeitschrift „Elektronik“ eine „ergonomisch überarbeitete“ Schreibmaschinentastatur vorgestellt. „Ergonomie gleich Wissenschaft von der Anpassung der Arbeit an den Menschen“ (Fremdwörter-Duden), bürgerliche Wissenschaft von der maximalen Schweißauspressung. Bei dieser neuen Tastatur sind die einzelnen Tasten nicht mehr starr in Reih und Glied angeordnet, sondern in ihrer Lage und Höhe der Länge und der natürlichen Stellung der einzelnen Finger angepasst, mit denen sie angeschlagen werden. Die neuen Schreibmaschinen, bei denen die Stellung des Schreibkopfs nicht mehr mechanisch sondern elektrisch von der Tastatur gesteuert wird, machen eine beliebige Anordnung der Tasten möglich.



Als ein Segen für die leidgeprüften Sekretärinnen mit verkrampfter Fingermuskulatur wird die neue Tastatur gepriesen. Eine der in der arbeitsmedizinischen Literatur seltenen Untersuchungen über gesundheitliche Schäden bei Maschinenschreibkräften nennt Schmerzen im Kreuz, Schulter, Arm, Hand und Finger sowie Kopfschmerz und Schlaflosigkeit. Als Ursache wird das Zusammenwirken von ständig wiederholter Bewegung der oberen Gliedmaßen und statischer Belastung angegeben sowie die starke Konzentration, alles Faktoren, die durch die kapitalistische Rationalisierung der Arbeit im Büro durch Einführung neuer moderner Maschinerie gewaltig gesteigert werden. Mit der neuen Tastatur soll nach Angaben der Hersteller die Schreibleistung um 20 bis 40% zu steigern sein.

Mitgliederversammlungen der § 218-Komitees

Munition gegen Pressehetzkampagnen wie die von der „Konsumsucht“ und „Kinderfeindlichkeit“ der Massen

Zum 1. Mai dieses Jahres haben in Westberlin die ÖTV-Betriebsgruppen an den Bezirksämtern Kreuzberg und Wilmersdorf sowie am Fritz-Haber-Institut die Forderungen nach ersatzloser Streichung des § 218 beschlossen. Diese Beschlüsse wurden gefaßt gegenüber verstärkten Manövern von „linken“ Sozialdemokraten in der ÖTV, den Kampf gegen den § 218 in eine Unterstützungskampagne für Gesundheitssenator Pätzolds Entwurf eines Landesgesetzes umzuwandeln.

Kurz vor dem 1. Mai forderte die ÖTV-Fachgruppe Gesundheit am Bezirksamt Kreuzberg eine Informationsveranstaltung zum § 218, die besonders den Entwurf des Landesgesetzes und die Beibehaltung wie den Ausbau von Modellberatungsstellen zum Inhalt haben sollte. Dazu sollten sich Gegner des Paragrafen und „solche, die die jetzige Regelung für einen Forschritt halten“, zusammenschließen. Es sollten sich also Gegner und Befürworter des § 218 zusammenschließen im Kampf für mehr Modellberatungsstellen. Federführend für diesen Beschluß war eine Frau Anna Markus – selbst Beraterin in der Modellberatungsstelle des Kreuzberger Gesundheitsamts. Das soziale Interesse dieser Dame schimmert deutlich durch.

Der Abteilungsvorstand Sozialarbeit in der ÖTV unterstützte die Forderung nach einer gewerkschaftlichen Veranstaltung, hielt jedoch daran fest, daß es der Gewerkschaft nicht darum gehen kann, den § 218 zu verbessern, sondern den Kampf für seine ersatzlose Streichung zu fordern.

Der Zweck der sozialdemokratischen Manöver in der ÖTV – Frau Markus bekam gleich zwei Artikel im ÖTV-Dialog – wird klar, wenn man sich die Entwürfe für ein Landesgesetz näher ansieht, die am 27. April im Abgeordnetenhaus debattiert wurden.

Das Landesgesetz soll die Praxis der Zwangsberatung, der Indikationsausstellung und der Abtreibung regeln. Es soll die Kontrolle, Unterdrückung und Strafverfolgung perfektionieren. Um die Arbeiter und die Volksmassen in den Griff des § 218 zu bekommen, muß der Staat auch die Berater und Ärzte im Griff haben. Dies gelang ihm bisher nur mangelhaft: Sozialarbeiter, denen die Zwangsberatung obliegt, forderten die ersatzlose Streichung und verweigerten die Registrierung, Ärzte stellen noch zu häufig Indikationen aus – Resultate des hartnäckigen Kampfes der Arbeiterbewegung gegen den Strafparagrafen. Das Landesgesetz soll dies ändern.

Ein halbes Dutzend Anläufe brauchte Gesundheitssenator Pätzold, bis er seinen Gesetzentwurf dem Abgeordnetenhaus vorstellen konnte. Die CDU stellte dem einen eigenen Entwurf gegenüber.

Der Unterschied zwischen beiden Entwürfen ist kurz gesagt folgender: Während die CDU glaubt, die Unterdrückung offen betreiben und im Gesetz auch so benennen zu können, hätte die SPD/FDP-Koalition das Ganze gern etwas verdeckter und hinterhältiger. So hofft sie, die Zustimmung des Volkes für ihr Gesetz zu bekommen. Im CDU-Entwurf wird eine Beratung vor Indikationsausstellung bei gleichzeitiger Registrierung der Schwangeren gefordert. „Beim § 218 handelt es sich um Strafrecht. Da sind Daten und Protokolle notwendig“ (Abgeordneter Schides, CDU). Beim Pätzold-Entwurf ist der Zeitpunkt der Beratung freigestellt, eine Registrierung mit Name und Adresse soll dabei nicht stattfinden (wohl aber Daten wie Alter, Staatsangehörigkeit, Wohnort, etc.). Durch die Strafandrohung für Ärzte, die falsche Indikationen ausstellen, wird jedoch die Registrierung der Frauen durch die Ärzte erzwungen. Und die wiederum kann durch die Pflicht der Ärzte, eine Statistik zu führen und an den Senat weiterzuleiten, sowie über das Recht des Senats auf jederzeitige Einsichtnahme in Ärztekarteien auf bloßen Verdacht hin, zur Vorbereitung von Ermittlungs- und Strafverfahren genutzt werden. Weiterhin sollen Beratung und Indikation konzentriert werden – in den Modellberatungsstellen mit Beratern und Ärzten. Da ist es dann auch nicht mehr notwendig, die Frauen bei der Beratung zu registrieren – ihr Name steht ja eine Tür weiter in der Ärztekartei.

Diese Konzentrierung, die die Strafverfolgung erleichtert, steckt hinter dem Schlachtruf „In jeden Bezirk eine Modellberatungsstelle“, den einige „linke“ Sozialdemokratinnen, die sich im Frauenzentrum eingenistet haben, zusammen mit FDP-Abgeordneten und Beratern vom Schlage der Frau Markus gegenwärtig erheben. Senator Pätzold hörts und freut sich! Weitere Schützenhilfe für die Versuche des Senats, die Unterdrückung durch den § 218 zu verschärfen, wird organisiert über eine Pressekampagne, die „Konsumsucht“ der Massen bringe die vielen Abtreibungen und die niedrigste Geburtenrate in der BRD hervor.

Vielfältig sind die Versuche der Bourgeoisie, diese Lügen zu verbreiten. Die „Berliner Morgenpost“ behauptete in mehreren Artikeln zum § 218 im April dieses Jahres: „Nur 16% der Frauen fanden ihre Lage nicht ausreichend. (...) Gründe für die Abtreibungen oft konstruiert (2.4.78). (...) Nur 60 von 100 wollen das Kind (16.4.78).“ Der „Stern“ Nr. 7 unterschiebt den Massen: „Lieber Geld verdienen als Kinder kriegen.“

Die Erfahrungen der Volksmassen, daß das Lügen sind, sind millionenfach. Um aber den langandauernden Kampf gegen den § 218 erfolgreich führen zu können, ist die konkrete Untersuchung und Beweisführung über die Reproduktionsbedingungen der Massen, über die Auswirkung der Inflation und der Gesetzesmaßnahmen der Bourgeoisie auf die Arbeiterfamilien unbedingt erforderlich. Die Komitees und Initiativen gegen den § 218 führen deshalb Untersuchungen durch, die auf zweimonatigen öffentlichen Mitgliederversammlungen zusammengefaßt werden.

8.6.78 (Westberlin 22.6.78): „Für die Arbeiterklasse und die Masse der übrigen Lohnabhängigen wird die Bekleidung, Ernährung, Unterbringung und Ausbildung ihrer Kinder unerschwinglich.“

10.8.78: „Steigende Kosten für Medikamente und Verschlechterung der medizinischen Versorgung – Auswirkung der Kostendämpfung im Gesundheitswesen. Die Versicherungen müssen unter die Kontrolle der Lohnabhängigen.“

12.10.78: „Durch die dauernden Lohnsenkungen erzwingen die Kapitalisten Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit. Die Zerstörung der Arbeiterfamilie ist im Kapitalismus gesetzmäßig.“

7.12.78: „Kirchen und freie Wohlfahrtsverbände – zusätzliche Mittel des Plünderungs- und Unterdrückungsprogramms der Bourgeoisie.“

9.2.78: „Familiengesetze der Bourgeoisie – Mittel der Ausplünderung, Spaltung und Unterdrückung.“

6.4.79: Vorbereitung des 1. Mai 1979.

In Westberlin ruft das Komitee zur Untersuchung des ersten Themas insbesondere die Kollegen der Berthold AG, im Bezirksamt Zehlendorf und die Bewohner des Gebiets Görlitzer, Lübbener und Skalitzer Straße auf. Mit einem Fragebogen soll bewiesen werden, daß Kinder für Arbeiter unerschwinglich werden. Der Bogen enthält Angaben über die Größe der Familie, ihr Einkommen und ihre Ausgaben. Bei dem Aktionstag des Komitees am 3. Juni in Kreuzberg nahmen 15 Bewohner den Fragebogen mit, um die Untersuchung zu unterstützen. – (Komitee Volksentscheid gegen den § 218, Westberlin)

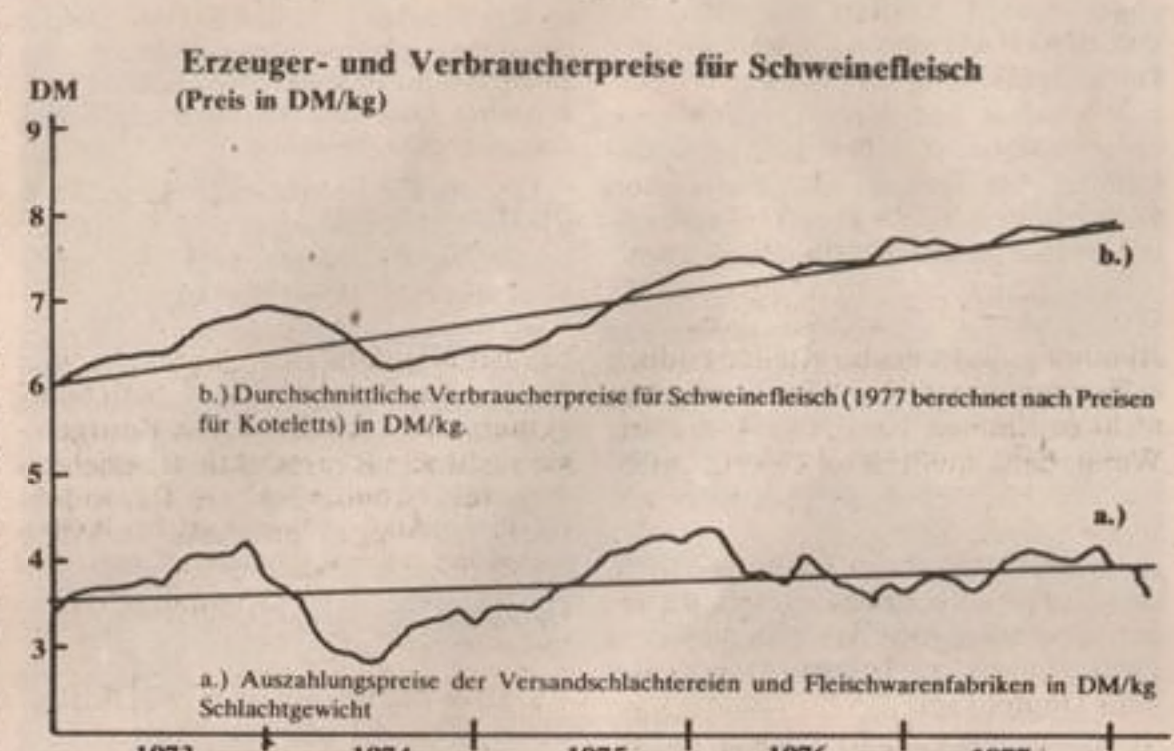
Sinkende Schweinepreise – die Aufkäufer reiben sich die Hände

Monopolstellung der Schlachtereien ermöglicht, die Erzeugerpreise zu senken und die Verbraucherpreise zu steigern

Auf 3,15 DM pro kg Schweinehälfte in Klasse 2 sind die Schweinepreise in dieser Woche gefallen. Das bedeutet, daß die Bauern etwa 275 DM pro abgeliefertes Schwein inclusive Mehrwertsteuer von den Schlachthöfen bekommen. Vor etwa vier Wochen waren es noch fast 20 DM und vor einem halben Jahr fast 80 DM mehr.

Begründet wird die Preissenkung damit, daß es zuviele Schweine gibt, die zur Schlachtung anstehen. Nur wenn der Preis sinke, sei ein Absatz des überschüssigen Schweinefleisches zu gewährleisten. Wahr ist daran, daß in der BRD etwa 10% mehr Schweine gehalten werden, als noch 1976. Viele Bauern haben in den letzten Jahren ihre Kühe abgeschafft, weil sie die Arbeit und die Investitionen nicht mehr schaffen konnten. Stattdessen wurde die Schweinemast ausgedehnt, weil dazu relativ wenig Arbeit erforderlich ist. Dazu kommt, daß relativ viele Schweine als Kompensationsprodukte aus RGW-Ländern wie Polen eingeführt werden und in den Benelux-Ländern die Schweinemast ebenfalls erheblich ausgedehnt wurde. Dort besteht ein Selbstversorgungsgrad von 110 bis 114%.

Wesentlich bei der Betrachtung der Preise ist weniger die Einfuhrmenge als vielmehr die Preisgestaltung der Schlachtereien. Während der Schweinepreis für die Bauern zwischen 1973 und 1977 praktisch gleich geblieben ist, stiegen die Verbraucherpreise stetig an. (siehe Schaubild) Die Zahl der Schlachtungen ist während dieser Zeit auch im Wesentlichen konstant geblieben. Was sich auf der Vermarktungsebene abgespielt hat, ist eine gigantische



Das Schaubild zeigt die monatliche Entwicklung der Schweinepreise. Die Geraden zeigen, wie die Preise durchschnittlich gestiegen sind. Die Erzeugerpreise sind seit 1973 kaum gestiegen im Gegensatz zu den Verbraucherpreisen. Das Auseinanderlaufen der Geraden zeigt das Ausmaß der Bereicherung der Zwischenhändler und den Verlust der Bauern. Gleichzeitig mußten die Bauern höhere Preise für Futtermittel und Maschinen bezahlen.

Konzentrationsbewegung. In Niedersachsen hat die Centralgenossenschaft der Viehverwertung in den letzten Jahren große Schlachtbetriebe in Zeven und Uelzen aufgebaut. In Uelzen z.B. werden pro Woche etwa 3000 Schweine geschlachtet. Die Kapazität pro Tag liegt bei 1500 bis 2000 Schweinen. Außerdem gibt es in Niedersachsen mehrere große Verbandsschlachtereien. In der Tendenz lief die Entwicklung von den Lebendmärkten, wie es früher üblich war, zur Todvermarktung. Die Schweine werden jetzt direkt von den Handelsgenossenschaften oder den Händlern vom Bauern zum Schlachthof transportiert und dann als Schweinehälften verkauft. Für die Bauern hat das teilweise bessere Erlöse gebracht. Denn auf den langen Transportwegen zu den Lebendmärkten im Ruhrgebiet und in Frankfurt und Stuttgart waren früher viele Schweine verendet.

Diese Schlachthöfe diktieren den Bauern die Preise. Unabhängig von den Produktionskosten für die Schweine. Das heißt konkret: Hier im Raum Uelzen muß der Bauer für Futter, Ferkel, Gebäude und sonstige Produktionskosten etwa 280 bis 285 DM bezahlen. Ohne daß die eigene Arbeit berechnet ist. Bei einem Stundenlohn von 10 DM müssen etwa 15 DM pro Schwein angesetzt werden. Das bedeutet, daß sie im Moment ein Minus von 20 bis 25 DM machen, wenn die Futtermittel und Ferkel gekauft werden müssen. Die Aufkäufer setzen ihre Produktionskosten plus ihren Profit jedoch voll an. Diese Spanne ist nicht konstant, sondern stieg von 1973 bis 1976 von 1,73 auf 2,41 DM pro kg Schweinehälfte. Es ist klar, daß bei fallenden Schweinepreisen die Gewinnspanne umso größer wird, und den Bauern das gesamte Risiko aufgebürdet wird. Gerade jetzt, wo viele Schweine zum Schlachthof gebracht werden, bleiben oftmals die Tiere bis zum nächsten Tag zusammengepfercht in Buchten liegen. Dabei verenden viele Tiere, die von dem Schlachthof nicht bezahlt werden.

Man kann an diesen Tatsachen deutlich sehen, worum es den Aufkäufern geht. Die Erzeugerpreise sollen gedrückt und die Verbraucherpreise gesteigert werden. Gerade in Zeiten niedriger Preise gelingt ihnen das am besten. Wobei sie über ihre regionale Monopolstellung noch erheblich am Preis drehen. Für die Massen soll der Fleischanteil im Essen und damit der Lohn gesenkt worden. Die kleinen Bauern werden ruiniert. Die Bundesregierung und die Landesregierung in Niedersachsen treiben diese Entwicklung voran. Geht es ihnen doch darum, das Bauernlegen wieder in Schwung zu bringen. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Saisonale Ausbeutung in der Schleswig-Holsteiner Landwirtschaft

Landarbeiter ohne Vertrag und ohne Rechte – nur „zuverlässige" werden genommen

In unserem Schaubild haben wir die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen bei den „Pflanzenbauern, Tierzüchtern und Fischereiberufen" einmal in ihrer Entwicklung in den letzten Monaten aufgezeichnet. Da die Tierzüchter und Fischereiarbeiter wenig Einfluß auf die Arbeitslosenzahlen haben und keine großen Veränderungen herbeiwirken, müssen wir die landwirtschaftlichen Betriebe untersuchen.

An dieser Statistik wird deutlich, daß die Arbeitslosenzahl in diesem Strukturgebiet überdurchschnittlich in den Wintermonaten ansteigt. Von 113 Arbeitslosen auf 184 Arbeitslose im Februar dieses Jahres (Zahlen aus Schleswig-Holstein). Also ein Steigen der Arbeitslosigkeit um ca. 60% in den Wintermonaten gegenüber den Sommermonaten. Das ist eine Entwicklung, anteilig an der Gesamtzahl der Arbeitslosen in Schleswig-Holstein, von 2,2% auf 3,1%. Wenn man bedenkt, daß die Zahl der Bauern und auch der Landarbeiter ständig durch Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit gesenkt wird, wirken diese Zahlen um so krasser. So bestand der Anteil der Erwerbspersonen, die in der „Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei" im Bundesgebiet arbeiteten, 1950 noch absolut bei 2108300 und im Jahre 1970 bei 916000.

*zugrundegelegt ist die Arbeitslosenstatistik des Landes Schleswig-Holstein für Pflanzenbauer, Tierzüchter und Fischereiberufe

Die niedrige Zahl der Arbeitslosen in unserem Schaubild im Monat Mai kommt dadurch zustande, weil gerade zu diesem Zeitpunkt die Landwirtschaft einsetzt, und die Baumschulen beginnen mit dem Versand ihrer Bäume, der im Frühjahr seinen Höhepunkt hat. Viele Arbeitskräfte werden in diesem Moment in den Produktionsprozeß gezogen. Gleiches gilt für die Monate September bis Oktober/November, wo gepflanzt, aber auch verschiedene Apfelernten eingeholt werden, die gerade auch in Schleswig-Holstein bedeutend sind. In den hohen Sommermonaten fallen also verschiedene Arbeitskräfte sogar aus dem Produktionsprozeß raus. So daß wir bei den Sommermonaten einen Höcker in unserem Schaubild haben.

Die Zeichnung ist nicht übertrieben. Würde man alle Zahlen haben, würde die Sache noch viel krasser aussehen. Viele ausländische Arbeiter, die ohne Aufenthaltserlaubnis und ohne Lohnsteuerkarte in diesen Betrieben arbeiten, können von uns überhaupt nicht erfaßt werden. Z.B. in der Baumschule Schrade in Pinneberg müssen die Arbeiter im Monat bis zu 340 Stunden arbeiten. Unter den Drohungen, entlassen zu werden, müssen Überstunden gemacht werden. Die ausländischen Arbeiter wohnen schlecht, sind oft in einem Raum zu viert eingepfercht. In dieser Baumschule arbeiten bis zu 50% ausländische Arbeiter. Entwickelt sich Widerstand gegen die üblen Ausbeutungsmethoden, werden die Arbeiter ausgetauscht.

Billige Schüler und Studenten werden oft in den landwirtschaftlichen Betrieben eingesetzt. So arbeiten bei Großbauer Mathiesen (800 bis 900 ha) neben den fünf Landarbeitern in den Sommermonaten immer noch fünf Schüler und Studenten. Auch die Lohnbetriebe kaufen in den Sommermonaten die arbeitslosen Landarbeiter, Schüler und vor allem auch Frauen an, damit sie für wenig Lohn die Arbeit verrichten. So wird zumeist von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang in Hitze, Kälte, Staub und Lärm gearbeitet, für wenig Lohn. Wir können also an diesem Schaubild erkennen: Die großen landwirtschaftlichen Betriebe und Lohnbetriebe saugen im März bis Oktober mehr Arbeitskräfte ein. Mit unbefristeten Verträgen oder mit Vorliebe ohne Verträge werden diese Arbeitskräfte dann wieder entlassen.

Bei dem Lohnunternehmer Heuer in Klein-Jörl sind drei Landarbeiter ständig beschäftigt. Während der Maisernte stellt er 32 zusätzlich an, bei der Heu- und Siloernte 12. Die Landarbeiter erhalten 8,20 DM Stundenlohn, gearbeitet wird von Sonnenaufgang bis -untergang, die Überstunden werden nicht mit einem Zuschlag extra bezahlt.

Diese üblen Ausbeutermethoden lassen sich die Kapitalisten und Großbauern einfallen. Aus der lebendigen Arbeitskraft verschaffen sie sich so das notwendige Kapital zur Rationalisierung und für Aufkäufe von Land von den verschuldeten Klein- und Mittelbauern, die zwar schuften wie die Landarbeiter, aber immer weniger sich und ihre Familie damit ernähren können. – (N-Red.)

Das Jagdrecht basiert auf dem Besitzrecht

In Kärnten wurde ein neues Jagdgesetz beschlossen, in dem „anerkannt wird, daß die Jagd auf dem Besitzrecht basiert". (Presse, 26.5.) In Kärnten sollte nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund des Kampfs der Bauern das Grundeigentümerjagdrecht durch das „Volksjagdrecht" ersetzt werden, das das Wild zum Eigentum des ganzen Volkes erklärt. Da die österreichische Bourgeoisie ihre Ausbeuterordnung aufrechterhalten und die Basis ihrer Macht, das Privateigentum, in der Bundesverfassung verankern konnte, wurde dies verhindert. Seither steht in jedem Kärntner Jagdgesetz der Satz: „Das Jagdrecht ist Ausfluß des Eigentums an Grund und Boden." Der Finanzbourgeoisie ist diese Festlegung heute nicht mehr scharf genug. Mit der jetzigen Neufassung des Jagdrechts will sie jeglichen Zweifel über die Grundlage des Jagdrechts ausräumen.

Das Recht auf Jagd haben sich die Bourgeoisie, ihre Sprößlinge und die Großgrundbesitzer reserviert. Wer einen Jagdschein will, muß zunächst für die Jagdprüfung 1400 öS (7 öS gleich 1 DM) für Kurs und Prüfungsschein berappen, sodann ein Gewehr und die notwendige Ausrüstung kaufen. Ein Gewehr kostet zwischen 15000 und 150000 öS, eine Jahresjagdkarte in Kärnten 487 öS. Ein Jagdschein wird nur dem ausgestellt, der „die erforderliche Verläßlichkeit und Vertrauenswürdigkeit" besitzt, die von den Organen des imperialistischen Staates bescheinigt wird. Wer eine Jagd pachten will, zahlt pro Hektar bis zu 150 öS, wobei die Wälder im Besitz des Staates öffentlich versteigert werden und der Meistbietende die Pacht erhält. Die Mindestpachtzeit beträgt sechs Jahre, als Kaution muß ein Jahrespachtschilling von einem Jahr hinterlegt werden.

Zur Beseitigung des Rechts der kleinen Bauern auf Jagd ist weiter festgelegt, daß die Mindestgröße der Jagdfläche pro Jäger bei vorwiegend Rot- und Gamswild 100 Hektar betragen muß, sonst 50 Hektar. Bei einer Pachtgröße von 100 Hektar und einem Pachtzins von 150 öS müssen also mindestens 7000 bis 8000 DM aufgebracht werden, um nur einen einzigen Hasen schießen zu können.

Das neue Jagdrecht ist der Startschuß zur Verschärfung der Polizeiaufsicht und Unterdrückung der „Wilderei". Tatsache ist, daß in Kärnten z.B. zur Selbstversorgung wie zur Belieferung im Bekanntenkreis Hasen mit Schlingen gefangen oder auch das eine oder andere Reh geschossen wird. Tatsache ist ebenfalls, daß das eine oder andere Wild geschossen wird gegen die Willkür der Großgrundbesitzer, die wie z.B. in Tirol im Herbst und Winter ihr Wild vom Berg ins Tal treiben, weil sie zum einen die Strapazen des Bergkletterns bei ihren Vergnügungsjagden scheuen, zum anderen weil das Füttern der Tiere mit der Ernte der Bauern billiger ist. Wildschaden ist nach dem Jagdgesetz nur dann zu ersetzen, wenn er von „jagdbaren Tieren" verursacht wird.

Die Jagdaufseher haben die Funktion eines Polizeibeamten und können im Wald jederzeit Ausweiskontrollen durchführen. Von Schußwaffen können sie Gebrauch machen, wenn „ein rechtswidriger Angriff auf sein Leben oder das Leben anderer Personen unternommen wird oder unmittelbar droht". In einem Buch über „Wilderei und ihre Bekämpfung" bemerkt ein Jagdaufseher: „Als alter Berufsjäger weiß ich, daß es kein Revier ohne Wilderer gibt." Der Geschäftsführer des Landesjagdverbandes zieht dann auch die entsprechende Konsequenz: „Jedermann, den ich im Revier treffe, ist ein Wilderer, bis ich mich vom Gegenteil überzeugt habe", und im Vorwort des Buches wird die Parole ausgegeben: „Jäger und Polizeibeamte, verbündet euch!" Wer dennoch jagt, obwohl er weder das Geld, das Eigentum noch die „Verläßlichkeit und Vertrauenswürdigkeit" hat, „wird mit schwerem Kerker von 6 Monaten bis zu 1 Jahr, bei erschwerenden Umständen bis zu 5 Jahren und in besonderen Fällen bis zu 10 Jahren Kerker bedroht".

Vor Weihnachten wurde ein 20jähriger Bauernsohn, als guter Jäger bekannt, im Bregenzer Wald von einem Jagdaufseher hinterrücks erschossen. Der Prozeß, der demnächst ansteht, soll auf „Notwehr" des Jagdpolizisten gedreht werden. – (Korrespondentenbericht Wien)

Costa Rica verläßt Thunfischkommission

Bereits 1948 erließ die Regierung Costa Ricas ein Dekret, in dem seine Hoheit über die Fischfanggebiete auf 200 Meilen ausgedehnt wird. Seit 30 Jahren kämpft Costa Rica um seine Souveränitätsrechte, und genauso lang verletzen die US-Imperialisten diese Rechte. Erst kürzlich hat Costa Rica wieder zwei Fischereifahrzeuge, ein US-amerikanisches und ein kanadisches, in seinen Hoheitsgewässern aufgebracht und beschlagnahmt. Scheinheilig behaupten die US-Imperialisten, sie würden die Souveränität Costa Ricas über die Fischereizone anerkennen; gleichzeitig verlangen sie aber, daß Costa Rica als Mitglied der Interamerikanischen Tropischen Thunfischkommission (CIAT) es zulassen müsse, daß unlizensiert in seinen Gewässern gefischt wird. Sie drohten, Costa Rica solle „vorsichtig" sein mit der Beschlagnahmung von Schiffen. Weil Costa Rica sich nicht erpressen lassen will, hat es jetzt bekanntgegeben, daß es aus der CIAT austritt. „Wir sind ein armes Land, aber Gott stattete uns mit reichen Küsten und großen Seen aus, die reichlich Ressourcen haben. Wir wollen nicht, daß das Vorherrschen wirtschaftlicher Macht anderer Nationen, ungerechte Verträge oder irgendein anderer Faktor uns an dem legitimen Genuß des Eigentums an diesen Ressourcen hindert", sagte Präsident Carazo.

Bangladesch: bis 1985 Getreideselbstversorgung

Bangladesch plant, bis 1985 die Getreideproduktion um 50 Prozent gegenüber 1976 zu steigern. Dazu sollen günstige Kredite an die kleinen Bauern und Pächter ausgegeben werden, damit sie Saatgut, Düngemittel und Schädlingsbekämpfungsmittel kaufen können. Der Plan sieht aber nicht nur die Steigerung der Getreideproduktion vor: innerhalb von drei Jahren sollen jegliche Nahrungsmitteleinfuh-
ren sollen jegliche Nahrungsmitteleinfuh-
ren überflüssig gemacht werden, die in den vergangenen Jahren 2,1 Mio. Tonnen jährlich betrugen. Zur Verbesserung der Fischversorgung sollen die großen Binnengewässer für den Fischfang im Süß- und Brackwasser genutzt werden. Der Anbau von Gemüse soll gefördert wie der Anbau von Sojabohnen und Sorghum erforscht und erprobt werden. Das Ziel ist, von der aufgezwungenen Monokultur, d.h. ausschließlich Reisanbau, wegzukommen, damit die Volksmassen mit ausreichend Nahrungsmitteln versorgt werden können, ohne von den teuren Importen der Imperialisten abhängig und damit erpreßbar zu sein. Auf einem Freundschaftsbesuch erklärte der Präsident Bangladeschs im März gegenüber einer Delegation der Volksrepublik China: „Das Volk von Bangladesh will in Frieden, Freiheit und Würde leben ... Es ermutigt uns wie auch die anderen Länder der Dritten Welt, daß das befreundete Volk ihres großen Landes mit uns die Vorstellung von einer Weltordnung ohne Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus in jeder Form teilt."

Tansania baut Düngemittelproduktion aus

Tansania will die im vergangenen Jahr südlich der Mafia-Insel gefundenen Erdgasvorkommen für die Düngemittelherstellung nutzen. Der Minister für Wasser, Energie und Bodenschätze teilte dazu vor dem Parlament mit, daß in Zusammenarbeit mit indischen Fachleuten der Bau einer Ammoniakfabrik geplant ist. Die Preise für Düngemittel sind von den Imperialisten seit Anfang der siebziger Jahre auf das Drei- und Vierfache erhöht worden. 1971 zahlten die Länder der Dritten Welt für 4,6 Millionen Tonnen Düngemittel 533 Millionen US-Dollar, 1974 für 4,9 Millionen Tonnen schon 1450 Millionen US-Dollar. Während die Imperialisten den Düngemittelverbrauch nur wenig senken mußten (die USA 1975 um 12%), fügte die Einschränkung des Verbrauchs in den Ländern der Dritten Welt (Indien 1975 25%) der Landwirtschaft schwere Schäden zu. Bisher besitzt Tansania eine eigene Düngemittelfabrik, in der Phosphat aus Jordanien verarbeitet wird. 1976 wurden dort 17559 Tonnen produziert, verbraucht wurden 29670 Tonnen. Inzwischen hat die Erschließung der tansanischen Phosphatvorkommen am Manyara-See Fortschritte gemacht, und der erste aus eigenen Bodenschätzen produzierte Phosphatdünger konnte kürzlich zum Verkauf freigegeben werden. Mit der geplanten Ammoniakfabrik will Tansania unabhängig von Düngemittelimporten werden. Dabei sind die Erfahrungen, die Indien beim Bau eigener Düngerfabriken gemacht hat, zur Unterstützung des Aufbaus der Düngemittelproduktion in Tansania sehr nützlich.

Selbstmordrate unter Studenten

Das westdeutsche Psychotherapieseminar hat eine Untersuchung über die Selbstmordrate unter Studenten gemacht und festgestellt, daß diese um 80% über der des vergleichbaren Altersjahrgangs liegt. Diese Auswirkung der Unterdrükkung an den Hochschulen erklärt sich die Psychotherapeutische Stelle dann so, daß „die Undurchsichtigkeit des Hochschulbetriebes schuld sei, und daß mitmenschliche Reaktionen zum Verkümmern gebracht werden“. In gewissem Sinne zutreffend, nur daß es keine mitmenschlichen Reaktionen sind, die unterdrückt werden, sondern das Netz der Schikane und Unterdrückung immer enger wird, und daß das Prüfungssystem mit seiner Willkür geradezu darauf angelegt ist, Leute fertigzumachen. Das ist ja die einzige Möglichkeit, daß die Professoren überhaupt diese Prüfungen durchführen können.

Theologiestudenten unterstützen die ZANU

Münster. Vor der Demonstration zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe (28.4.78) wurde der ca. 1,5 Meter große Globus vor dem Institut für Missionswissenschaften korrigiert. Die Beschriftung „Nordrhodesien/Südrhodesien“ wurde mit dem Aufruf „Es lebe der bewaffnete Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe! Sofortige Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung!“ übermalt. Ein Mitarbeiter des Instituts hat jetzt rausgelassen, es werde ein Student der „Tat“ verdächtigt, und dem sollen die Kosten der Ausbesserung durch einen Restauratuer angehängt werden. Der Globus sei ein Geschenk, und es gebe nur 2 Exemplare davon, einen in Münster und einen im Vorzimmer des „heiligen Vaters“ in Rom. 9000 DM haben die Dinger 1962 gekostet. Die Studenten haben diesen reaktionären Dreck richtig beantwortet. Auf der Fachbereichsfete am Fachbereich katholische Theologie wurden 15,10 DM für die Kompanie der ZANLA gesammelt.

Fachtagung Elektrotechnik der VDS

Braunschweig. Vom 26. bis 28.5.78 fand in der TU Braunschweig die 3. ordentliche Fachtagung Elektrotechnik der VDS statt. Anwesend waren Vertreter von 7 Fachschaften von Technischen Universitäten und Fachhochschulen. Berichtet wurde, daß das Betriebspraktikum, was für alle Hochschulen Pflicht ist, völlig unterschiedlich von den einzelnen Kapitalisten bezahlt wird, manche Betriebe zahlen gar nichts. So wird laut Urteil des

Fachtagung Elektrotechnik der VDS

Braunschweig. Vom 26. bis 28.5.78 fand in der TU Braunschweig die 3. ordentliche Fachtagung Elektrotechnik der VDS statt. Anwesend waren Vertreter von 7 Fachschaften von Technischen Universitäten und Fachhochschulen. Berichtet wurde, daß das Betriebspraktikum, was für alle Hochschulen Pflicht ist, völlig unterschiedlich von den einzelnen Kapitalisten bezahlt wird, manche Betriebe zahlen gar nichts. So wird laut Urteil des
Bundessozialgerichts das Praktikum als „Recht auf freiwillige Vergütung“ aus dem Ausbildungsrecht ausgeklammert. Ein Thesenpapier der Fachtagung griff an, daß die Praktikanten mehr und mehr als billige Arbeitskräfte vernutzt werden. Es wurde eine einheitliche Regelung über Bezahlung der Praktikanten gefordert, Abschaffung der rechtlosen Lage im Betrieb und die Vertretung durch den Betriebsrat.

Westdeutsche Rektoren – mehr Autonomie gefordert

„Die Universität müsse ‚bestimmte Selektionsmechanismen vor und während des Studiums‘ einbauen und anwenden,“ das melden die „Kieler Nachrichten“ vom 31.5. als Ergebnis der westdeutschen Rektorenkonferenz vom 29. bis 30.5. in Travemünde.

Zwei Probleme sind es, die die Bourgeoisie lösen muß: erstens die Bewegung der Studentenmassen gegen die Ausbildung zu Agenten des Kapitals und gegen die damit verbundene Unterdrückung in den Griff zu kriegen, was ihr trotz Verschärfung der Prüfungs- und Studienbedingungen immer schlechter gelingt, und zweitens zu erreichen, daß ihre Bourgeoissprößlinge ungeschoren Eingang zur Hochschulausbildung finden. Deshalb soll das Abitur laut neuem Staatsvertrag nicht mehr ausreichen, sondern eine zusätzliche Prüfung eingeführt werden; diese wiederum soll in der Verantwortung der einzelnen Hochschulen liegen, weil hier die Beziehungen zur örtlichen Bourgeoisie natürlich viel intimer sind, die Bestechung viel besser möglich als durch eine einheitliche Staatsprüfung. Das steckt auch dahinter, wenn auf der Konferenz davon die Rede war, daß „die Hochschulen ihre Autonomie stärker verteidigen wollen“. Gleichzeitig würden durch diese großartige Lösung der Arbeitsmarkt entlastet und die Studenten, die später sowieso keine Stelle finden würden, gleich vor nachfolgenden Enttäuschungen bewahrt. Für dieses neuerliche Unterdrückungsmanöver brauchten die Hochschulen „Ruhe an der organisatorischen Front“, stellte Prof. Kewenig aus Kiel auf einer Veranstaltung in Eckernförde in einem Referat über die Regelstudienzeit heraus.

Wissenschaftsrat Kewenig dankt für Ermunterung

... auch weiterhin bereit, mit seiner „Unschuld zu wuchern“

Die letzte Woche gab es Presse wegen der durch den Wissenschaftsrat aufgeworfenen Fragestellungen und dazugelieferten Antworten. Ergänzend zu dem Presseseich Protokollauszüge der Tagung vorher, auf der die ganze Sache ausgekocht wurde. Maihofer war auch dagewesen, so daß der offizielle Charakter unterstrichen ward.

„Herr Maihofer begrüßte das Gespräch mit dem Wissenschaftsrat. Er betonte, wie außerordentlich wichtig der Dialog zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem sei.“

Der Verdruß zwischen den Herstellern akademisch zugerichteter Arbeitskraft und den Abnehmerkreisen, dem „Beschäftigungssystem“, war in den letzten Jahren notorisch. Das Bildungssystem pflog Versprechungen, um die Studenten zu beruhigen, und das Beschäftigungssystem hatte dann die Scherereien auf dem Halse. Vornehm, von Maihofer herausgedrückt:

„... die Bildungspolitik sei in der Vergangenheit von dieser Tendenz insofern nicht frei gewesen, als sie den Zusammenhang mit der Finanz-, Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik nicht immer hinreichend beachtet habe.“

Zum Glück haben „Bildungssystem & Bildungspolitik“ inzwischen die Gefahr „sektoraler Bornierung“ erkannt. Die Zeit für umgreifende Maßnahmen reift mithin.

„Herr Maihofer ging dann auf die Arbeitsmarktprobleme der geburtenstarken Jahrgänge ein. Der Staat sei hier gefordert und müsse gezielte Maßnahmen ergreifen, damit es nicht zu einer Malaise für eine ganze Generation komme. Aus Arbeitslosigkeit und Perspektivmangel könnten sonst Konflikte erwachsen, die die innere Stabilität der Gesellschaft bedrohten.“

Und in aller Kürze:

„Die Privatwirtschaft wäre überfordert, zukünftig jährlich über 100000 Hochschulabsolventen einzustellen.“

Man stutzt. Warum soll die „Privatwirtschaft“ überfordert sein, jährlich 100000 Männer und Frauen im besten Alter zu verspeisen? Dies kann einzig und allein an den fehlerhaften Preisen liegen, die für diese akademisch bearbeiteten vorderhand noch marktüblich sind. Um diese 100000 jährlich an *neue* Preise zu gewöhnen, ist ein kompliziertes Programm erforderlich. Es kann dies nicht auf einen Ruck geschehen, der unfehlbar eine große Gegenwehr auslösen müßte. Warum also nicht bei jenem Kreis von akademisch abgerichteten Kräften beginnen, die von dieser Abrichtung so gut wie gar keine Befähigung zur produktiven Arbeit erhalten und deren Los entweder eine Stelle im staatlichen Unterdrükkungsapparat oder die einfachsten Hilfsarbeiten sind? Der Generalaufkäufer für Arbeitskräfte dieses Typs

Herr Maihofer „... sah vor allem im Schulbereich, insbesondere im vermehrten Angebot von Ganztagsschulen, im Justizdienst, der durch notorische Überlastung und unerträgliche lange Prozeßdauer gekennzeichnet sei, und im Bereich der sozialen Dienste Bereiche echter Unterversorgung.“

Immerhin wäre der Irrtum möglich, diese parapolizeilichen Beschäftigungen für einen Ausfluß unangemessener Philanthropie zu halten. Damit hier kein Deuteln sei:

„Abschließend wandte sich Herr Maihofer den Strukturproblemen in der Laufbahn und Besoldungsordnung der öffentlichen Dienste zu. Hier müsse man bereit sein, Remedur zu schaffen. ... Kurzfristig anzustreben sei eine Absenkung der Eingangsämter, eine Funktionsabschichtung zugunsten des gehobenen Dienstes und die Überlappung der Laufbahnen. Die Überlappung der Laufbahnen würde die Anreize verringern, ein Langzeitstudium aufzunehmen. Im Zusammenhang mit einem erweiterten Fortbildungsangebot käme eine reformierte Laufbahnordnung, die den Aufstieg erleichtern würde, auch dem wichtigen Prinzip des „Life-long-learning“ entgegen.“

Und sodann wirklich abschließend:

„Herr Maihofer betonte, daß nur eine *wirkliche* Remedur im Laufbahn- und Besoldungswesen die Deformation im Hochschulbereich beseitigen könne. Eine Überwindung der Sektoralisierung von Bildungspolitik und Beschäftigungspolitik andererseits sei dringend geboten, um diese Remedur herbeizuführen.“

Dieser Standpunkt stieß auf die begeisterte Unterstützung der Mitglieder des Wissenschaftsrats:

Herr Glotz: „Das Kernproblem liege in der Finanzierung. Einen gangbaren Weg sehe er in einer Senkung der Anwärterbezüge in Verbindung mit einer Rückführung des Stellenkegels. Eine alternative Lösung, die zu raschen Ergebnissen führe, sei eine allgemeine Senkung der Gehälter bzw. der Verzicht auf Gehaltsverbesserungen. Damit werde die Solidarität der Generationen gefördert.“

Die Preisdrückerei auf Arbeitskräfte hat also auch noch einen hochkaratigen sittlichen Aspekt. Hiervon inspiriert:

Herr Franke: „... daß bei der Lösung der Arbeitsmarktprobleme nicht einseitig an die Hochschulabsolventen gedacht werden dürfe. Dies wäre eine ungerechtfertigte Einengung der Probleme.“

Daß für ein so großes Unternehmen wie die Lohnsenkung für die Masse der beschäftigten Beamten ideologischer Verhau nötig ist, wird erkannt:

Herr Seeler: „Ohne die Bereitschaft zu spürbarem Verzicht bei den bereits Beschäftigten sei das Beschäftigungsproblem nicht lösbar. Er bezweifelte aber, daß diese Bereitschaft zum Verzicht schon vorhanden sei und stellte die Frage etwa nach Verzicht auf Einkommensverbesserung bei Bleibeverhandlungen von Professoren, nach Abbau der Ministerialzulage oder nach Einkommenseinbußen bei früherer Pensionierung.“

Daß es nur um ein oder zwei Professoren geht, die man als Musterbilder der Bescheidenheit auffahren kann, muß klar sein:

„Eine wirklich ins Gewicht fallende Finanzmasse ließe sich durch einen Verzicht auf die jährlichen Besoldungserhöhungen mobilisieren. Herr Seeler bezweifelte aber, ob die Politiker die Kraft hätten, sich wirksam gegen die Interessenverbände durchzusetzen.“

Dies geht gegen Maihofers Verdienste:

„Herr Maihofer erinnerte daran, daß die Tarifabschlüsse des letzten Jahres für den öffentlichen Dienst erstmals für einen Teilbereich der Anwärter eine Einkommensminderung vorgesehen hätten.“

Es ist also möglich.

„Als realistische Maßnahmen bezeichnete er die Reduzierung der Eingangsbesoldung sowie eine Funktionsumschichtung zwischen den Laufbahngruppen. In Verbindung mit neuen Stellen hielt er auch maßvolle Tariferhöhungen für erzielbar.“

Damit das wahre Ziel nicht verloren werde:

„Herr von Savigny bezweifelte, daß die Diskussion bereits zum langfristig zentralen Problem des Bildungs- und Beschäftigungssystems vorgestoßen sei. Im Vordergrund stünden zu sehr die Ausweitung der bisherigen Akademikerarbeitsplätze und deren Finanzierung.

Der Ausweitung des öffentlichen Dienstes könne er wenig Sympathie entgegenbringen. Man müsse klar sehen, daß nicht alle Hochschulabsolventen in herkömmlich als ihrer Ausbildung adäquat angesehene Berufe gelangen könnten. ... Es gelte, die Statuserwartungen der Hochschulabsolventen an die Realitäten der kommenden Jahrzehnte anzupassen.“

Darüber besteht Einheit. Im weiteren geht es um die Methoden der Durchsetzung der ersten Schritte:

Herr Langes: „Die finanziellen Maßnahmen und strukturellen Anpassungen müßten auf breiter Front geschehen und dürften keine einzelnen Gruppen von Beschäftigten herausnehmen. Er schlug vor, dabei terminologisch von ‚mittelfristigem Übergangsprogramm‘ und ‚Notzuschlag auf Zeit‘ zu reden. Die Charakterisierung der Maßnahmen als mittelfristige Übergangsmaßnahmen erleichtere die Anwendung unkonventioneller Mittel und lasse grundsätzliche Einwände gegen einzelne Maßnahmen weniger in den Vordergrund treten.“

Begeisterte Unterstützung:

Herr Kewenig: „Diese Übergangsmaßnahmen sollten als Vehikel für die als notwendig erachteten strukturellen Anpassungen genutzt werden.“

Maihofer hält „gute Beispiele“ für nötig, damit sich auch Deppen, dieses Vehikel zu ziehen, finden:

„Herr Maihofer ... hielt es für einen erwägenswerten Gedanken, die Formen der Umverteilung in kleinen, überschaubaren Bereichen zu praktizieren und damit beispielgebend auf die öffentliche Diskussion einzuwirken.“

Das Ganze muß selbstverständlich in den bürgerlichen Parteien verhackstückt werden und darf nicht als die von Bourgeois ausgekochte Maßnahme erscheinen, die es ist:

„Herr Ranft: ... die anstehenden Probleme müßten als politische Führungsprobleme erkannt und daher in den Parteien gelöst werden. Er gab zu erwägen, eine konzertierte Aktion für diese Probleme einzurichten.“

Zum Abschluß freuen sich die Ganoven alle, daß sie den Wissenschaftsrat haben:

„Herr Maihofer ging dann noch einmal auf die Rolle des Wissenschaftsrates ein und betonte, welche Bedeutung er diesem Gremium für die öffentliche Diskussion beimesse. Er forderte den Wissenschaftsrat nachdrücklich auf, diese Funktion vorurteilsfreier Erörterung wichtiger Probleme weiter zu erfüllen.“

Herr Kewenig dankte für die Ermunterung. Der Wissenschaftsrat sei bereit, auch weiterhin mit seiner ‚Unschuld zu wuchern‘.“

Vielleicht, daß es mit dieser „Unschuld“ schneller bergab geht, als sich Kewenig und Konsorten denken? – (Z-Red.)

zukünftig jährlich über 100000 Hochschulabsolventen einzustellen.“

Man stutzt. Warum soll die „Privatwirtschaft“ überfordert sein, jährlich 100000 Männer und Frauen im besten Alter zu verspeisen? Dies kann einzig und allein an den fehlerhaften Preisen liegen, die für diese akademisch bearbeiteten vorderhand noch marktüblich sind. Um diese 100000 jährlich an *neue* Preise zu gewöhnen, ist ein kompliziertes Programm erforderlich. Es kann dies nicht auf einen Ruck geschehen, der unfehlbar eine große Gegen-

Dieser Standpunkt stieß auf die begeisterte Unterstützung der Mitglieder des Wissenschaftsrats:

Herr Glotz: „Das Kernproblem liege in der Finanzierung. Einen gangbaren Weg sehe er in einer Senkung der Anwärterbezüge in Verbindung mit einer Rückführung des Stellenkegels. Eine alternative Lösung, die zu raschen Ergebnissen führe, sei eine allgemeine Senkung der Gehälter bzw. der Verzicht auf Gehaltsverbesserungen. Damit werde die Solidarität der Generationen gefördert.“

Die Preisdrückerei auf Arbeitskräfte hat also auch noch einen hoch-

werde:

„Herr von Savigny bezweifelte, daß die Diskussion bereits zum langfristig zentralen Problem des Bildungs- und Beschäftigungssystems vorgestoßen sei. Im Vordergrund stünden zu sehr die Ausweitung der bisherigen Akademikerarbeitsplätze und deren Finanzierung.

Der Ausweitung des öffentlichen Dienstes könne er wenig Sympathie entgegenbringen. Man müsse klar sehen, daß nicht alle Hochschulabsolventen in herkömmlich als ihrer Ausbildung adäquat angesehene Berufe gelangen könnten. ... Es gelte, die Statuserwartungen der Hochschulabsolventen an die Realitäten der kommenden

„Herr Maihofer ging dann noch einmal auf die Rolle des Wissenschaftsrates ein und betonte, welche Bedeutung er diesem Gremium für die öffentliche Diskussion beimesse. Er forderte den Wissenschaftsrat nachdrücklich auf, diese Funktion vorurteilsfreier Erörterung wichtiger Probleme weiter zu erfüllen.“

Herr Kewenig dankte für die Ermunterung. Der Wissenschaftsrat sei bereit, auch weiterhin mit seiner ‚Unschuld zu wuchern‘.“

Vielleicht, daß es mit dieser „Unschuld“ schneller bergab geht, als sich Kewenig und Konsorten denken? – (Z-Red.)

Viermal Lagerarbeiter von 23 bis 2 Uhr „täglich“ gesucht

Ferienarbeit für Studenten – Zwang zur Schinderei für Hungerlohn

„Studentenreisen – billig in den Süden“, „Wir haben den Urlaub für junge Leute“, verkünden in Anbetracht der nahenden Sommerferien die Glanzdruckprospekte der Reisebüros. Für die besitzlosen Studentenmassen sind sie ein Hohn. Was sie erwartet, ist mitnichten der „sonnige Süden“, sondern Ferienarbeit zu elenden Bedingungen.

Wir haben an der Fachhochschule E-Technik und Maschinenbau Hannover unter 53 Studenten ebenfalls eine Umfrage durchgeführt, wer in den Semesterferien arbeiten muß und wer was zu verdienen hofft. 28 der Befragten, gleich 53%, müssen arbeiten. Von diesen rechnen mit einem Stundenlohn von 7,00 bis 7,50 DM zwei Studenten (jeweils in Klammern), von 7,50 bis 8,00 DM (3), von 8,00 bis 8,50 DM (1), von 8,50 bis 9,00DM (1), von 9,00 bis 9,50 DM (2), von 9,50 bis 10,00 DM (3), von 10,00 bis 10,50 DM (10), von 10,50 bis 11,00 DM (5), von 11,00 bis 11,50 DM (–), von 11,50 bis 12,00 DM (1). Weiter stellte sich heraus, daß von den befragten Studenten mindestens verdienen müssen 1000 DM (5), 1200 DM (2), 1500 DM (10), 2000 DM (7), 2500 DM (2), 5000 DM (1). Von den Summen über 2000 DM dürfte ein Gutteil dazu bestimmt sein, das nächste Semester über die Runden zu kommen.

Welche Arbeiten vom Arbeitsamt zu welchen Löhnen vermittelt werden, zeigt folgende Liste: Arbeitsangebote für die Semesterferien, Arbeitsamt Hannover (Studentenvermittlung) am 1.6.78:

– 4 x Lagerarbeiter, davon einmal 23 bis 2 Uhr täglich, von 7,00 DM netto bis 9,70 DM brutto
– 2 x Hilfskraft im Betrieb, einmal auf Montage in Ramscheid oder Essen, Wochenende frei in Hannover für 1800 DM/Monat und 40,00 DM Tagesspesen, einmal für 9,00 DM brutto
– 1 x Verkaufshelfer, Samstag und Sonntag 7,10 DM brutto ohne Sonntagsaufschlag
– 1 x Schwimmlehrer für 13,00 DM brutto
– 1 x Nachtportier für 50,00 DM/Tag und freies Essen
– 4 x Putzhilfe, meist ein paar Stunden die Woche, von 7,00 DM bis 8,30 DM netto
– 3 x Küchenhilfe, Serviererin, oft auch samstags und sonntags, von 6,00 DM netto bis 8,11 DM brutto.

Was ins Auge fällt ist die relative Häufigkeit der Wochenend- und Nachtarbeit sowie der niedrige Lohn.

Die VW-Kapitalisten haben im Februar 60 Studenten im Werk Hannover eingestellt und dort eingesetzt, wo die Arbeitshetze und der Krankenstand extrem hoch sind. Den materiellen Druck nutzen sie, um Überstunden und Sonderschichten herauszuschinden. Gegen die VW-Arbeiter wollen sie die Studenten als Lohndrücker und zur Verschärfung der Arbeitshetze anwenden.

Es ist richtig, wenn die Studenten sich mit den Arbeitern gegen die Kapitalisten zusammenschließen wie bei „Metro“ in Hannover, wo sechs Studenten die Arbeit verweigert haben, als die Akkordhetze beim Auszeichnen der Waren weiter verschärft werden sollte. Entscheidend ist aber, daß die besitzlosen Studentenmassen die Bezahlung ihrer Arbeitskraft während der Ausbildung durch den Staat erkämpfen. – (N-Red.)

Gorleben „schwierigste Aufgabe“

Wirtschaftsgraf Lambsdorff stattet Physikalisch-technischer-Bundesanstalt Besuch ab

Braunschweig. „Lambsdorff drängt zur Eile“, faßt die „Braunschweiger Zeitung“ den Besuch des Bundeswirtschaftsministers bei der Physikalisch-Technischen-Bundesanstalt (PTB) zusammen. Die Tiefbohrungen des Salzstockes bei Gorleben sollen jetzt rasch durchgezogen werden. Die PTB ist nach §1 ihrer Satzung eine „Anstalt des öffentlichen Rechts im Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft; sie ist eine Bundesoberbehörde.“ Als solche unterstützt sie „die Bundesregierung bei der Vorbereitung und Durchführung wirtschaftspolitischer und anderer Entscheidungen (...)“ (§3, Abs. 3).

Nach §23 des Atomgesetzes in der Neufassung aus dem Jahr 1976 ist die PTB zuständig für:
„1. die staatliche Verwahrung von Kernbrennstoffen,
2. die Errichtung und den Betrieb von Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und zur Endlagerung radioaktiver Abfälle,
3. die Genehmigung und Aufbewahrung von Kernbrennstoffen und Großquellen,
4. die Genehmigung und Aufbewahrung von Kernbrennstoffen außerhalb der staatlichen Verwahrung, (...) und
5. die Rücknahme oder den Widerruf der Genehmigung nach den Nummern 3 und 4.“ (Bundesgesetzblatt 76, S. 3064)

Nach §23, Abs. 2 dieses Gesetzes ist die PTB also zuständig für den Betrieb der geplanten Plutoniumwiederaufbereitungsanlage in Gorleben. Nach dem imperialistischen Energieprogramm der Bundesregierung sollen bis 1985 rund 6000 t Atommüll anfallen, jährlich sollen dann 1000 t dazukommen. Bisher wird die Entsorgung im französischen La Hague durchgeführt. In Kürze will die Regierung weitere Verträge für die Jahre 1977 bis 79 über insgesamt 600 t Brennstoff abschließen. Das kann aber allein die geplanten Kapazitäten nicht bewältigen. In Gorleben soll mit der Brennelementelagerung 1985/86 und mit der Wiederaufbereitung 1989 begonnen werden. (nach „Energiediskussion“ 2/78, Hrsg. Bundesministerium für Forschung und Technologie)

Nach §7 (1) Abs. 3 des Atomgesetzes darf die PTB eine Genehmigung erteilen, wenn „die nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderliche Vorsorge gegen Schäden durch die Errichtung und den Betrieb der Anlage getroffen ist“. Für die Bourgeoisie ist der „Stand der Wissenschaft“ klar: „Natürlich ist die Sache auch gefährlich – aber ohne Gefahr erhält man nichts. Aber insgesamt halte ich die Kerntechnik für einen Segen der Menschheit“, so der Vizepräsident der PTB, Prof. Hans Jürgen Schrader (BZ, 2.3.78). Im „Laboratorium für Strahlenschutz“ haben die „Forscher“ endeckt: „Von Kohlekraftwerken ausgestoßene radioaktive Stoffe stellen ebensowenig eine Umweltbelastung dar wie die von Kernkraftwerken emittierten Stoffe“ (BZ, 11.2.78). „Schon jetzt kann jedoch nach den Erkenntnissen, die man von Salzstöcken allgemein hat, gesagt werden, daß der Gorlebener Salzstock für die Endlagerung von leicht- und mittelaktiven Abfällen geeignet sein wird“, schreibt die PTB in „Energiediskussion“ 2/78.

Die Bourgeoisie drängt auf Eile und schickt ihre Wissenschaftler, die das technologische Abenteuer der Bourgeoisie als „völlig harmlos“ hinstellen sollen. Damit es schnell geht, ist die Abteilung „Strahlenschutz“ bei der PTB 1977 schon um 15 neue Stellen erweitert worden. – (Bezirk Südostniedersachsen)

Die Türkei beugt sich den Erpressungen der Supermächte nicht – die EG-Imperialisten wittern ein großes Geschäft

Die US-Imperialisten begründen ihr Waffenembargo gegen die Türkei gerne mit der „türkischen Haltung in der Zypernfrage". Daran ist etwas Wahres: Die türkische Regierung weist nämlich beharrlich jede Einmischung der USA in den Zypernkonflikt zurück und hält daran fest, daß nur die Türkei, Griechenland und Zypern selbst die bestehenden Widersprüche friedlich lösen könnten. Die erpresserische Absicht des US-Waffenembargos zielt jedoch weiter. Den US-Imperialisten ist das Vordringen des Sozialimperialismus, sein wachsender Anteil an der Ausbeutung und Ausplünderung der Türkei ein Dorn im Auge. Mit dem Waffenembargo wollen sie die türkische Bourgeoisie kleinkriegen, in die Knie zwingen, um ihr jeden Gedanken daran, den Teufel USA mit dem Beelzebub Sowjetunion austreiben zu wollen, ein für alle mal zu nehmen. Was die Sozialimperialisten angeht, so ziehen sie am anderen Ende des Stricks, den die beiden Supermächte der Türkei um den Hals gelegt haben: Sie haben in diesem Jahr der türkischen Regierung die Aufstockung ihrer „Wirtschaftshilfe" auf 14 Mrd. DM „in Aussicht gestellt" und ihren „Angebot" gleich den Vorschlag eines „Nichtangriffspaktes" und einer „Kooperation auf militärischem Gebiet" hinzugefügt. Sie warten nur auf die Gelegenheit, sich an Stelle der USA gänzlich in der Türkei einzunisten.

Die türkische Bourgeoisie ist jedoch weder bereit, sich den sozialimperialistischen Militärstiefel selbst ins Land zu holen – sie hat „Nichtangriffspakt" und „militärische Kooperation" gleich zurückgewiesen –, noch kann und will sie sich dem US-imperialistischen Druck beugen. Bereits vor Jahren hat sie 26 amerikanische Stützpunkte in der Türkei, hauptsächlich sogenannte Beobachtungsstationen, geschlossen und hat seither auf jede Verlängerung des US-Waffenembargos mit der, wenn auch vorsichtig vorgetragenen, Drohung des Austritts aus der Nato geantwortet.



„Streik! Für Betonarbeiter 350 Lira! Für Bauarbeiter 250 Lira!" sind die Forderungen auf den Transparenten der streikenden Bauarbeiter in Istanbul (Bild). „Menschenbasar" wird der Platz genannt, auf dem sie ihre Streikversammlung durchführen. Dort kaufen sich die Baukapitalisten Tag für Tag neu ihre Arbeiter ein, für 250 Lira einen (gelernten) Betonarbeiter, für 200 Lira einen (ungelernten) Bauarbeiter, für meist mehr als zehn Stunden am Tag. Die meist landlosen Bauern und Arbeiterbauern aus Anatolien, die zu diesem Hungerlohn von etwa 29 bzw. 23 DM ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, haben keinerlei Versicherungsschutz und sind hoher Unfallgefahr ausgesetzt.

Im Konkurrenzbuhlen der beiden Supermächte versuchen die EG-Imperialisten, allen voran die westdeutschen, ihre Schäflein ins Trockene zu bringen. Beim Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Ecevit schoß die Schmidt-Regierung gleich 180 Mio. DM im Rahmen eines „Südeuropa-Programms" ins erwartete Geschäft ein und leistete sich dazu eine „Kritik" am US-amerikanischen Waffenembargo. „Schon heute", bemerkte mit geschwellter Brust ZDF-Kommentator Strobel, „hat die Bundesregierung und vor allem die Bundeswehr im Rahmen der Nato unter Beachtung der gebotenen öffentlichen Zurückhaltung das Ihre dazu beigetragen, den türkischen Verbündeten mit dem Notwendigsten zu versorgen". Jetzt versucht man, der Türkei, sobald die Bundeswehr die neuen Mehrkampfflugzeuge Tornado erhält, die alten Starfighter anzudrehen, weiter die zur Zeit geflogenen Hubschrauber, denn auch hier wird die Bundeswehr neu ausgerüstet. Außer den fetten Milliarden, die sie durch die Verhökerung ihres alten Schrotts der Türkei abzupressen gedenken, haben die BRD-Imperialisten dabei gleichzeitig die Errichtung von Reparaturanlagen und Fertigungsstätten der Messerschmidt-Bölkow in der Türkei im Auge. Die englischen Imperialisten beeilten sich zu erklären, daß sie der westdeutschen „Unterstützung" der Türkei in nichts nachstehen wollten. Die Mitte Mai zusammengetretene Euro-Group in der Nato, der alle europäischen Nato-Mitgliedsländer mit Ausnahme Islands angehören, zeigte sich über diese Absichten ausdrücklich „erfreut" und legte, um zu bekräftigen, daß sie einen Austritt der Türkei aus der Nato nicht hinnehmen würde, gleich fest, die Ausbildung der Nato-Düsenjägerpiloten in Zukunft in der Türkei stattfinden zu lassen, „da die Türkei über einen entsprechenden Luftraum verfüge".

Die Bourgeoisschreiberlinge und -fernsehkommentatoren gefallen sich darin, die türkische Regierung als armseligen Bittsteller hinzustellen und zu demütigen, der, nach dem Stoß der „großzügigen Waffenlieferungen der USA", nun in die europäischen Länder um Hilfe angekrochen käme. Doch die Sorge ihrer Herren über einen möglichen Austritt der Türkei aus der Nato klingt aus jeder Zeile. Hat nicht Ecevit vor wenigen Wochen noch erklärt, daß die Türkei sehr gut in der Lage sei, sich selbst zu verteidigen? Die eigene Waffenproduktion nimmt einen großen Aufschwung, und die Zusammenarbeit mit anderen Ländern der Dritten Welt entwickelt sich gut. 1977 wurde mit dem Bau einer Militärflugzeugfabrik begonnen, 1979 soll das erste Kampfflugzeug in Bau gehen, Anfang der achtziger Jahre starten. Eine neue Kriegsschiffswerft wird errichtet, der Bau kleinerer Kriegsschiffeinheiten ist im Gange. Mit Brasilien ist die Türkei in Verhandlungen über den Kauf von 700 Panzern getreten. Mit dem Iran und Pakistan hat sie Abmachungen über Zusammenarbeit in der Waffenproduktion getroffen; ein militärisches Kooperationsabkommen mit Libyen wird demnächst unterzeichnet. – (Z-Red)

Das Volk von Azania schließt sich zusammen für den bewaffneten Kampf gegen den Kolonialismus

Veranstaltungen mit einer Delegation des Afrikanischen Nationalkongresses (Afrikanische Nationalisten) – ANC (AN)

München	12.6.	Freiburg	13.6.
Mannheim	14.6.	Gießen	15.6.
Mainz	16.6.	Aachen	17.6.
Essen	18.6.	Bremen	19.6.
Braunschweig	20.6.	Kiel	21.6.

Es spricht:
Mzimkulu Makiwane
Mitglied des Vorstandes des ANC (AN) und Führer des Revolutionsrates

Rauschgiftrazzia von Kripo und Besatzertruppen

Saarbrücken. Das Saarbrücker Kriminalkommissariat hat auf einem Rock-Konzert in Saarbrücken zusammen mit amerikanischer Militärpolizei und dem „CIA Pirmasens" (Saarbrücker Zeitung vom 31.5.) 5000 Jugendliche nach Rauschgift durchsucht und mehrere festgenommen. Der Einsatz der Besatzertruppen und des Geheimdienstes wurde mit der Teilnahme von Soldaten der amerikanischen Besatzertruppen am Konzert begründet.

Polizei trainiert gegen Großdemonstrationen

Kiel. Die Bereitschaftspolizei Eutin hat an der Schlei bei Kauschau ein Trainingslager aufgeschlagen. Die Stabshundertschaft ist laut „Kieler Nachrichten" eine technische und taktische Polizeieinheit, die z.B. bei Großkontrollen im Verkehr, Sicherheitsabsperrungen bei Staatsbesuchen oder bei Demonstrationen eingesetzt wird. Der technische Zug errichtet oder beseitigt Sperren und bildet Taucher aus. Der Fernmeldezug sichert den Funkverkehr. Der Sonderzug verfügt für „Extremfälle" über 3 Wasserwerfer und gepanzerte Fahrzeuge. Höhepunkt der Übung ist die Bekämpfung einer Großdemonstration im Schwansener Raum bei Kosel (vergleichbares Gelände zur Wilster Marsch).

ster Marsch).

Das Recht des Soldaten auf Urlaub: auf dem Papier und ausgehöhlt

Die Ankündigung des Wetterberichts für Freitag, den 2.6., mit 32 Grad Hitze und Schwüle hat sie offensichtlich noch abgewartet, die Offizierskamarilla der Bundeswehr, um rechtzeitig zum Wochenende einen schikanösen Schlag gegen die Massen der Soldaten in der Armee zu landen. Nato-Alarm, das bedeutet für die Offiziere eine willkommene Gelegenheit, einmal wieder so richtig ihre Macht im Dienste der Kapitalistenklasse über die Arbeitskraft, das Schlafbedürfnis und die Gesundheit der Soldaten unter Beweis zu stellen.

Für die Soldaten bedeutet es, 4 Uhr blitzschnell, ohne sich Zeit für Körperpflege nehmen zu können, aufzustehen und eine Reihe von Schikanen über sich ergehen zu lassen, angefangen vom Verbot, den Kasernenbereich zu verlassen, bis hin zu knochenschinderischer Arbeit, und den Befehl, bei unerträglicher Hitze den Arbeitsanzug (selbstverständlich mit Stiefeln und ABC-Schutzmaske) zu tragen, bis zum physischen Zusammenbruch geschunden zu werden. Solange bis die Herren „Stabsoffiziere" sich bequemen, den Alarm abzusetzen, und ins „verdiente" Wochenende brausen. Um 15.15 Uhr war es dann genug, jedoch bis die ersten Soldaten gehen durften – es müßte schließlich noch geputzt und aufgeräumt werden – war für manchen „Mannschaftsdienstgrad" der Zug schon abgefahren. Was blieb, war der Gedanke ans Wochenende und eine Stinkwut über die Willkür und die Brutalität der Offiziere.

Um sich einen Zugriff über die Arbeitskraft der Soldaten zu jedem beliebigen Zeitpunkt zu verschaffen, hat sich die Bourgeoisie einiges einfallen lassen. – Letztenendes um den berechtigten Protest der Soldaten in Ermangelung von Argumenten gegebenenfalls mit dem Hinweis auf „geltenden Befehl" und „Zentrale Dienstvorschrift" abzutun.

In der Soldaten-Urlaubsverordnung 1972 (BGBl. I S 2151) mit Ausführungsbestimmungen 1.7.1973 (VMBl. S256) ist zwar von Urlaub, der dem Soldaten zusteht, die Rede, doch sind bereits mit schikanösen Verwaltungsverfahren genügend Fußangeln eingebaut, um das Regenerationsbedürfnis der Soldaten im Interesse der bürgerlichen Armee einzuschränken. Damit die Mannschaften auch ja keine Gelegenheit haben, sich während der dreimonatigen Zeit des Rückgratbrechens – Grundausbildung genannt – auch nur andeutungsweise auch wieder aufzurappeln, steht unter Ausführungsbestimmung (AB) 41 zu §5, daß während dieser Zeit überhaupt kein Urlaub gewährt wird. Sollte jemand nachdienen müssen, so ist es für den perfiden Bourgeois nur konsequent, wenn in AB 45 zu § 5 steht, daß diese Tatsache den Erholungsurlaub nicht verlängert.

Um die Gier der Bourgeoisie nach Gratis-Arbeitskraft auf Kosten der Soldaten vollends zu befriedigen, ist den Offizieren mit der ZDV 10/5 (der Innendienst) ein weiteres Mittel in die Hand gegeben.

So lautet Ziffer 309 ZDV 10 / 5:

„Der Auftrag der Bundeswehr verlangt ständige Einsatzbereitschaft, deshalb kann der Soldat jederzeit zum Dienst herangezogen werden. Die Dauer des täglichen Dienstes richtet sich nach den militärischen Erfordernissen.

Ziffer 310:
Wenn dienstliche Gründe es erfordern, kann an Sonn- und Feiertagen Dienst angesetzt werden. Ein Rechtsanspruch auf Dienstausgleich besteht nicht.

Ziffer 311:
Die Disziplinarvorgesetzten können über die Dienststunden hinaus Bereitschaftsdienst auch für dienstfreie Tage ansetzen.

Ziffer 312:
Der Dienstablauf wird durch Dienstpläne befohlen. Einteilungen und Änderungen befehlen ausschließlich die zuständigen Disziplinarvorgesetzten oder deren Stellvertreter im Kommando.

Hiermit schließt sich der Kreis der Einengung der Rechte des Soldaten auf Urlaub. Genau betrachtet bleibt dem Soldaten das Recht, fassungslos seine Rechtlosigkeit zur Kenntnis zu nehmen. Die hemmungslose Ausbeutung der Arbeitskraft und der Gesundheit der Arbeiterklasse in der Armee ist festgeschrieben. Eine Auflehnung dagegen wird nach den einschlägigen Bestimmungen der Wehrdisziplinarordnung streng und brutal verfolgt.

Obwohl man nichts ungenutzt läßt, ist dagegen mit auf dem Papier stehenden und durch x-weiteren Vorschriften ausgehöhlten Rechten offensichtlich nichts Entscheidendes auszurichten. Wie weit die Offiziere in ihrem Versuch, das Recht auf Urlaub einzuschränken und zu unterdrücken, gehen können, entscheidet sich durch Kampf in den Kompanien und Kasernen. Dafür ist für die Soldatenbewegung ihr Organisationsgrad und ihre Geschlossenheit entscheidend. – (Sprecherrat Süd der Soldaten- und Reservistenkomitees)

Marineoffiziere auf Rekrutierungsfeldzug für die Fregatte F 122



Vom 31.5. bis 4.6. führt die Bundeswehr in Gifhorn die Ausstellung „Unsere Marine" durch. Sie ist ausgerichtet auf die Anwerbung von Söldnern. Den meisten Raum in der Ausstellung nimmt die Darstellung von Berufschancen und die berufsmäßige Verwendung bei der Marine. Zusätzlich werden in dem Zelt Modelle von allen schwimmenden Einheiten der Marine gezeigt. Die neue Fregatte F 122 wird gleich mit gezeigt und so getan, als sei sie bereits fix und fertig. Am Eröffnungstag, sowie am Samstag führten KBW und SRK einen Informationsstand durch, bei dem das Flottenprogramm und die Unterdrückung der Soldatenbewegung in der Wesendorfer Kaserne angegriffen wurden. Der Spielmannszug des SRK führte ein Platzkonzert durch. Versuche der Polizei, den Stand zu unterdrücken, scheiterten jedes Mal. In den z.T. großen Diskussionsgruppen kam die Abscheu der Massen vor Krieg zum Ausdruck, viele stimmten zu, daß der Kampf gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen den Kampf gegen die Kasernenunterdrückung und die Festigung des Bündnisses mit den kämpfenden Völkern verlangt. Bis Samstag unterstützten 8 Menschen die Resolution gegen die Verurteilung des Panzergrenadier Döhmen.

Erfolgreicher Kampf gegen schikanöse Wachregelung

Hess. Lichtenau. Ab 1. Juni 1978 gibt es in Hess. Lichtenau eine neue Wachregelung. Sie sieht vor, daß die PzBtl 53 und 154 nur noch Munitionswache machen und die Kompanien so gut wie keine Wochenendwachen mehr haben. Zudem sind per Divisionsbefehl der Wachbeginn und das Wachende neu festgelegt, anstatt bisher 18.00 Uhr jetzt 16.00 Uhr. Das hat den Vorteil, daß jetzt zumindestens eine Stunde wachfrei während des Dienstes liegt, ebenso wie die ganze Wachvorbereitung. Insgesamt gewinnt man zwei Stunden. Der andere Vorteil ist der, daß nach der neuen Regelung weniger Wachen von einer Kompanie in einer Woche geschoben werden müssen, da vorher Munitions- und Kasernenwache dran war. Dies führte zu Belastungen der Soldaten von bis zu 120 Stunden pro Mann und Woche Dienst. Gegen die alte Regelung gab es Protest bis in die Reihen der Feldwebel hinein. Von den Mannschaften wurde sie durchweg abgelehnt. In einer Kompanie hatten zwei Mannschaftsversammlungen dazu stattgefunden, auf denen die Vorverlegung der Wache auf 12.00 Uhr und Dienstausgleich gefordert worden war.

Erzbischof von Bamberg neuer Militärbischof

Bamberg. Dr. Elmar Kredel, Erzbischof von Bamberg, wurde vom Heiligen Stuhl als neuer Militärbischof eingesetzt. Er löst den Bischof von Essen, Dr. Franz Hengsbach, ab. Im Konzilsdekret über die Hirtenaufgabe der Bischöfe heißt es: „Da auf die geistliche Betreuung der Soldaten wegen ihrer besonderen Lebensbedingungen eine außerordentliche Sorgfalt verwendet werden muß, wird nach Möglichkeit in jedem Land ein Militärvikariat eingerichtet. Sowohl der Militärbischof als auch die Militärpfarrer mögen sich in einträchtiger Zusammenarbeit mit den Diözesanbischöfen eifrig dieser schwierigen Aufgabe widmen." Kredel hat Erfahrung: Von 1941 bis 1945 leistete er Kriegsdienst, bis zum August '45 war er in Kriegsgefangenschaft. Die Bischofsweihe im letzten Jahr feiert die Zeitschrift „Bamberg heute": „Der Samstag, der 2. Juli, war ein Tag, der ganz dem imperialen Charakter des historischen Bamberg entsprach." Auf dem diesjährigen Fronleichnamsfest zogen die US-Besatzer mit geschultertem Gewehr und Marschtritt mit. Sie marschierten direkt in der Nähe des „Allerheiligsten". Kredel weiß, daß das Militär zur Sicherung des allerheiligsten Profits der Imperialisten entscheidend ist.

Italien: Am 11. Juni Volksentscheid gegen Polizeigesetz

Am 11. Juni finden in Italien Volksentscheide gegen das Polizeigesetz und gegen die Finanzierung der bürgerlichen Parteien aus der Steuer statt. Mehr als eine halbe Million hatten im Frühjahr 1977 die Volksbegehren gegen diese und sechs weitere reaktionäre Gesetze unterstützt. Die anderen Volksentscheide haben die bürgerlichen Parteien durch Erlaß neuer Gesetze „verfallen" lassen. Auch den gegen das Polizeigesetz wollten sie durch Verschärfung des Gesetzes unterlaufen. In dem Gesetz sind unter anderem der polizeiliche Todesschuß und Verbannung „Verdächtiger" vorgesehen. Seit Inkrafttreten 1975 sind mehr als 200 Menschen von der Polizei erschossen worden. Zur Vertuschung ihrer wirklichen Absichten hatte die Finanzbourgeoisie in das Gesetz auch einige Paragraphen gegen die faschistischen Terrorbanden aufgenommen. Die Streichung dieser Paragraphen, die eh immer ein Fetzen Papier geblieben sind, hatten die bürgerlichen Parteien der Regierungsmehrheit den Faschisten der MSI angeboten, wenn sie mithelfen würden, die sechs Abgeordneten, die das Referendum unterstützen, niederzustimmen. Zum großen Ärger namentlich der Revisionisten ist aus dem Deal nichts geworden. Die PCI hatte 1975 unter dem Druck der Massenbewegung noch in letzter Minute gegen das Gesetz gestimmt. Jetzt ruft sie auf, für seine Beibehaltung zu stimmen, um den Parlamentsmanövern für „rigorosere" Gesetze Bahn zu schaffen.

Breschnew unter Schutz von Polizei und Armee in Prag

Vergangene Woche hat Breschnew einen viertägigen Staatsbesuch in der von der sozialimperialistischen Supermacht besatzten Tschechoslowakei durchgeführt. Radio Moskau betonte, daß der Besuch als „richtiges Fest" vorbereitet werde. Tatsächlich wurden am Vortag der Ankunft Polizeirazzien durchgeführt. Daß Breschnew sich überhaupt blicken lassen konnte, sichern die Besatzertruppen der Neuen Zaren, 75000 Mann stark mit 1500 Panzern und 200 Kampfflugzeugen. Breschnew hielt seine Festrede in der Prager Burg, früher Sitz der böhmischen Könige. Sein geplanter Besuch in der Maschinenfabrik CKD, wo er vor der Belegschaft sprechen wollte, wurde hingegen kurzfristig ersatzlos vom Besuchsprogramm gestrichen. Die „internationalistische Hilfe" der UdSSR drückt sich im Vertrag vom 16. Oktober 1968 aus, der ein Besatzerstatut ist. Artikel 1 lautet: „Die sowjetischen Truppen, die sich zeitweilig auf dem Territorium der CSSR befinden, bleiben dem sowjetischen Militärkommando unterstellt." Im Artikel 2 wird mit imperialistischer Besatzerlogik festgestellt: „Der zeitweilige Aufenthalt sowjetischer Truppen auf dem Territorium der CSSR verletzt nicht ihre Souveränität." In Artikel 4 wird festgelegt, daß die Besatzer sich ungehindert im ganzen Land herumtreiben können: „Personen, die den sowjetischen Truppen angehören und deren Familienangehörige unterliegen bei der Einreise, Aufenthalt und Ausreise aus der CSSR keiner Paß- und Visakontrolle."

SED-ZK-Plenum: Schluß mit der mangelnden Arbeitsdisziplin!

„Die Erschließung der vorhandenen volkswirtschaftlichen Reserven macht nur unzureichend Fortschritte ... Die Vergeudung von menschlicher Arbeitskraft ist zu einem Grundproblem unserer Volkswirtschaft geworden", kritisierte Willi Stoph auf dem 8. Plenum des ZK der SED. „Schluderei und Bummelantentum sind unvereinbar mit der Arbeiterehre und der sozialistischen Moral", beschimpfte er die Arbeiter und forderte sie auf, „täglich den Kampf um die allseitige Planerfüllung 1978 zu führen". Honecker kritisierte, daß ein Drittel der Betriebe den Plan nicht erfüllt hat und daß die Schichtarbeit noch immer nicht umfassend durchgesetzt ist. In einzelnen Betrieben laufen die Anlagen 15 bis 16 Stunden am Tag, in anderen gar nur 7 bis 8. Schließlich haben die neuen Bourgeois in der DDR das Drei-Schicht-System eingeführt, damit es auch *angewandt* wird. Den Kampf der Arbeiter gegen die Verschärfung der Ausbeutung wollen sie im Keim ersticken. „Jeder Art der Verniedlichung der Maßstäbe, nach denen Arbeit und Leistung objektiv auszurichten sind, müssen wir prinzipiell begegnen", droht das „Neue Deutschland". Aus den Ausfallzeiten müssen Schlußfolgerungen gezogen werden und die Lösung der zu einem politischen Problem gewordenen schlechten Versorgung mit Ersatzteilen dulde keine Halbheiten, erklärten Honecker und Stoph. Während im laufenden Planjahrfünft 240 bis 260 Millionen Arbeiterstunden eingespart werden sollen, sollen die verbleibenden Arbeiter zu Überstunden, Sonderschichten und „Subbotniks" zwangsverpflichtet werden.

„Mehr ein Schmiermittel, denn ein Reizmittel"

Pläne der britischen Imperialisten zur Mitbestimmung

Am 23. Mai hat die britische Regierung ein Weißbuch über „Industrielle Demokratie" veröffentlicht, in dem sie ihre Pläne zur Einführung von „Mitbestimmung" bekanntgibt. Darin ist für eine künftige Gesetzgebung vorgesehen, daß in Firmen mit über 500 Beschäftigten „Gemeinsame Vertretungsausschüsse" der in den Betrieben vertretenen Gewerkschaften gebildet werden, die wichtige Entscheidungen der Geschäftsleitung mittragen sollen. In Betrieben mit über 2000 Beschäftigten werden nach drei bis vier Jahren auf Antrag dieses Ausschusses und nach Abstimmung durch die Belegschaft Gewerkschaftsvertreter in den Vorstand der Firmen gewählt. Die Gewerkschafter in diesen Gremien sind an die Schweigepflicht gebunden. Bei Konflikten mit den Kapitalisten unterliegen sie einer staatlichen Schlichtung.

Über 50% der britischen Lohnabhängigen sind gewerkschaftlich organisiert (in Westdeutschland ca. 35%). Nach Berechnungen der Untersuchungskommission unter Lord Bullock, die die Vorarbeiten für das jetzt erschienene Weißbuch ausführte, liegt der gewerkschaftliche Organisationsgrad bei Betrieben der verarbeitenden Industrie mit über 200 Beschäftigten bei über 80%. Angesichts dieser Stärke der Gewerkschaftsbewegung kann es sich die britische Bourgeoisie nicht leisten, „Betriebsräte" nach westdeutschem Vorbild einzurichten, die von der gewerkschaftlichen Organisation getrennt sind und die Vertretung der Interessen der lohnabhängigen Massen durch kampfstarke Gewerkschaften verhindern sollen. Eine britische Regierungskommission schrieb 1966:

„Betriebsräte würden die Entwicklung einer wirksamen betrieblichen Gewerkschaftsorganisation nicht überleben. Entweder müssen sie ihren Charakter verändern und im wesentlichen Vertretungsausschüsse werden, deren Funktionen ununterscheidbar sind vom Prozeß der Kollektivverhandlungen, die durch die Vertrauensleute wahrgenommen werden, oder sie werden von den Vertrauensleuten boykottiert, und sie werden nutzlos, da der Einfluß der Vertrauensleute wächst."

Das Regierungsweißbuch stellt fest:

„Die Stärke der Gewerkschaftsorganisation und der Kollektivverhandlungen in Firmen und Industriezweigen (die von den Vertrauensleuten geführt werden, d. Red.) machen es notwendig, daß Britannien sein eigenes System der industriellen Demokratie entwickelt."

Seit drei Jahren hat die britische Bourgeoisie mit Hilfe ihrer Labour-Regierung im Bündnis mit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung der britischen Arbeiterbewegung einen „Sozialpakt" zur Durchsetzung von Lohnleitlinien aufgezwungen, um durch Lohnsenkung und kapitalistische Rationalisierung die Ausbeutung zu steigern und so ihre Stellung im Konkurrenzkampf unter den europäischen Imperialisten zu verbessern. Die durchschnittlichen Einkommensverluste der Arbeiter aus dieser Politik betragen nach offiziellen Angaben über 7%. Die durchschnittliche Arbeitszeit in den Fabriken liegt bei 46 Stunden. Im letzten Jahr konnte die Bourgeoisie ihre 10%-Lohnleitlinie in vielen Industrien und Betrieben nicht mehr überall durchsetzen. Dort, wo es ihr gelang, wurden die Arbeiter – oft nach langanhaltenden Streiks – vielfach gezwungen, Prämienlohnsystemen und Produktivitätsabkommen, verschärfter Arbeitshetze für minimale Zuschläge zuzustimmen. Die Kämpfe der letzten Monate gegen die Lohnleitlinienpolitik haben bereits jetzt viele Gewerkschaftsführer gezwungen, eine erneute Verlängerung des „Sozialpakts" abzulehnen.

Daß die Kapitalistenklasse mit Hilfe der Gewerkschaftsführung den „Sozialpakt" trotz zahlloser Streiks und der Stärke der Gewerkschaftsbewegung solange durchsetzen konnte, liegt an der extremen Zersplitterung, in der die Herrschaft der Sozialdemokratie die Gewerkschaftsbewegung hält. Wo fünf oder sechs Gewerkschaften in einem Betrieb arbeiten, ist es fast unmöglich, einen wirksamen, einheitlichen Streik zu führen. Daß der „Sozialpakt" nicht mehr funktioniert bei der Unterdrückung der Arbeiterbewegung, liegt daran, daß die Gewerkschaftsbewegung ihre Zersplitterung Zug um Zug im Klassenkampf überwindet. Ein Mittel sind Gewerkschaftszusammenschlüsse. 1960 zählte das britische Arbeitsministerium 664 Gewerkschaften, von denen 183 dem Gewerkschaftsverband TUC angehörten. 1974 waren es noch 488 Gewerkschaften, davon 111 im TUC. Der TUC organisierte 1960 84,4% aller Gewerkschaftsmitglieder, 1975 waren es 93%. Seitdem und vor allem im letzten Jahr hat sich der Kampf um die Gewerkschaftseinheit beschleunigt. Die treibende Kraft in dieser Bewegung sind die Shop Stewards, die gewerkschaftlichen Vertrauensleute in den Betrieben. Sie sind die Organisatoren der 141 Streiks, die allein im April 1978 nach offizieller Zählung begonnen wurden, und die die Kapitalisten eine halbe Million Arbeitstage kosteten. Sie haben z.B. durch branchenweite, einheitliche Aktion die Durchsetzung eines „Produktivitätsabkommens" für die staatliche Automobilindustrie verhindert, und sie sind auch der Motor im Kampf der Arbeiterklasse in einer ganzen Region gegen Betriebsstillegungen wie im Fall der Gegend um Liverpool.



2000 Arbeiter aus dem Bezirk Liverpool demonstrieren am 9. Mai in London gegen Lohnraub, kapitalistische Rationalisierung und Betriebsstillegungen.



Demonstration in Ost-London am 10. Mai gegen die Schließung des Bethnal-Green-Krankenhauses und die Verschlechterung der Krankenversorgung durch die Labour-Regierung. An der Demonstration nahmen 2500 Arbeiter und Studenten teil. In vielen Fabriken, Behörden und Schulen der Umgebung wurde für einige Stunden nicht gearbeitet, weil sich die Belegschaften an der Demonstration beteiligten.

Mit ihrem „Mitbestimmungsmodell" und ihren „Gemeinsamen Vertretungsausschüssen" versucht die Regierungssozialdemokratie die Gewerkschaftseinheit im Klassenkampf zu verhindern, und stattdessen die Gewerkschaftsorganisation in den Betrieben unter einheitliche Kontrolle von Kapitalisten und Staat zu bekommen.

„Auf nationaler Ebene und auf der Ebene der Industriezweige arbeiten Gewerkschaften und Unternehmer bei der Formulierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik zusammen", schreibt das Weißbuch „Industrielle Demokratie". „Aber auf der Ebene der einzelnen Firmen besteht nach wie vor eine Lücke in der Entwicklung der Rolle der Beschäftigten ... Wir werden die Vorteile der industriellen Demokratie nicht gewinnen, wenn nicht die Beschäftigten in der Privatwirtschaft wie in der verstaatlichten Industrie die Gelegenheit erhalten, an der Entwicklung einer gemeinschaftlichen Strategie teilzuhaben, an Entscheidungen vor der Beschlußfassung teilzunehmen, und was ebenso wichtig ist, die Verantwortung für ihre Durchsetzung zu teilen."

Wie sich die Imperialisten die Gewerkschafter, die „die Verantwortung für die Durchsetzung" von Kapitalisteninteressen teilen, wünschen, teilt Lord Bullock mit:

„Im allgemeinen unterstützen sie die Ordnung und üben einen zurückhaltenden Einfluß auf ihre Mitglieder in Lagen aus, die der Unordnung förderlich sind ... mehr ein Schmiermittel, denn ein Reizmittel. Wir glauben, daß es die Unternehmen in diesem Land nützlich finden werden, solche Leute in ihrem Vorstand zu haben." – (Korrespondentenbericht London)

Die Londoner Metallbörse und die Intervention in Zaire

Die Londoner Metallbörse (London Metal Exchange, LME) ist der bedeutendste Umschlagplatz für den Weltmetallhandel. Die „Financial Times" ist das Zentralorgan dieser Börse.

Kapital, Kobalt, Kupfer – was durch die Intervention „gerettet" werden soll:

„Westliche Regierungen, Hilfsorganisationen und Banken haben einen hohen indirekten Einsatz im Land. Es wird angenommen, daß Zaires Auslandsschulden – hauptsächlich abgeschlossen in den Jahren hoher Kupferpreise, als Zaire nicht nur Entwicklungshilfe, sondern auch große Summen kommerzieller Kredite anlockte – jetzt ungefähr 2 bis 3 Milliarden US-Dollar betragen."

„Auf der Seite der Geschäftsbanken sind jetzt 175 Mio. Dollar von den insgesamt 500 Mio. Dollar überfällig."

„Zaires Hauptquelle für Reichtum sind Mineralien." „Mit 60% der Weltproduktion dominieren die Shaba-Minen den Weltkobaltmarkt. Aber die Lage ist ganz anders bei Kupfer. Obwohl Zahlen des Königlichen Instituts für Internationale Beziehungen zeigen, daß die EG in ihrem Kupferbedarf zu 20% von Zaire abhängt, könnte eine Kürzung der Produktion aufgrund des jetzigen Durcheinanders durch die reichlich vorhandenen Vorräte auf dem Weltmarkt ausgeglichen werden. Es ist jedoch sehr wahrscheinlich, daß die Preise an der Londoner Metallbörse (dem internationalen Preisfindungsmittel) steigen würden." (Financial Times, 17. Mai, also vor der belgisch-französischen Intervention)

„Fallschirmjäger starten für ‚Rettungsaktion Zaire'" (Überschrift am 19. Mai)

Die sozialimperialistische Intervention trifft die Profite der westdeutschen Imperialisten aus billigsten Rohstoffen.

„Die Kupferpreise stiegen erneut an der Londoner Metallbörse, als Details der Beschädigung an den Kolwezi-Bergwerken in Zaire klarer wurden. Bargezahlte Kabelbarren schlossen mit 740,50 Pfund." (24.5.)

„Bargezahlte Kabelbarren sprangen um 28,75 Pfund .. und schlossen mit 770,45 Pfund pro Tonne, 50,25 Pfund Steigerung in der Woche und der höchste Preis seit Juni letzten Jahres." (27. Mai)

„Zaire ist .. dabei, seine Kobaltpreise in dieser Woche zu erhöhen." „Obwohl angenommen wird, daß größere Erzvorräte in Kolwezi vorhanden sind, die zu Kobalt verarbeitet werden könnten, bedeutet eine längere Schließung der Bergwerke einen heftigen Schlag, gerade nachdem die Versorgung mit Kobalt bereits vor der Invasion knapp wurde." „Spezialstahl- und Magnethersteller beobachten die Entwicklung in Zaire mit zunehmender Beunruhigung, während der Preis und die Lieferbarkeit von Kobalt schwierig wird. Kobalt wird weitgehend in der Produktion von verschiedenen wichtigen Stahllegierungen, einschließlich der .. in der Luftfahrtindustrie verwendet." (24. Mai)

„Zaires Metallverkaufsorganisation Sozacom hat gestern bestätigt, daß sie den Preis, den sie für Kobalt berechnet, um nahezu 30% steigert, mit sofortiger Wirkung." (25. Mai)

Die Sozialimperialisten hatten vorgesorgt:

„Es wurde bestätigt, daß die Sowjetunion früher in diesem Jahr als herausragender Aufkäufer von Kobalt auftrat. Ein Londoner Händler verkaufte eine beträchtliche Menge im Februar." (25. Mai)

Die US-Imperialisten bereiten die nächsten Feldzüge vor.

„Er (ein Händler) sagte, der Wendepunkt auf dem Kobaltmarkt (nach der Intervention, d. Red.) sei gekommen, als die US-Vorratsbehörden beschlossen hätten, das Vorratsziel zu erhöhen, statt Überschußkäufe abzugeben. Die USA haben buchstäblich keinerlei einheimische Kobaltproduktion. Deshalb haben sie eine Abneigung dagegen, strategische Vorräte zu verbrauchen." (25. Mai)

„Die Kupferpreise galoppierten davon auf der Londoner Metallbörse ... Zur gleichen Zeit hat der Streitkräfteausschuß des US-Repräsentantenhauses einem Gesetz zugestimmt, das später vom Senat bestätigt werden muß und den Kauf von 250000 Tonnen Kupfer vorsieht, mit Mitteln aus dem Verkauf von 35000 Tonnen Zinn und 15 Mio. Unzen Silber." (24. Mai)

Als Modell wird von den Imperialisten die „Vietnamisierungs-Doktrin" erörtert:

„... bestürzende Tatsache ist, daß die Franzosen zwar erfolgreich die letzte Invasion in Shaba unter Kontrolle gebracht haben mögen, aber keinen Erfolg hatten bei der Wiederingangsetzung der Mineralienproduktion." „Man fragt sich, wie lange die westliche öffentliche Meinung westliche Einmischung in Afrika akzeptieren wird." „In Afrika selbst könnte der Westen schlimmeres tun, als sich auf die Doktrin eines jetzt ziemlich diskreditierten US-Präsidenten zu besinnen, der aber einer der ursprünglichen Architekten der Entspannung war. Die Nixon-Doktrin von 1969 lautete (...) ‚In Fällen anderer Typen von Aggression werden wir militärische und ökonomische Hilfe zur Verfügung stellen, wenn verlangt und geeignet.' Der springende Punkt kommt am Schluß: ‚Aber wir werden von der direkt bedrohten Nation die Übernahme der Hauptverantwortung für die Bereitstellung des Menschenmaterials zu ihrer Verteidigung suchen.'" – (Korrespondentenbericht London)

Erfolgreiche Anstrengungen der afrikanischen Länder bei der Entwicklung ihres Seeverkehrs

„Das Rückgrat der modernen Wirtschaft in jedem Land ist zuallererst Produktion für den Export, entweder Mineralien, Holz oder landwirtschaftliche Produkte. Die wesentliche Infrastruktur ist dafür errichtet worden, diesen Handel zu fördern. Kontakt zwischen den Territorien ist so gering, daß in einigen benachbarten Ländern Straßen keine Verbindung über Grenzen hinweg herstellen und Ferngespräche nur über Paris oder London hergestellt werden können.

Selbst heute bestehen die alten Bedingungen in einigen Gebieten weiter, zum Beispiel in dem 570 Kilometer langen Küstenabschnitt zwischen Abidjan und Buchanan, wo keine Eisenbahn ins Landesinnere führt. Hier gibt es immer noch zahlreiche Brandungshäfen, bei denen das eine oder andere Schiff seine Reise für ein oder zwei Stunden unterbricht, um einige Kisten Bier und Textilien anzulanden und einige Säcke Palmenkerne, Kopra oder Kaffee an Bord zu nehmen."

So steht es in einer schwedischen Übersicht über den Weltseeverkehr von 1963. Das ist heute 15 Jahre her. Wenn es darum geht, neue Häfen sozusagen aus dem Nichts anzulegen, sind 15 Jahre eine winzige Zeitspanne. Und doch ist es so, daß Afrika in dieser Beschreibung heute nicht mehr wiederzuerkennen ist. Zu umfassend sind die Erfolge, die die afrikanischen Länder in dieser kurzen Zeitspanne beim Ausbau ihres Verkehrsnetzes und bei der Entwicklung ihres Handels untereinander gegen den heftigen Widerstand der Imperialisten durchgesetzt haben.

103 größere Häfen sind in ganz Afrika für die Imperialisten der Erwähnung wert, etwa halb so viel wie in der Ostsee. 25 davon liegen am Mittelmeer, 6 am Roten Meer, 25 am Indischen Ozean (davon 13 auf den Inseln Madagaskar, Réunion und Mauritius) und 45 am Atlantik (davon 2 auf den Kanarischen Inseln). Noch heute wird die Handelsflotte aller afrikanischen Länder außer Liberia und Somalia, deren Flotten weitgehend in ausländischem Besitz sind, in den Statistiken der OECD nur unter „restliche Welt" geführt, doch dieses Bild trügt.

Die afrikanischen Länder haben den Kampf gegen das Transportmonopol der Imperialisten aufgenommen

Abidjan ist der Haupthafen der Elfenbeinküste, Buchanan gehört zu Liberia. 16 Länder dieser Region haben sich 1975 zur Wirtschaftsgemeinschaft der Westafrikanischen Staaten ECOWAS zusammengeschlossen und damit den Zusammenschluß von 6 ehemaligen französischen Kolonien in der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft CEAO über die Grenzen der alten kolonialen Abhängigkeit ausgeweitet. Als einen der ersten Schritte haben sie eine ständige Kommission für Seeverkehr eingerichtet, an der auch die zentralafrikanischen Binnenstaaten der Gemeinschaft beteiligt sind, die für die Abwicklung ihres Handels auf die Häfen der befreundeten Nachbarländer angewiesen sind. Schon 1975 mußte der OECD-Bericht zum Seeverkehr von „Schwierigkeiten" berichten, die die in den sogenannten Linienkonferenzen zusammengeschlossenen Schiffahrtsmonopole im westlichen Zentralafrika hatten. Die afrikanischen Länder verlangen die Anwendung einer UNO-Resolution von 1974, die gleichmäßige Aufteilung des Stückgutverkehrs auf Reedereien aller beteiligten Länder fordert und die Festsetzung der Frachtraten in gegenseitigen staatlichen Abkommen, und die von den Imperialisten erbittert bekämpft wird. Drei weitere Länder der Region haben sich der Kommission inzwischen angeschlossen.

Die fortschreitende Krise des Imperialismus hat in vielen Gebieten der Welt schon seit Jahren zu großen Schwankungen des Handelsvolumens und tendenziellem Rückgang geführt. Gleichzeitig haben die Länder der Dritten Welt ihre Handelsbeziehungen untereinander zu gegenseitigem Vorteil gestärkt. Erste Erfolge konnten einige afrikanische Länder schon Anfang der siebziger Jahre erzielen, während die Hafenstatistik Nigerias von 1969 auf 1971 einen Rückgang der Schiffe, die nigerianische Häfen angelaufen haben, von 3323 auf 2819 verzeichnet, stieg die Zahl der ghanaischen Schiffe unter ihnen von 42 auf 79 und die Zahl der nigerianischen von 152 auf 181. Inzwischen haben andere Staaten der Region eigene Reedereien gegründet und den Seetransport mit benachbarten Staaten aufgenommen.

Selbst „in einem der wenigen Gebiete, wo es einen Aufschwung des Handels gegeben hat, im Persischen Golf", muß der OECD-Bericht seit 1975 über „Probleme" berichten. Der Iran hat seine nationale Reederei bedeutend verstärkt. Die arabischen Länder haben die kuwaitische Staatsreederei zur Vereinigten Arabischen Schiffahrtsgesellschaft ausgebaut, für die gegenwärtig mehrere Neubauten im Bau sind, finanziert überwiegend aus Krediten eigener Banken.

Ausbau der Häfen und Entwicklung einer eigenständigen Wirtschaft

Auch der Ausbau und Neubau von Häfen macht große Fortschritte. Die Länder am Persischen Golf, deren Häfen durch den schwunghaften Aufbau ihrer Wirtschaft seit der von der OPEC gemeinsam beschlossenen Ölpreiserhöhung ständig überfüllt sind, haben überall mit Hafenerweiterungen begonnen. Tansania arbeitet am Ausbau des Hafens von Daressalam, der seit der Eröffnung der Tansam-Eisenbahnlinie auch die Verschiffung des Kupfers und des übrigen Handels von Sambia abwickelt. Nigeria, Mitglied der OPEC und mit über 70 Millionen Einwohnern volkreichster Staat Afrikas, hat mehrere Aus- und Neubauprojekte begonnen. Einem dieser Projekte, dem Neubau des Hafens von Warri, hat ein Reporter der „Süddeutschen Zeitung" einen Besuch abgestattet, weil dort ein Schneidbagger aus der BRD „stationiert ist" und „operiert", wie er es nennt. Die nigerianische Regierung hat die westdeutsche Firma mit der Aushebung der Fahrrinne und der Hafenbecken beauftragt. Bei einem imperialistischen Reporter klingt das wie Kolonialabenteuer:

„Man ist ja auch weit weg von zu Hause. Die ‚Langeland' operiert in einer fremden, rätselhaften Welt voller Gefahren. Gelegentlich kommt eine dieser kleinen grünen giftigen Schlangen an Bord gekrochen, vor denen die Schwarzen an Deck in Bocksprüngen Reißaus nehmen. Und einmal hat Wilhelm" (gemeint ist der Maschinist, nicht der Kaiser) „nachts im Sumpf zwischen den Mangrovenbüschen zwei grüne Augen aufblitzen sehen. Die waren so groß, daß Wilhelm schon zwei Wassergläser vors Gesicht halten muß, um zeigen zu können, wie unheimlich das war."

Das nigerianische Volk wird nicht nur diesem Frontberichterstatter sondern allen Imperialisten noch einige „Bocksprünge" beibringen. Eine Ölraffinerie zur Verarbeitung des eigenen Öls steht in Warri bereits. Ein Stahlwerk ist im Bau, eine Straße zur neuen geplanten Hauptstadt im Inneren des Landes wird in Angriff genommen. Auch die Ausbildung eigener Fachleute in eigenen Hochschulen macht große Fortschritte. Noch 1962 waren von den 439 in der Verwaltung der nigerianischen Häfen Beschäftigten 188 Ausländer, zehn Jahre später von 557 nur noch 50.

„Vor nicht einmal zwei Jahrzehnten war Warri noch ein Dorf", berichtet der Kolonialschriftsteller der „Süddeutschen Zeitung". 15 Jahre sind eine kurze Zeit. Aber die Fortschritte der afrikanischen Länder sind gewaltig. – (Korrespondentenbericht Liverpool)

Neues Paßgesetz in Azania

Im Parlament des südafrikanischen Siedlerregimes hat Vorster in der vorletzten Woche ein neues Paßgesetz eingebracht. Anstelle der bisherigen Pässe sollen in Zukunft Reisepässe der „Homelands" ausgestellt werden. Damit wollen die Imperialisten die Vertreibung der Volksmassen Azanias aus ihrem Land in wenige Reservate vollenden.

Die vom Kolonialregime festgelegten „Homelands"



Auf 13,7% des Bodens wollen die Imperialisten die Bewohner und Besitzer des ganzen Landes zusammentreiben. Sie rauben den Boden für Bergbau und Plantagenwirtschaft und wollen in den „Homelands" die Arbeitskraft dafür züchten, aufbewahren und nach Verbrauch zum Sterben zurückschicken.





Jeder Afrikaner, auch wenn er schon immer in einem anderen Landesteil lebte, wird nach dem neuen Gesetz dort „Ausländer" und je nach seiner Stammeszugehörigkeit „Bürger" eines „Homelands". Über 7,7 Mio. der über 14 Mio. angeblichen Bürger der „Homelands" leben in den sogenannten „weißen Gebieten", dem Großteil des Landes. Mehr als 3 Millionen sind in den letzten zwei Jahrzehnten bereits gewaltsam unter Zerstörung ihrer Dörfer oder Siedlungen in die „Homelands" umgesiedelt worden.



Wie bisher werden die Pässe als Werkzeuge der kleinlichsten Unterdrückung Bemerkungen des Ausbeuters über seinen Arbeiter, der Polizei über sein Wohlverhalten usw. enthalten. Hunderttausende nimmt das Siedlerregime wegen Vergehen gegen die Paßgesetze jährlich fest. Bereits die bisherigen Massenaktionen des Volkes von Azania gegen die Paßgesetze wie 1960 haben dem Siedlerregime schwere Schläge zugefügt. –(Z-Red)

Die beiden Supermächte wollen sich Kolumbien durch Wucherzinsen unterwerfen

400000 Bedienstete des öffentlichen Dienstes kämpfen für Streik- und Koalitionsrecht

Die beiden Supermächte wollen sich Kolumbien durch Wucherzinsen unterwerfen

400000 Bedienstete des öffentlichen Dienstes kämpfen für Streik- und Koalitionsrecht

Die erbitterten Kämpfe der kolumbianischen Arbeiter, die mit dem Generalstreik vom September letzten Jahres ihren ersten Höhepunkt erreichten, haben in den letzten Tagen eine ungeheure Wucht und Schärfe erfahren. Die Streiks und Demonstrationen gegen das Rentenkürzungsprogramm von Regierung und Nationalem Industrieverband ANDI, für Anhebung der Löhne um durchschnittlich 50%, mindestens aber auf die gestiegenen Lebenshaltungskosten, Unterstützung bei Krankheit und gegen die über 30% hohe Arbeitslosigkeit haben den Zusammenschluß der Arbeiter gefestigt. Zum ersten Mal nahmen an den diesjährigen Maidemonstrationen die vier großen Gewerkschaftszentralen teil. Die Arbeiter von Incolgrasos im Departement Antioquia beendeten nach 216 Tagen ihren am 12. August letzten Jahres begonnen Streik für diese Forderungen. Die meisten ihrer Forderungen wurden erfüllt. Der Staat mußte den Streik als legal anerkennen, der einer der längsten in der jüngeren kolumbianischen Geschichte ist. Nachdem die Regierung im April die erste Erhöhung der Beförderungstarife für die öffentlichen Verkehrsmittel beschlossen hatte und dann am 6. Mai eine zweite Erhöhung dieser Tarife um 17% festlegte, kam es in den letzten drei Wochen in allen großen Städten des Landes zu Massendemonstrationen, die sich gegen die Auswirkungen der Inflation von über 29% und die Arbeitslosigkeit richteten. In Bogotá wurden Barrikaden errichtet. Die Busfahrer forderten in diesen Kämpfen einen Mindestlohn sowie Zuschläge für Überstunden- und Feiertagsarbeit. Mit der Abschaffung des Streikrechts im öffentlichen Dienst und der Koalitionsfreiheit, welches das erst kürzlich beschlossene Gesetz „Reforma Administrativa" (Gesetz zur „Reform" des öffentlichen Dienstes) vorsieht, will die Regierung die nun schon fast ein Jahr andauernden hartnäckigen Streikkämpfe der Arbeiter und Volksmassen brutal niederhalten. Am 15. Mai kam es im ganzen Land zu Streikaktionen der Arbeiter im öffentlichen Dienst gegen dieses Gesetz. Für den 18. Mai haben 28 Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit etwa 300000 Mitgliedern und 180000 Lehrer der Gewerkschaft FECODE einen 24stündigen Streik gegen die völlig unzureichenden Lohnerhöhungen durch den Staat und gegen die Abschaffung des Streik- und Koalitionsrechts beschlossen, an dem sich über 80% beteiligten. Ende Mai riefen die Gewerkschaften zu einem 48stündigen Streik auf.



In Coconuco im südöstlichen Department Cauca hielt die kolumbianische Bauerngewerkschaft CRIC Mitte April ihren V. Kongreß ab. Etwa 1000 Delegierte von indianischen Dorfgemeinschaften aus dem Gebiet Cauca waren vertreten und forderten die Rückgabe des ihnen geraubten Landes. In harten Kämpfen hatten die Bauern von Cauca 1972/73 rund 14000 Hektar des ihnen geraubten Landes wieder in Besitz genommen und verteidigen es weiterhin mit großem Erfolg. Dabei werden sie unterstützt von den Industriearbeitern aus den großen Städten des Landes, deren gewerkschaftliche Vertreter erstmals auf dem Kongreß zu Gast waren.

Gegen diese Streiks und Demonstrationen ging die Regierung mit äußerster Brutalität vor. In den ersten zwei Wochen wurden drei Personen durch Polizei und Militär erschossen und über 100 verletzt. Die Regierung hat die Schließung der Universität Bogotá verfügt, nachdem ein Student auf dem Universitätsgelände erschossen wurde. Tausende von Studenten, die den Präsidenten der Universität am Mittwoch letzter Woche gefangengenommen hatten, marschierten vom Universitätsgelände mit dem Sarg ihres ermordeten Kommilitonen durch die Straßen der Stadt und forderten die Aufhebung der „Reforma Administrativa".

Die Gewalt, mit der die kolumbianischen Bourgeoisie gegen die Volksmassen vorgeht, ist das Ergebnis der schweren wirtschaftlichen und politischen Krise, in die Kolumbien durch die beiden Supermächte getrieben worden ist. Kolumbien gehört mit 1,36 Mrd. US-Dollar zu den Hauptschuldnerländern der Weltbank. Wie der ehemalige Finanzminister Montoya erklärte, seien „die IBDR-Kredite der Weltbank für die Volkswirtschaft Kolumbiens nachteilig, da die Zinssätze bis zu 18% pro Jahr" betrügen. Hinzu kommt, daß die Imperialisten die Rückzahlung nicht in Dollar – der Währung, in der die Kredite ausgehandelt werden – sondern in D-Mark, Schweizer Franken und Yen sowie unter willkürlich festgelegten Bedingungen verlangen. Die Weltbank-Konsultationsgruppe in Paris, die kürzlich mit der Regierung Verhandlungen über die Ausbeutung der Kohlevorkommen von Cerrejon, deren sich der US-Konzern Exxon „annehmen" will, verhandelte, versucht eine weitere Kreditschlinge zu ziehen. Gegenüber dem Zusammenschluß der kaffeeproduzierenden Länder haben die US-Imperialisten den Preis für kolumbianische Sorten an der New Yorker Börse auf 2,50 Dollar pro amerikanisches Pfund gedrückt.

Die russischen Sozialimperialisten bauen im Departement Cordoba das Großstauwerk von Urra. Der Bau wird zehn Jahre in Anspruch nehmen. Nach den „Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation" wird Kolumbien damit zum „Musterland sowjetischer Technologie im Karibischen Raum" werden, was aber nicht ausschließt, wie die Bundesstelle weiter erklärte, daß „sich Möglichkeiten für die Lieferung deutschen Materials und deutscher Einrichtungen für das Projekt eröffnen".

Kolumbien unternimmt vielfältige Anstrengungen, sich aus der Willkür der Supermächte zu lösen. Am Sonntag, den 4. Juni, fanden Präsidentschaftswahlen statt. Die US-Imperialisten versuchen mit allen Mitteln ihre Kapitalinteressen zu garantieren. Dabei stoßen sie aber mehr und mehr auf den erbitterten Widerstand der Volksmassen.

Die kolumbianischen Gewerkschaften verurteilen die Interventionspolitik der Imperialisten, vor allem der beiden Supermächte, gegenüber den Ländern der Dritten Welt, die unter den Vorwänden, den Drogenhandel zu bekämpfen, den Transit durch den Panama-Kanal zu gewährleisten, oder im Namen der Menschenrechte einseitig intervenieren; gleichzeitig erklärten die Gewerkschaften sich solidarisch mit dem Kampf des panamaischen Volkes für die Verteidigung seiner Rechte auf den Kanal. – (Z-Red.)

Weltbank will OPEC sprengen

Jährlich 500 Mio. Dollar Kredite will die Weltbank nach ihrem neuesten Programm einsetzen, um neue Ölgebiete, „größer als in Alaska und der Nordsee zusammen" zu erschließen. Mit dem Alaska- und Nordseeöl hatten die Imperialisten gehofft, das Rohölexport-Kartell der in der OPEC zusammengeschlossenen Staaten zu durchbrechen. Daraus ist nichts geworden. Das Programm der Weltbank sieht jetzt die Erschließung neuer Fundorte in „den 50 ärmsten Ländern der Welt, die am meisten unter der Ölpreiserhöhung zu leiden hatten", vor. Obgleich „lange Zeit außer Acht gelassen, wurden sie nun als *vielversprechend* in bezug auf die *Möglichkeiten* eingeschätzt" (alle Zitate International Herald Tribune). *Vielversprechend* im geologischen Sinne? Keineswegs, „keiner nimmt an, daß ein zweiter Naher Osten mit 45 großen Ölfeldern irgendwo sonst auf der Welt noch zu entdecken sei", jammern sie. *Vielversprechend* vielmehr in dem Sinne, an die großen Felder des Nahen Ostens heranzukommen: „Die Förderung der Erdölproduktion in (den oben umschriebenen Ländern, Red.) der Dritten Welt könnte den westlichen Industrieländern auch insofern nützen, als der Druck der Preiserhöhung und Steigerung der Produktion von Saudi-Arabien und anderen Mitgliedsländern der OPEC genommen würde." Bereits das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hatte erklärt, „eine Erhöhung der *Verfügbarkeit* (des Rohöls für die Imperialisten, Red.) erscheint erst dann wahrscheinlich, wenn es gelänge, die in den Regionen außerhalb der OPEC vermuteten möglichen Rohölvorkommen zu erschließen." Die Weltbank als Instrument der Imperialistenmeute will, nach dem Angriff der USA mittels Dollarverfall auf die OPEC-Staaten, diese jetzt von der anderen Seite her unter Druck nehmen und deren Kartell sprengen. Bedienen wollen sie sich dazu der ärmsten und am meisten abhängigen Länder der Dritten Welt, diese noch tiefer in ihre Abhängigkeit zu verstricken und die in Gang zu setzende Erdölproduktion dieser Länder als Waffe gegen die Preis- und Abgabepolitik der OPEC einsetzen, um die Plünderung von deren natürlichen Ressourcen und die Verhinderung eines eigenständigen Wirtschaftsaufbaus in diesen Ländern durchzusetzen. – (Z-Red.)

der ärmsten und am meisten abhängigen Länder der Dritten Welt, diese noch tiefer in ihre Abhängigkeit zu verstricken und die in Gang zu setzende Erdölproduktion dieser Länder als Waffe gegen die Preis- und Abgabepolitik der OPEC einsetzen, um die Plünderung von deren natürlichen Ressourcen und die Verhinderung eines eigenständigen Wirtschaftsaufbaus in diesen Ländern durchzusetzen. – (Z-Red.)

„Club von Tokio" plündert Indonesien aus

Der britische „Economist Intelligence Unit" (EIU) schreibt: „Das internationale Vertrauen in Indonesien hat sich verbessert und sollte sich weiter verbessern. Der jüngst durch Morgan Guaranty zu ausgezeichneten Bedingungen arrangierte Kredit ist bezeichnend für das neue Vertrauen." Dieser Kredit der US-imperialistischen Bank soll ausschließlich für die Rückzahlung älterer Schulden verwendet werden. Die „ausgezeichneten Bedingungen" bestehen darin, daß die Zinsen „nur" 1 3/8% *über* den Zinsen auf dem Londoner Interbank-Markt liegen, also über 11%. Die Kontrolle über die indonesische Wirtschaft wird vom „Club von Tokio" wahrgenommen, einem „gemeinsamen Regierungsausschuß für Hilfe an Indonesien" unter Führung der US-Imperialisten, dem außerdem sämtliche EG-Imperialisten, Japan, Australien, Neuseeland, Internationaler Währungsfonds, Weltbank, OECD und die Asiatische Entwicklungsbank angehören. Dieser Club von Finanzhaien entscheidet über Kredite an Indonesien und ihre Rückzahlung. 1976/77 erhielt Indonesien vor allem vom „Club" Kredite in Höhe von 1,75 Mrd. Dollar. Für Investitionen zur Ausplünderung des Landes wurden davon 450 Mio. ausgegeben. Der Rest ging in den Ausbau des Unterdrückungsapparates, vor allem aber in die Rückzahlung von Schulden. 1976 mußte Indonesien 813,9 Mio. Dollar für Schuldendienst zahlen, 1978 sollen es 1602 Mio. sein, 1980 1984,3 Mio. und 1985 3159 Mio. Dollar. 16% aller Exporterlöse mußte das Land 1977 für den Schuldendienst aufbringen. Unter dem Kommando dieser imperialistischen Räuber ist die Wirtschaft fast ausschließlich auf den Export von Öl, Zinn, Holz und anderen Rohstoffen ausgerichtet. 1974 auf 1975 sanken z.B. die Einnahmen aus den Zinnexporten um 20%. Die Produktion fast aller Rohstoffe wurde seitdem erheblich ausgeweitet. Zur Ausweitung der Kaffeeproduktion meint der EIU: „Wie hoch auch immer die Kaffeeproduktion ist, die Exportverdienste müssen niedrig bleiben."

Mit „Autonomie für Grönland" wollen die Imperialisten die Unabhängigkeit des Landes verhindern

Nicht lange nach dem Eintritt Dänemarks in die „Europäische Gemeinschaft" setzte die dänische Regierung eine Kommission ein, die die Regeln für den „Übergang Grönlands in die Autonomie" festlegen sollte. Inzwischen hat die Regierung das von ihr vorgelegte Autonomie-Statut gebilligt. Die „Beschlüsse von historischer Tragweite" erweisen sich beim näheren Hinsehen als der ungenierte Versuch, diese größte und nördlichst gelegene Insel der Welt mit ihren noch unermeßlichen Reichtümern der imperialistischen Ausplünderung zu erhalten.

986 wurde Grönland erstmals „für Europa entdeckt" durch Erich den Roten, der seine missionarische Tätigkeit an Nordländern und Eskimos vortrefflich mit der Entfaltung eines noch bescheidenen Handels mit dem Norden Europas zu verbinden wußte. Es dauerte dann fast noch drei Jahrhunderte, bis Norwegen größeres Interesse an dem Fisch- und Robbenreichtum der grönländischen Küstengebiete entdeckte und 1261 Grönland „tributpflichtig" erklärte. Die Einwohner Grönlands, einige Tausend Eskimos, müssen sich damals dem Ansinnen zu entziehen gewußt haben: für Jahrhunderte jedenfalls bricht jede Verbindung zum europäischen Kontinent ab. Die „Rekolonialisierung" leitet 1721 der Däne Hans Egede ein, dem die bürgerlichen Geschichtsschreiber die Auszeichnung „Apostel von Grönland" verpassen, wobei sie offen lassen, ob wegen seines missionarischen oder seines kaufmännischen Eifers. Jedenfalls eröffnet er längs der Süd- und Westküste zahlreiche Handelsmissionen, über die er Fische, Tran, Felle nach Nordeuropa verschifft, während die wenigen europäischen Kaufleute außer dem christlichen Glauben zahlreiche „Zivilisationskrankheiten" nach Grönland einschleppen, an denen in den darauf folgenden Jahrzehnten unzählige Eskimos zugrunde gehen. Die Trennung Dänemarks von Norwegen 1814 bringt für die Einwohner Grönlands nur eine Verdoppelung ihrer Ausplünderer: Grönland wird Dänemark „zugeschlagen", aber Norwegen behält sich alle Rechte auf Jagd und Fischfang vor. In den folgenden Jahrzehnten dringt ein endloser, bis heute nicht abreißender Zug von „Erforschern" aus ganz Europa und später den USA ein. Diese brachten zunehmend die Kunde in die Zentren des internationalen Finanzkapitals, daß Grönland mehr als Fische, Robben und Bären zu bieten habe.

Der Zweite Weltkrieg wirft die gemeinsamen Anstrengungen der europäischen und US-amerikanischen Imperialisten, die bis dahin bekannten Bodenschätze – Kryolit (in Grönland befindet sich das größte Lager dieses für die Aluminiumproduktion notwendigen Rohstoffes), Kohle, Zink und Blei auszubeuten, erst einmal zurück. Da Dänemark von den deutschen Imperialisten besetzt wird, übernehmen die USA durch den Vertrag von 1941 die Kontrolle über Grönland, dessen Lage im Nordatlantik für die Öffnung und Sicherung der Verbindungswege nach Europa von hoher strategischer Bedeutung ist, und bauen es zu ihrem Militärstützpunkt aus. Bis heute verfügen die US-Imperialisten über einen großen und einen kleineren Luftwaffenstützpunkt und mehrere sogenannte Wetterstationen in Grönland.

Beunruhigt über die während des Zweiten Weltkrieges erstarkten antikolonialen und antiimperialistischen Bestrebungen der Eskimos erklärt Dänemark, das seit 1945 wieder seine Kolonialherrenrechte ausübt, im September 1953 Grönland zum „untrennbaren Bestandteil des dänischen Königreiches". Es könne, so teilt der Außenminister der UNO mit, fortan nicht mehr als Kolonie betrachtet werden. Bei dieser einseitigen Erklärung Dänemarks haben zweifellos die US-Imperialisten Pate gestanden. Sie hatten in einem 1951 abgeschlossenen und bis heute gültigen Militärvertrag mit Dänemark Grönland in „Verteidigungszonen" aufgeteilt und sich dabei Stützpunkt- und Nutzungsrechte in „ihren Zonen" verschafft. Die europäischen Imperialisten wittern mißtrauisch, daß sie bei der zukünftigen Ausbeutung Grönlands versetzt werden sollen, und enthalten sich auf der UNO-Vollversammlung im November 1953 bei der Beschlußfassung über die dänische Einverleibungserklärung der Stimme, was einer Ablehnung gleichkam.

Ihre Sorge erwies sich jedoch als unberechtigt: Die dänische Regierung öffnet Grönland für ein Heer neuer „Grönlandforscher", ab 1968 auch aus der Sowjetunion, und ausländischer Kapitalisten. US-amerikanisches, britisches, niederländisches Kapital geht gemeinsam mit dänischem an den Abbau von Kryolit, Blei, Kohle und vor allem Zinkerzen, die bald die Hälfte der grönländischen Exporte ausmachen. Neue Molybdän-, Chromerz- und Eisenerzvorkommen werden entdeckt. Uranerzlager und Erdölvorkommen werden aufgespürt. 1975 vergibt die dänische Regierung die ersten Konzessionen für die Ausbeutung von drei Erdölfeldern. Mit starker EG-Beteiligung wird derzeit die Uransuche forciert. Aus der 200-Meilen-Zone um Grönland schleppen dänische, belgische und westdeutsche Großfischer die Fische tausendtonnenfach ab.

Die grönländischen Eskimos, über 90% der rund 47000 Einwohner, haben die zügellose Ausplünderung und die politische und kulturelle Unterdrückung durch die dänischen Kolonialherren niemals hingenommen. Daß sie trotz jahrhundertelanger kolonialer Unterdrückung ihre eigene Kultur bewahrt und entwickelt haben, ist lebendiges Zeugnis ihres hartnäckigen Widerstandes. Obwohl die dänische Regierung zielstrebig grönländische Lehrer durch dänische zu ersetzen trachtet, ist es ihr zu keiner Zeit gelungen, die grönländische Sprache als Schul- und Amtssprache zu verdrängen. Seit Ende der sechziger Jahre haben die grönländischen Eskimos Beziehungen zu ihren kanadischen Bruderstämmen aufgenommen und sie seither ausgebaut. Welche Kraft der Kampf um die Unabhängigkeit Grönlands gewonnen hat, zeigt allein schon die Tatsache, daß einer der beiden Abgeordneten, die die Grönländer in das dänische Parlament wählen „dürfen", dort die Forderung nach Selbstbestimmung erhoben hat.

In der Abstimmung 1973 lehnen 75% der Eskimos den Beitritt Dänemarks in das Völkergefängnis EG ab. Die EG-Imperialisten ihrerseits, die die Unabhängigkeit Grönlands auf jeden Fall verhindern wollen, drängen Dänemark, den Forderungen der Grönländer scheinbar entgegenzukommen und ihnen Autonomie zu „gewähren", wohl nicht zuletzt deshalb, weil sie sich davon eine weitere Durchbrechung des dänischen Monopols auf die Reichtümer der Insel erwarten. Diese jetzt von der dänischen Regierung beschlossene Regelung hält ausdrücklich daran fest, „daß Grönland ein Teil des Reiches Dänemark bleibt", „daß die Souveränität weiterhin allein bei den Reichsbehörden bleibt". Die Forderung nach der Unabhängigkeit Grönlands, die die Unterstützung der Arbeiterbewegung verdient, ist unerledigt. – (Z-Red.)

Die Sozialimperialisten wollen Vietnam zu ihrem „vorgeschobenen Posten" machen
Schürung von Widersprüchen zwischen den Völkern Südostasiens / Westliche Imperialisten hoffen auf neues „Vietnam-Geschäft"
„Seit der Befreiung Kambodschas haben die kambodschanischen Machthaber in Phnom Penh eine Außenpoli- ein ernster Konflikt zwischen den beiden Ländern entstanden. Auch andere, westliche Imperialisten hielten die Lage für günstig, von neuem in Vietnam einzudringen. Kampuchea lehnt solche „besonderen Beziehungen" kategorisch ab. Am 15. Mai hat der Außenminister Kampu-

Die Sozialimperialisten wollen Vietnam zu ihrem „vorgeschobenen Posten" machen

Schürung von Widersprüchen zwischen den Völkern Südostasiens / Westliche Imperialisten hoffen auf neues „Vietnam-Geschäft"

„Seit der Befreiung Kambodschas haben die kambodschanischen Machthaber in Phnom Penh eine Außenpolitik der geschlossenen Tür betrieben", empörte sich am 28.4. der sowjetische Sender „Radio Frieden und Fortschritt" in seinem chinesischen Programm. Sonst kann sich diese Supermacht gar nicht genug z.B. über die „Politik der offenen Tür" des ägyptischen Präsidenten Sadat erregen, der damit sein Land aus der vollständigen Abhängigkeit vom Sozialimperialismus zu lösen versuchte. Grund der Aufregung ist beide Male derselbe: In Ägypten ist den Sozialimperialisten die Tür vor der Nase wieder zugeschlagen worden, nach Kampuchea haben sie ihre gierigen Finger nie wieder hineinstrecken können, nachdem ihr Botschafter in Phnom Penh gemeinsam mit der US-Marionette Lon Nol 1975 das Weite suchen mußte.

Der Sozialistischen Republik (SR) Vietnam haben sie die Aufgabe zugedacht, dem sowjetischen Hegemonismus das Tor nach Kampuchea und ganz Südostasien aufzustoßen. „Das geeinte sozialistische Vietnam ... ist ein mächtiger vorgeschobener Posten des Sozialismus in Südostasien, ein Bollwerk des Friedens und der Sicherheit der Völker in diesem Raum", schrieb die sowjetische „Neue Zeit" schon 1976. „Vorgeschobener Posten des Sozialismus" – eine eigentümliche Formulierung, wenn man bedenkt, daß auch nach der sowjetischen Terminologie die Nachbarländer Vietnams – Laos, Kampuchea und China – ausnahmslos sozialistische Länder sind. Gleich wenige Sätze später äußerte die „Neue Zeit" schon damals die feste Absicht, das gerade befreite Vietnam zur Einkreisung des sozialistischen China zu mißbrauchen: „Den festen Positionen des vereinten Vietnam ... müssen jetzt nicht nur die Imperialisten, sondern auch die chinesischen Großmachtchauvinisten Rechnung tragen ... " Heute, zwei Jahre später, muß man feststellen, daß die UdSSR in der Verfolgung dieses schmutzigen Plans einige Fortschritte gemacht hat. Die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Vietnam und dem Demokratischen Kampuchea sind noch immer nicht beigelegt, durch die Vertreibung von Auslandschinesen aus Vietnam in die Volksrepublik China ist ein ernster Konflikt zwischen den beiden Ländern entstanden.

Die sozialimperialistische Politik richtet sich in erster Linie gegen das vietnamesische Volk selber. Ihre Grundlage ist der Versuch, Vietnam, das sich in einem über 30jährigen Krieg vom Kolonialismus und Imperialismus befreit hat, von neuem eine Kolonialwirtschaft aufzuzwingen. Gleich nach Kriegsende zwang die UdSSR unter Ausnutzung der schwierigen Lage des kriegszerstörten Landes 1975 Vietnam einen Vertrag auf. Mit den darin festgelegten 40 neuen „Projekten" versuchen sich die Sozialimperialisten vor allem im Bergbau und in der Energieproduktion festzusetzen: mit dem Bau des größten südostasiatischen Wasserkraftwerks am Da (Schwarzen Fluß), der Errichtung eines Kohlenbergwerks in He Tam mit 2,4 Mio. t Jahresausstoß, „Prospektierungshilfe" auf der Suche nach Öl, Erdgas und Mineralien. Bulgarien „hilft" beim „Erschließen und beim Abbau von Kupfervorkommen und beim Bau von Wasserkraftwerken." „Die technische Hilfe bei der Errichtung einer Reihe von Projekten im Bereich der Metall- und Chemikalienerzeugung sowie der Landwirtschaft soll auf Kompensationsbasis erfolgen." (Tass, zitiert nach: China aktuell 12/77, S. 929) Das heißt, Vietnam muß zur Rückzahlung der sowjetischen Kredite Rohstoffe und Nahrungsmittel an die Sowjetunion abliefern. Seit 1975 hat sich der Außenhandelsumsatz Vietnams mit der Sowjetunion von 206,5 Mio. Rubel auf 404 Mio. Rubel 1977 fast verdoppelt, die Ausfuhr in die Sowjetunion fast verdreifacht. „Nach dem 1978er Protokoll", berichtet die sowjetische Zeitschrift „Außenhandel", „wird Vietnam neben seinen traditionellen Waren einige andere Agrarprodukte und Industrierohstoffe ausführen. Auch soll mehr aus dem Süden Vietnams geliefert werden," (3/78) Die Sozialimperialisten hoffen, diese einseitige, von den Kolonialisten aufgezwungene Struktur von Vietnams Exporten verewigen zu können: „Vietnam seinerseits bemüht sich, die gemeinsame Wirtschaftsmacht der sozialistischen Staatengemeinschaft steigern zu helfen. Es erzeugt immer mehr Waren, die die Bruderländer brauchen ... " (Neue Zeit 18/77)

Auch andere, westliche Imperialisten hielten die Lage für günstig, von neuem in Vietnam einzudringen. Allein vom Oktober 1976 bis September 1977 soll die SR Vietnam Kredite in Höhe von 510 Mio. Dollar bei westlichen Banken aufgenommen haben. (Nachrichten für Außenhandel 22.11.77) Mit den „Regeln für Auslandsinvestitionen", die die westlichen Imperialisten im April 1977 der Sozialistischen Republik Vietnam abgepreßt haben, sind sie selbst über das hinausgegangen, was die westdeutschen Imperialisten in „Investitionsschutzabkommen" Ländern der Dritten Welt aufzunötigen versuchen: Investitionen werden für 10 bis 15 Jahre garantiert, ebenso der Abtransport von Profiten bis zu 25% des investierten Kapitals. Selbst Betriebe, die ausschließlich für den Export produzieren, mußten zugelassen werden; bei Nationalisierungen muß die vietnamesische Regierung die Betriebe zu einem mit den Imperialisten auszuhandelnden Preis kaufen. 1977 erhielten je eine westdeutsche, französische und italienische Erdölgesellschaft Konzessionen für die Ölsuche vor den Küsten des südlichen Landesteils, kürzlich hat das italienische Staatsmonopol AGIP eine weitere Konzession erworben. Die Umklammerung durch den Sozialimperialismus treibt das Land in neue Abhängigkeit selbst von den westlichen Imperialisten, die gerade erst mit Schimpf und Schande davongejagt wurden.

Seit Jahren hat die UdSSR versucht, chauvinistische Abweichungen in der Kommunistischen Partei Vietnams zu schüren, um Vietnam zum Stoßtrupp zur Unterjochung der anderen befreiten Länder Südostasiens zu machen. Schon Ho Tschi Minh hat in der Partei gegen das Konzept einer „indochinesischen Föderation" unter vietnamesischer Führung kämpfen müssen. 1951 wurde die Kommunistische Partei Indochinas in drei selbständige Parteien aufgelöst. 1954 stellte Ho Tschi Minh fest: „Vietnam, Kambodscha und Laos müssen vollständig unabhängig sein ... " (Oeuvres choisis, Paris 1970, S. 159) Als eine Hauptaufgabe der Außenpolitik habe die SR Vietnam jetzt, schreibt die „Neue Zeit", „die Entwicklung besonderer Beziehungen zu Laos und Kambodscha ... verkündet." (40/77) Das Demokratische Kampuchea lehnt solche „besonderen Beziehungen" kategorisch ab. Am 15. Mai hat der Außenminister Kampucheas in einer Note die vietnamesische Regierung aufgefordert, bis zum Jahresende jede Aggression gegen das Territorium Kampucheas einzustellen, die Strategie einer „indochinesischen Föderation" endgültig aufzugeben und die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität des Demokratischen Kampuchea sowie das Recht des Volkes von Kampuchea, über sein Schicksal selbst zu bestimmen, zu respektieren. Nur so könne der Weg zu Verhandlungen und zu einem gutnachbarlichen, friedlichen und freundschaftlichen Zusammenleben der beiden Völker geöffnet werden.

Um die Landwirtschaft zu entwickeln, hat Vietnam in den letzten Monaten die Umsiedlung von mehreren hunderttausend Menschen aus den übervölkerten Gebieten vor allem um Hanoi und Ho-Tschi-Minh-Stadt nach Zentralvietnam eingeleitet. Am 23.3. gab das Volkskomitee von Ho-Tschi-Minh-Stadt weiter bekannt, daß der gesamte Handel in der Stadt, in der noch immer Schwarzhandel und Hortung durch bürgerliche Händler die Versorgung beeinträchtigen, verstaatlicht wird. Einige dieser Händler sind Chinesen, die überwältigende Mehrheit der Chinesen in Vietnam hat immer die Revolution unterstützt. Auf Grund von Versuchen, Chinesen zur Annahme der vietnamesischen Staatsbürgerschaft zu zwingen, ist es in den letzten Wochen zu einer Massenflucht von Chinesen aus Vietnam gekommen. Mehr als 72000 sind bis zum 20. Mai in der Volksrepublik China eingetroffen. Erst kürzlich hat Vorsitzender Hua Guo-feng den Standpunkt der KP Chinas bekräftigt: „Unsere Regierung ... unterstützt und ermutigt die Auslandschinesen, freiwillig die Staatsangehörigkeit ihres Aufenthaltes anzunehmen, ist aber gegen jede erzwungene Änderung ihrer Staatsangehörigkeit."

Christel Pilz von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" träumt schon vom „4. Indochinakrieg". Das vietnamesische Volk und seine Kommunistische Partei haben die Pilz, die schon im Troß der US-Imperialisten kriegsberichtet hat, schon mehrfach Lügen gestraft. Ho Tschi Minh hat gelehrt: „Es gibt nichts wertvolleres als Unabhängigkeit und Freiheit." – (Z-Red.)

Wirtschafts- und Entwicklungsfonds der OPEC – ein Instrument im Kampf gegen den Imperialismus

Die Mitgliedsstaaten der OPEC haben 1977 die Finanzmittel des OPEC-Sonderfonds von 800 Mio Dollar auf 1,6 Mrd Dollar verdoppelt. Die Finanzminister der OPEC-Staaten erklären dazu: „Diese Entscheidung zeigt erneut das tiefe Interesse der OPEC-Mitgliedstaaten für das Wohlergehen anderer Entwicklungsländer und die fortgesetzten Anstrengungen für die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung." Ziel des OPEC-Sonderfonds ist es, „durch finanzielle Kooperation und Unterstützung die wirtschaftliche Entwicklung und die internationale Solidarität der Dritten Welt zu fördern."

Die Ziele der Imperialisten sind direkt entgegengesetzt: Ausplünderung der Länder der Dritten Welt, Sabotage ihres Befreiungskampfes durch Spaltung und Unterdrückung. Die Kreditschlinge ist ihnen dabei ein unentbehrliches Mittel. Anläßlich der Beratungen der OPEC über ihren Sonderfonds stellt deshalb das Imperialistenblatt „Die Presse" bedauernd fest: „Noch vor 15 Jahren war die Entwicklungshilfe eine exklusive Angelegenheit der westlichen Industriestaaten." Gerade die OPEC-Staaten und die arabischen ölproduzierenden Länder haben wichtige Kampfschritte gegen den Würgegriff des Imperialismus über die Kredite und für den Aufbau der selbständigen Wirtschaft der Länder der Dritten Welt eingeleitet. „Am 31. Dezember vollendete der Kuwait-Fonds 15 Jahre seines Bestehens, in denen er bedeutende Beiträge zur wirtschaftlichen Entwicklung der arabischen Länder und der Dritten Welt insgesamt geleistet hat." (Jahresbericht 1977) 1971 wurde der „Abu Dhabi-Fonds für wirtschaftliche Entwicklung" und 1974 der „Saudi-Entwicklungsfonds" eingerichtet. Die Arabische Liga gründete 1968 den „Arabischen Fonds für wirtschaftliche und soziale Entwicklung, dessen Ziel die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der arabischen Staaten ist, insbesondere der für die arabische Einheit lebensnotwendigen sowie gemeinsamen arabischen Projekte," (Bericht des arabischen Projekte," (Bericht des Fonds, Februar 1978) Alle diese Fonds vergeben Kredite an Länder der Dritten Welt ohne jegliche politische Bedingungen. Die Zinsen sind sehr gering, oft wird nur eine Bearbeitungsgebühr verrechnet. Die Laufzeiten sind langfristig, in der Regel zwanzig Jahre.

Weltbank: Die Ernte als „Sicherheit"

Die Imperialisten organisieren ihre Raubzüge gegen die Dritte Welt über die Weltbank. Seit ihrem Bestehen 1946 hat sie allein bei Projekten in der Landwirtschaft der Dritten Welt eine Schuldknechtschaft von über 10 Mrd. Dollar aufgehalst. In den letzten Jahren hat sie deren Verschuldung für Landwirtschaftsprojekte noch einmal beträchtlich gesteigert: 1974 mußten Neuverschuldungen von 956 Mio Dollar aufgenommen werden, 1977 waren es bereits 2 308 Mio Dollar. Mit ihren Landwirtschaftsprojekten verfolgt sie die Absicht, die Produkte der Landwirtschaft der Länder der Dritten Welt zu Billigstpreisen an sich zu reißen, große Teile der Bauernmassen zu ruinieren, um die Unternehmen der imperialistischen Monopole mit billigster Arbeitskraft zu versorgen und kapitalistische Großbetriebe in der Landwirtschaft durchzusetzen.

Die Bauern der Dritten Welt sind „eine unerschlossene Talentreserve, die vom Hauptstrom der Entwicklung nicht erfaßt wurde" stellt M. Yudelman fest, Direktor der landwirtschaftlichen Entwicklungsabteilung der Weltbank, einst Kolonialist und Siedler in Azania, dann Harvard-Professor. „Damit diese Gruppe zum Entwicklungsprozeß beitragen kann, muß sie produktiver als in der Vergangenheit werden." „Nach Ansicht der Bank sollte ein gut entworfenes ländliches Entwicklungsprogramm eine große Zahl von Produzenten mit niedrigem Einkommen erreichen." Im Geschäftsjahr 1976/77 hat die Weltbank allein 30 Mio Bauern und Landarbeiter als „unmittelbare Nutznießer" in ihren Würgegriff genommen. „Verwaltungskosten von Krediten an Kleinproduzenten betragen gewöhnlich 10-20 %. In diesen Kosten sind keinerlei Gebühren für den Kapitaleinsatz erfaßt, sodaß der Zinssatz für Kleinbauern, der sowohl Kapital wie auch Verwaltungskosten deckt, bis zu 30 % betragen kann." (Yudelman) Die Kredite werden in der Regel in der Form der Haftung mit der Ernte vergeben und laufen „je nach Dauer des Erntezyklus über einen kurzen Zeitraum, sind selbsttilgend und werden gewöhnlich durch die Ernte selbst gesichert. Wegen des Risikos der Mißernte wird außer den Ansprüchen auf die Ernte selbst häufig eine Hypothek auf das Land oder eine andere zusätzliche Sicherheit verlangt." („Finanzierung und Entwicklung", Zeitschrift der Weltbank und des IWF) So reißen die Imperialisten den Reichtum, den die Bauern in den Länder der Dritten Welt produzieren, an sich. Fällt die Ernte nicht gut aus, tritt gar eine Mißernte ein, wird die Weltbank mit einem Federstrich Eigentümer des Landes Tausender und Abertausender von Bauern.

Über die „International Finance Corporation", einer Teilorganisation der Weltbank, setzen sich die Imperialisten mit kapitalistischen Agrarbetrieben in der Dritten Welt fest. „Ursprünglich beschränkte sich die IFC auf die Vergabe von Krediten. Diese Beschränkung wurde 1961 aufgehoben und seit 1964 begann die IFC, Anteile an Agrarunternehmen zu übernehmen." („Finanzierung und Entwicklung") In den Philippinen wird die als Erbe der spanischen und US-Kolonialherrschaft bestehende Monokultur im Anbau von Kokospalmen durch die Errichtung einer Anlage zur Kokosölverarbeitung durch den IFC weiter verstärkt. Mit Betrieben zur Produktion von Teigwaren in Chile und Kolumbien hat die Gesellschaft das Monopol auf die Versorgung der Massen mit Grundnahrungsmitteln in ihren Händen. Ihren Extraprofit will sie durch politische Erpressung der Staaten der Dritten Welt sichern: „Ein Projekt kann auf indirekte Weise stark durch staatliche Maßnahmen beeinflußt werden. Bei Agrarprojekten können solch wichtige Kosten wie Löhne und Zölle auf importierte Ausrüstungsgüter staatlich kontrolliert werden." Was heißt das anderes, als daß die Regierungen von Staaten der Dritten Welt auf Kommando des imperialistischen Kreditgebers Lohnsenkungen durchsetzen und Schutzzölle beseitigen sollen?

Mit der Plünderung und dem Ruin der Landwirtschaft der Staaten der Dritten Welt machen die Imperialisten Extraprofite. Gleichzeitig wollen sie den Kampf der Dritten Welt um wirtschaftliche Unabhängigkeit und politische Selbständigkeit untergraben. Deshalb sind die Einrichtung der Fonds der OPEC-Staaten sowie der einzelnen arabischen Länder ein entscheidender Kampfschritt im Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt gegen Imperialismus und Hegemonismus.

Aufbauprogramme in Ländern der Dritten Welt

Der „Kuwait Fonds für arabische wirtschaftliche Entwicklung" hat 1977 Landwirtschaftsprojekte in Marokko und der Arabischen Republik Yemen mit Krediten in Höhe von 13,5 Mio Dinar (3,9 Mio Dollar) unterstützt. Der „Abu Dhabi Fonds für arabische wirtschaftliche Entwicklung" hatte bis Ende 1977 Kreditzusagen für landwirtschaftliche Entwicklungsprojekte in Höhe von 180 Mio Dirhams (45 Mio Dollar) gemacht. Im Sudan unterstützt der Fonds den Aufbau eines Bewässerungsprojekts in Dafour. Mit einem Kredit des „Arabischen Fonds für wirtschaftliche und soziale Entwicklung" wurden 1977 vierzig Prozent der Kosten der „Nationalen Genossenschaftsbank Marokkos" für Maschinen, Fahrzeuge, Viehimporte und Bauten gedeckt.

Mit einem Kredit von 11 Mio Dollar hat der OPEC-Sonderfonds 1977 die Erweiterung und Modernisierung der Düngemittelprduktion in Multam in Pakistan finanziert. Geplant sind Anlagen für Ammoniak- und Salpeterdüngemittel mit einer Tagesproduktion von zusammen 3 000 Tonnen. Damit wird die Voraussetzung für eine bedeutende Steigerung der Getreideproduktion der Region möglich. Die Imperialisten hatten Pakistan gegenüber die Preise für Düngemittel von 0.65 Rupien auf 1.05 Rupien pro Pfund 1974 hochgetrieben, womit sie eine Krise in der Düngemittelversorgung hervorriefen und ernste Schäden in der landwirtschaftlichen Produktion.

In Jamaica unterstützt der OPEC-Sonderfonds mit einem Kredit von 3 Mio Dollar die Drainage, den Bau von Bewässerungs- und Hochwasserschutzanlagen. Neues Land soll erschlossen werden und der Aufbau von Siedlungen der Bauern. Dadurch soll die Abhängigkeit von Lebensmittelimporten verringert werden. Die Landwirtschaft Jamaicas ist von den Imperialisten einseitig auf die „traditionellen" Exportprodukte Zucker, Bananen, Kaffee und Kakao sowie Zitrusfrüchten ausgerichtet worden, sodaß Jamaica wichtige Nahrungsmittel importieren muß und nur ein Drittel des Milchbedarfs aus der eigenen Produktion gedeckt werden kann.

1,65 Mio Dollar werden für Bewässerungs- und Landentwicklungsprogramme in Jordanien zur Verfügung gestellt. Durch die Arbeiten sollen 7 700 ha Land erschlossen werden, womit die Produktion von Früchten hoher Qualität und von Gemüse im Jordantal verdoppelt werden kann. Dieser Kredit des OPEC-Sonderfonds unterstützt die Verwirklichung des Entwicklungsplans Jordaniens für die Jahre 1976-1980, der die Erreichung der Selbstversorgung bei Nahrungsmitteln wie den Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse zur Verminderung des Zahlungsbilanzdefizits vorsieht.

Weitsichtiger Plan des Sudan

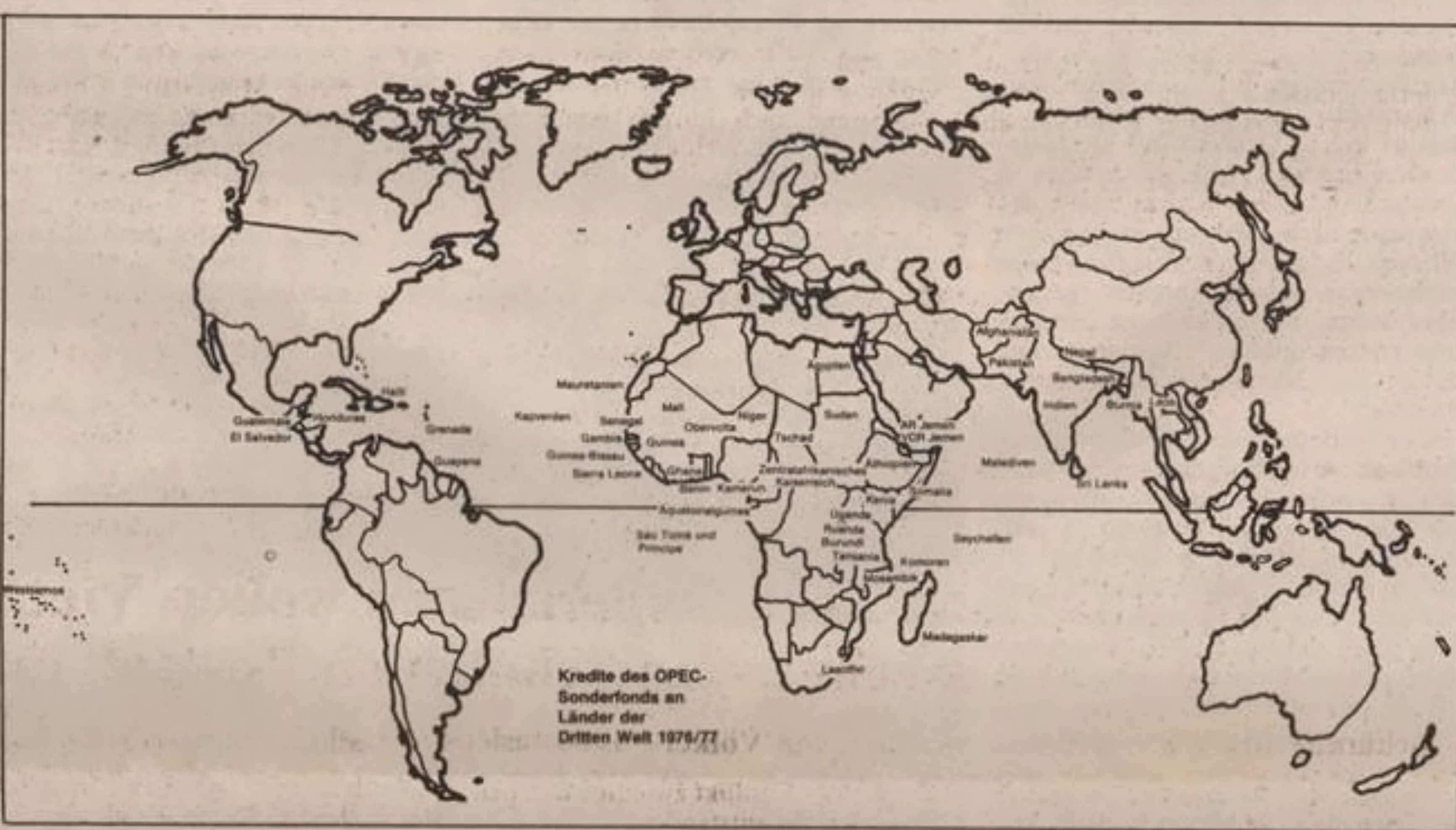
Ein hervorragendes Beispiel für die weitsichtige Politik der arabischen Staaten ist das 25-Jahre-Programm zur landwirtschaftlichen Entwicklung des Sudan. Dies Programm wurde im August 1975 von der sudanesischen Regierung und dem „Arabischen Fonds für wirtschaftliche und soziale 'Entwicklung" als gemeinsames Programm ausgearbeitet und verabschiedet. Der Sudan muß mit der Hinterlassenschaft des britischen Imperialismus fertigwerden, der von der gesamten landwirtschaftlich nutzbaren Fläche des Sudan zehn Prozent für die Versorgung seiner Textilindustrie mit billiger Baumwolle genutzt hat, den Rest brachliegen und verrotten ließ. Die Verschuldung des Sudan bei den Imperialisten war bis 1975 auf 272,5 Mio sudanesische Pfund gestiegen. Die US-Imperialisten machten ein Riesengeschäft über Weizenexporte in den Sudan – jenes Land, das Bankberichte genüßlich als „potentielle Korn-und Brotkammer ganz Afrikas' bezeichnen.

In den ersten zehn Jahren der Verwirklichung des Plans sollen 6 Milliarden Dollar zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion des Landes um jährlich sechs Prozent investiert werden. Das Programm beinhaltet die Unterstützung von mehr als 100 Projekten zur Entwicklung der Landwirtschaft, der Viehzucht und der Agrarindustrie, weiter der Transportwege und Nachrichtenverbindungen. Der Sudan ist das größte Land Afrikas, die britischen Imperialisten hatten 300 km asphaltierte Straße und eine Eisenbahnlinie von Karthoum zum Port Sudan gebaut, ausreichend für sie, die geraubte Produktion rasch ins imperialistische Mutterland abtransportieren zu können. Um die Transportkapazitäten zu verbessern und das Land zu erschließen, wird jetzt das gesamte Eisenbahnnetz ausgebaut, Port Sudan, Karthoum und der Süden des Landes mit einem weitläufigen Straßennetz verbunden, die Flußschiffahrt auf dem Nil ausgebaut und drei Flughäfen in Port Sudan, Malakal und Wan errichtet.

Das größte Einzelvorhaben ist das „Gezira-Projekt" zwischen dem Blauen und Weißen Nil. Mit 8 401 qkm ist es die größte Kooperative der Welt. Um die Abhängigkeit vom Baumwollexport einzuschränken, wird die Fläche für die Baumwollproduktion verringert und Weizen und Erdnüsse produziert. Von 1970 bis 1975 vergrößerte sich das Weizenanbaugebiet um fast das Doppelte. In diesem Gebiet werden nun 75 Prozent der nationalen Produktion an Baumwolle, 12 Prozent von Sorghum und 85 Prozent des Weizens produziert.

Durch den Bau eines Kanals wird der bisher kaum entwickelte Süden des Sudan mit großangelegten Bewässerungsanlagen kultiviert und die Bedingungen für die Produktion von Mais, Sesam, Zuckerrohr und Erdnüssen sind geschaffen. Im Mittleren Teil des Landes soll die Getreideproduktion und die Viehzucht verstärkt werden. Durch Errichtung von Vieh- und Hühnerfarmen soll die Selbstversorgung des Landes mit Fleisch, Geflügel, Eiern und Milchprodukten erreicht werden.

Die sudanesische Regierung betreibt deshalb in Zusammenarbeit mit dem Fonds die Verwirklichung dieses Plans mit großer Sorgfalt – sie ist „lebenswichtig für die Arabische Einheit." – (Korrespondentenbericht Wien)

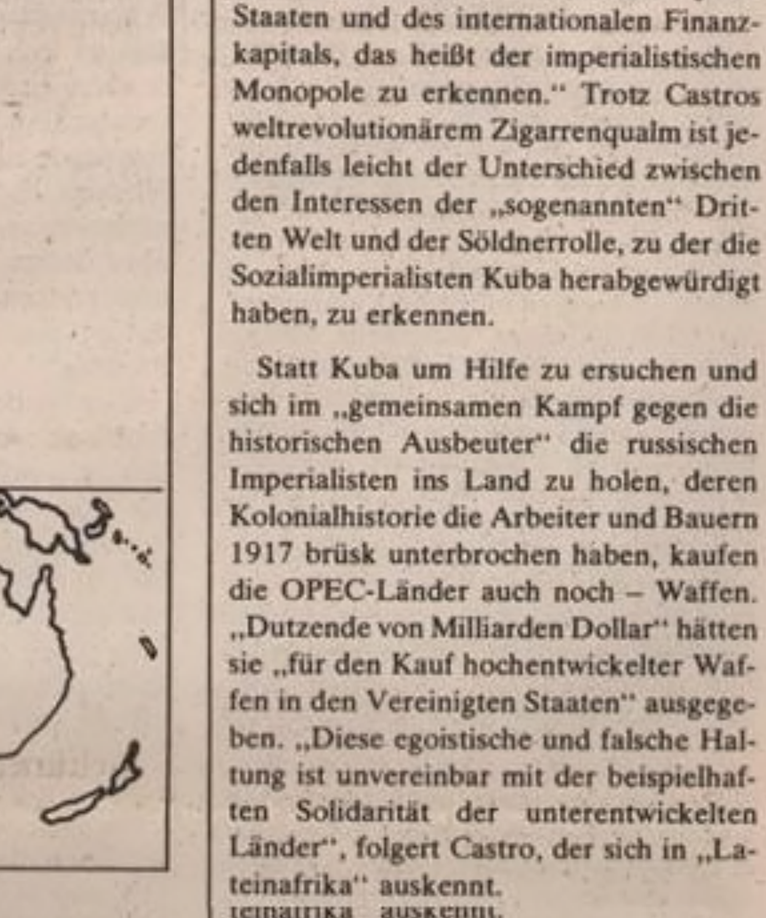


Kredite des OPEC-Sonderfonds an Länder der Dritten Welt 1976/77

„Geradezu pervers"

„Die erdölproduzierenden Länder der unterentwickelten Welt sind nicht die einzigen, die ein Recht auf Leben haben", hatte Fidel Castro im Dezember 1976 festgestellt und gleich darauf seinem Haß auf den Zusammenschluß der OPEC-Länder Luft gemacht, die „praktisch nur in einem einzigen Punkt Einmütigkeit erzielten, nämlich, die Preise zu erhöhen." Und wenn gegen die Ölpreiserhöhungen schon nichts mehr zu machen ist, dann sollten sie wenigstens mit Kuba „die neuen und fabelhaften finanziellen Möglichkeiten, die ihnen zufielen, teilen". Dies wäre „die einzige vernünftige und kluge Politik gewesen, um jene Nationen der sogenannten Dritten Welt im gemeinsamen Kampf gegen ihre *historischen* Ausbeuter geeint zusammenzuhalten". Castro forderte von der OPEC, das Erdöl am besten umsonst nach Kuba zu liefern, wenigstens aber zu Vorzugsbedingungen. Stattdessen aber würden „reaktionäre Regimes ... fantastische Bargeldmengen" anhäufen, „die sie unverzüglich in einem solchen Umfang in Grundstücken, Aktien und Industrieanlagen in den Vereinigten Staaten, England, der BRD und anderen Industrienationen Europas investierten, daß in sehr kurzer Zeit niemand mehr in der Lage sein wird, den *Unterschied* zwischen den Interessen jener Staaten und des internationalen Finanzkapitals, das heißt der imperialistischen Monopole zu erkennen." Trotz Castros weltrevolutionärem Zigarrenqualm ist jedenfalls leicht der Unterschied zwischen den Interessen der „sogenannten" Dritten Welt und der Söldnerrolle, zu der die Sozialimperialisten Kuba herabgewürdigt haben, zu erkennen.

Statt Kuba um Hilfe zu ersuchen und sich im „gemeinsamen Kampf gegen die historischen Ausbeuter" die russischen Imperialisten ins Land zu holen, deren Kolonialhistorie die Arbeiter und Bauern 1917 brüsk unterbrochen haben, kaufen die OPEC-Länder auch noch – Waffen. „Dutzende von Milliarden Dollar" hätten sie „für den Kauf hochentwickelter Waffen in den Vereinigten Staaten" ausgegeben. „Diese egoistische und falsche Haltung ist unvereinbar mit der beispielhaften Solidarität der unterentwickelten Länder", folgert Castro, der sich in „Lateinafrika" auskennt.
teinafrika" auskennt.



Der „Arbeiterkampf" liebt Castro und zollte ihm gleich Dank für seine klaren Worte. Die vorübergehende Spaltung des Ölpreises Anfang 1977 nahm er zum Anlaß, zum x-ten Mal den Zusammenbruch des „OPEC-Kartenhauses" zu konstatieren. (Nr. 96) Beweis: „Saudi-Arabien schwimmt noch immer im Geld. Von den 1975 eingenommenen 3,7 Mrd. Dollar aus Erdölexporten hat .. Abu Dhabi eine halbe Milliarde für die modern ausgerüsteten Streitkräfte mit etwa 10000 Mann verwendet." Der „Arbeiterkampf" und auch andere Hamburger sähen es natürlich lieber, wenn die OPEC-Länder ihre Ölquellen mit Pfeil und Bogen verteidigen würden.

Der saudi-arabische Botschafter in Washington gar sei im Dezember 1976 allen Ernstes für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes eingetreten, zu allem Überfluß auch noch anläßlich der OPEC-Konferenz. Der Botschafter erklärte: „Der Punkt, der genauso stark herausgearbeitet werden muß wie der ökonomische Aspekt, ist die für alle Seiten bestehende Notwendigkeit, voranzukommen bei der Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens in Nahost." Außerordentlich „schweinisch" und „skandalös" muß es für den „Arbeiterkampf" sein, daß Saudi-Arabien in Zusammenarbeit mit anderen arabischen Staaten im letzten Jahr die gemeinsame Waffenproduktion aufgenommen hat.

Regelmäßig trägt der „Arbeiterkampf" sein Anliegen an die OPEC heran, doch endlich zusammenzubrechen. Der einheitliche Ölpreis ist inzwischen wiederhergestellt. Für Lateinamerika hat die OPEC einen Fonds geschaffen, in den die OPEC-Länder 10% der Exporterlöse einzahlen, um die Zahlungsbilanzen der nicht-erdölproduzierenden Länder Lateinamerikas zu unterstützen. Für 1977 zahlte allein Venezuela 100 Mio. Dollar in den Fonds, der acht Ländern zugute kam. Kuba war nicht dabei. „Geradezu pervers" fand der „Arbeiterkampf" unsere Feststellung, daß die OPEC-Länder die Ölpreiserhöhung dazu nutzen, „den Aufbau ihrer Länder und die Unabhängigkeit vom Imperialismus zu fördern". (KVZ 51/76) „Das soll wohl auch für den ... Iran oder Saudi-Arabien gelten?" (Arbeiterkampf 96) In der Tat. – (Z-Red.)

42,5% der ICI-Investitionen aus Steuergeldern

Am 31.5.1978 wurde in Hannover zwischen dem britischen Chemiekonzern ICI, dem Land Niedersachsen und der Stadt Wilhelmshaven ein Vertrag über die größte Industrieansiedlung Niedersachsens unterzeichnet. ICI will 4 Mrd. DM in Wilhelmshaven investieren und 2500 Arbeitsplätze schaffen. Allerdings sind bis 1981 lediglich 800 Mio. DM und 520 Arbeitsplätze zugesagt. „Das geplante Großprojekt der ICI dürfte öffentliche Zuschüsse in einer Größenordnung von etwa 600 Mio. DM erforderlich machen. Von nichts kommt nichts", schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" und weist auf die Subventionen hin, die 42,5% der Gesamtinvestitionen ausmachen.

Mit ICI wird ein besonders unersättlicher Blutsauger nach Wilhelmshaven kommen. Dieser drittgrößte Chemiekonzern Europas konnte seinen Umsatz 1976 um 32,2% steigern, 1977 ist der Umsatz vor allem in Europa weiter gestiegen. Während der Umsatz pro Beschäftigtem im Gesamtkonzern 86600 DM betrug, ist die Ausbeutung in Westdeutschland fast dreimal so groß: 220000 DM Umsatz pro Beschäftigtem. Die „Arbeitsplatzbeschaffung" des ICI-Konzerns ist ebenso: In Offenbach sollten 3000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. 850 waren es schließlich. 200 Mio. DM wurden investiert, das Land und die Gemeinde gaben Zuschüsse. Ende 1977 wurde das Werk ganz geschlossen. Die ICI-Kapitalisten haben die Subventionen eingestrichen, um die Profite hoch zu halten.

Rückrufe

Eineinhalb Jahre hat Ford Granada- und Transitmodelle ausgeliefert, die zu fahren lebensgefährlich ist. Fehler in der Bremsanlage. Sie werden derzeit in die Werkstätten zurückgerufen. 337732 Unfälle mit Personenschaden hat es 1975 gegeben. Menschliches Versagen, Unvernunft der Verkehrsteilnehmer, heißt es lapidar. Schwer ist es für den „einfachen" Verkehrsteilnehmer, technische Mängel nachzuweisen. Unübersehbar und mit großen Opfern für die Volksmassen verbunden ist der Pfusch, ehe sich die Kapitalisten zu einer Rückrufaktion entschließen. Sie kalkulieren: Was ist teurer, eine Rückrufaktion oder Regreßkosten?

Neben Ford werden allein in den ersten Monaten des Jahres 1978 zurückgerufen: seit Februar 167000 Golf und Scirocco in der BRD und 383000 weltweit mit einem Lenkgetriebeschaden, seit April VW-Transporter aus der Produktion von März bis September 1977 mit Bruchgefahr der Lenkhebelwelle, von Leyland 1250 Wagen des Typs Innocenti 90L und 120L wegen eines Fehlers beim Hauptbremszylinder. Mehr und umfangreichere Aktionen dieser Art gibt es mit der Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter in der Automobil- und der Zulieferindustrie. Das kann man gut sehen an den VW-Transportern. Die Mittellenkwelle ist bei dieser Serie so verändert worden, daß dort, wo der Umlenkhebel befestigt ist, eine Ringnut gedreht ist. Der Effekt: Die Lenkung läßt sich schneller montieren, doch bei Beanspruchung kann die Welle leicht brechen. Vorher war an dieser Welle nur eine Einkerbung gefräst, das war stabiler, aber die Montage dauerte länger. Die Arbeiter sind allein durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln in den Händen der profitgierigen Ausbeuterklasse daran gehindert, sichere und haltbare Autos zu bauen. – (N-Red.)

Haftbefehl gegen die Genossin Zimmer – Reaktion eröffnet Wahlkampf in Westberlin

Um auf alle Fälle eine Haftstrafe sicherzustellen, hat Oberstaatsanwalt Nagel sechs Beleidigungsklagen gegen D. Zimmer, Sekretärin der Bezirksleitung Westberlin des KBW, zu einer Anklage zusammengezogen. Beleidigt fühlten sich Professoren, ein Chefarzt, leitende Angestellte und ein Schulrektor wegen Enthüllungen über ihre Unterstützung des Ehrenbergprogramms, Tatsachen über die Ausbeutergeschichte ihres Geschlechts und darüber, wie sie auf Schülern, Studenten und Beschäftigten versuchen herumzutrampeln.

Am Prozeßtag war die Genossin Zimmer krank, das Gericht hätte sie am liebsten verhandlungsunfähig vorgeführt. Das Gericht erließ Haftbefehl, gegen den Beschwerde eingelegt wurde. Landgerichtsdirektor Reinwarth hat Dienstag dieser Woche über den Haftbefehl entschieden, keine Entscheidung bekanntzugeben und die Genossin Zimmer sozusagen für vogelfrei zu erklären. Gleichzeitig verhindert die Justiz die Arbeit der Verteidiger, indem sie die Prozeßakte hat verschwinden lassen.

Am Samstag haben Genossen vor Landgerichtsdirektor Reinwarths Wohnung eine kurze Kundgebung abgehalten, wo er selbst sich nicht vorgetraut hat, aber seine Frau sich recht aufgeregt zeigte. In den umliegenden Häusern und an der Straßenecke wurden in einer Stunde sieben Kommunistische Volkszeitungen verkauft.

Die Polizei ist nach einer Stunde völlig kopflos angerast gekommen, war in der Straße völlig isoliert und nicht einsatzfähig. Ein Polizist niederen Dienstgrades hat das Programm des KBW gekauft. Die Bourgeoisie bereitet die Wahlen im März nächsten Jahres in Westberlin vor; mit Hilfe der Justiz. – (Bezirk Westberlin)

Hamburger Senat: In der letzten Bürgerschaftssitzung noch mal ordentlich zugelangt

„Wir haben die längste Tagesordnung unserer Geschichte bewältigt", 110 Tagesordnungspunkte, verkündete Bürgerschaftspräsident Dau zum Abschluß der letzten Bürgerschaftssitzung vor der Wahl. Eingeleitet haben die bürgerlichen Politiker die Sitzung in der St. Petri Kirche mit dem gemeinsamen Absingen des Gebetes: „O komm du Geist der Wahrheit, und kehre bei uns ein. Verbreite Licht und Klarheit, verbanne Trug und Schein."

Ein „Schlußstrich wurde unter die Reynoldsaffäre" gezogen. Mit über 200 Millionen DM hatte die Stadt Hamburg die Ansiedlung des Aluminiumwerkes subventioniert, und noch einmal für 500 Millionen DM wurden Bürgschaften festgelegt. Weitere Subventionen – nach Angaben des Senats zwischen 25 und 37 Millionen DM – wurden für den Gesamtkomplex aufgebracht. Daß es um knallharte Konkurrenz der Imperialisten ging und um den Aufbau eines westdeutschen Aluminiumkonzerns, zeigen die Aussagen des ehemaligen Wirtschaftssenators Kern in den Ausschußsitzungen: „Wir standen 1. vor der Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland ein starker Importplatz für Aluminium war. Wir standen 2. vor der Tatsache, (...) daß es der in Deutschland produzierenden Industrie gelingen müßte, in Deutschland selber bis zur Höhe des bundesdeutschen Bedarfs in etwa auch Absatzfähigkeit zu finden, und zwar verbesserte Absatzfähigkeit gegenüber denen, die von anderen Ländern importieren müssen." Voraussetzung dafür: ein „Strompreis von rund 2 Pfennig".

Zur Förderung der „Wettbewerbssituation der Hamburger Werften" wurden besondere Posten geschaffen, um die Kapitalisten mit weiteren 35 Millionen DM bei der Ausbeutung der Werftarbeiter zu unterstützen. In einer Mitteilung wird festgestellt, daß es im Jahr 1977 gelungen ist, „Kleingärten schneller zu räumen, als aufgrund der bisher gesammelten Erfahrung anzunehmen war." Gleich stößt die Bürgerschaft nach: das „Sonderprogramm zur Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen" wird um 3 Millionen DM auf 10 Millionen DM erhöht, ein „Dispositionsfonds" von 500000 DM zum schnellen Raub des Eigentums der Arbeiter geschaffen.

Um die Kriegskasse der Kapitalisten für ihre Expansion zu füllen, sollen die Volksmassen geplündert werden. Über Gebühren, Steuern und den Zugriff auf die Versicherungskassen der Arbeiterklasse. Getreu dem Spruch des St. Petri Hauptpastors Carl Malsch bei der einleitenden Gebetsstunde der Bürgerschaft, „Ohne Streit kommen wir nicht zum Frieden", haben sich die bürgerlichen Politiker dann ins Zeug gelegt, um den Betrug als Schauspiel zu führen bei der Durchsetzung des Krankenhausbedarfsplanes. Der gesundheitspolitische Sprecher der SPD Tarnowski krakeelte über das neuerbaute Altonaer Krankenhaus: „Schwerkranke werden angebrüllt, es wird einsam in Badezimmern gestorben, ein Hauch von Eiseskälte weht durch die Krankenhäuser". Im AK Altona würde bei Patienten auf den Fluren Darmbehandlungen durchgeführt. Das Programm soll durchgesetzt werden, die durch die Ausbeutung ruinierten Arbeiter sollen um die Ecke gebracht werden, und das Krankenpflegepersonal soll verstärkt Mehrarbeit ausgesetzt werden. Das Hamburger Abendblatt schreibt: „Alle Parteien bekundeten Erschrecken über diese Zustände." Nicht, daß sie erschrocken sind über die Krankenversorgung der Arbeiter, sondern der Schreck ist ihnen in die Glieder gefahren, weil sie merken, daß sie unter diesen Umständen sich mit ihrem Bedarfsplan nicht gegen das Volk werden durchsetzen können. Befriedigt zur Kenntnis genommen haben sie dann auch den Bericht des Gesundheitsausschusses. Die Rentner müßten zunächst erstmal raus aus den Krankenhäusern. Es heißt: „Die intensive Betreuung in den Pflegeheimen erlaube eine frühzeitige Verlegung." Erst einmal aus dem Krankenhaus verschoben, soll dann der alte Arbeiter gleich um die Ecke gebracht werden, direkt nach Anweisung von Ehrenberg. Die Senatsvertreter teilten mit: „daß in den Heimen der Arbeits- und Sozialbehörde in erster Linie eine sozialgerichtete Rehabilitation durchgeführt werde. Eine medizinische Rehabilitation, die die Herstellung des ursprünglichen Gesundheitszustandes zum Ziel habe, könne in diesen Heimen nicht gewährleistet werden."

Ohne weitere Unterdrückung läßt sich die verschärfte Ausbeutung und Ausplünderung nicht durchsetzen. Das Landeshochschulgesetz wurde verabschiedet. Es schreibt Lehre und Studium „auf die verfassungsmäßige Ordnung" fest. Die Studenten sollen sich der Studienordnung unterwerfen. Die Studenten sollen jeden Schmarren fressen. Um den Kampf der Studenten dagegen zu unterdrücken, wird die Verfaßte Studentenschaft in § 131 auf die „Wahrnehmung hochschulpolitischer Aufgaben" festgelegt, sowie auf die Verteidigung der Ausbeuterordnung. Mit Hilfe des Noten- und Prüfungsterrors soll das durchgesetzt werden.

Um zu überprüfen, wie weit sie mit der Spaltung und Unterdrückung der Jugend an den Schulen vorangekommen sind, dazu haben sich die Abgeordneten mit dringlichen Ausschußberichten informieren lassen. Das Schulgesetz muß erst noch durchgesetzt werden an den Schulen.

Gegen all diese Maßnahmen der Bourgeoisie gibt es Widerstand. Darum wird die Bereitschaftspolizei um 800 Mann verstärkt, der Senat wird ersucht, zu prüfen, wie das „rechtliche Instrumentarium" zu verbessern ist, um revolutionären „Parteien und Vereinigungen" Veranstaltungen in den Hamburger Hochschulen zu verbieten.

Diesen Kurs der Reaktion hat die SPD schon in dem Wahlkampf verfolgt, indem sie Stände und Redner des KBW durch Polizei zu überfallen versuchte. Sie hat sich dabei nicht durchsetzen können. Sie wird die Gangart der Reaktion nach den Wahlen verschärfen.

Subventionen an die Kapitalisten in Niedersachsen von 1972 bis 1976 in 1000 DM

Regierungsbezirk	Investitionen (Stand 30.9.76)	Zuschüsse	Kredite	Bürgschaften
Hannover	431247	23839	75885	115853
Hildesheim	1260508	39602	87478	108856
Lüneburg	929839	37883	60604	68321
Stade	422101	89105	1044391	91349
Osnabrück	1177821	45118	206225	125098
Aurich	1348313	73951	44255	207789
Braunschweig	4157348	52411	56022	48735
Oldenburg	2224271	31568	142860	187913

Innerhalb von vier Jahren haben die niedersächsischen Kapitalisten vom Staat fast 15 Mrd. DM an Subventionen erhalten. Sie gieren nach Höchst- und Extraprofiten und lassen sich vom Staat den größten Teil des konstanten Kapitals zahlen, daß sonst auf die Profitrate drücken würde. Aufkommen müssen dafür die Volksmassen über die Zwangssteuer Lohnsteuer, über die indirekten Steuern, über Abgaben und Gebühren. Die Lohnsteuereinnahmen des Staates sind im April 1978 gegenüber April 1977 um 3,2% auf 5825,2 Mio. zurückgegangen. Die indirekten Bundessteuern z.B. für Tabak, Zucker, Mineralöl etc. sind um 93,3 Mio. DM auf 33111 Mio. DM erhöht worden, die Ländersteuern wie Kraftfahrzeugsteuern, Biersteuer sind um 76,1 Mio. auf 1024 Mio. DM gestiegen. Gegenüber dieser Ausplünderungspolitik, die über das Jahr gerechnet drei, vier Monate ausmacht, ist es richtig, die Forderung nach 1500 DM steuerfrei (unser Bild: Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhung in Westberlin im März 1977) und die Abschaffung aller indirekten Steuern zu erheben.

Schülertransportkosten – Die Landesregierung muß zahlen

Nienburger Eltern erkämpfen Buslinie, Schüleraktion für Bezahlung der Schulkosten

Seit Wochen demonstrieren die Schüler in Schleswig-Holstein gegen den Schulgesetzentwurf der Landesregierung. Schulstreiks werden durchgeführt. Am 9.5. streiken die Schüler der Integrierten Gesamtschule Roderbruch (Hannover). Am 31.5. demonstrieren 3500 Schüler und Eltern der Integrierten Gesamtschulen Hannovers gegen Lehrerstellenstreichungen. In Braunschweig demonstrieren 150 Schüler unter Führung des Stadtschülerrates am 29.5. unter den Forderungen: Einstellung aller Lehrer, Lernmittelfreiheit!

Es ist auffällig: Die Kämpfe gegen das bürgerliche Schul- und Bildungswesen nehmen einen neuen Aufschwung; und sie entfalten sich gerade auch inmitten der „Prunkstücke" der imperialistischen Bildungsreform, den Gesamtschulen.

Und die Erfahrung ist, daß diese Schulen enorm teuer sind. Neben den Ausgaben für Lernmittel, die für ein Kind bestimmt bei 300 bis 400 DM pro Jahr liegen, reißen die Transportkosten für die Kinder ein großes Loch in die Taschen der Lohnabhängigen. War noch bis Anfang der sechziger Jahre die Schule in den meisten Fällen zu Fuß innerhalb von zwanzig Minuten erreichbar, haben heute selbst die Schüler der Grundschulen oft einen Schulweg von mindestens 4 Kilometer und müssen öffentliche Verkehrsmittel benutzen. Dies ist direktes Produkt der imperialistischen Bildungsreform mit der Vernichtung vieler kleinerer Schulen, besonders in den ländlichen Gebieten, und der Schaffung von Mittelpunktschulen bzw. Gesamtschulen.

Etliche Schulgebäude, in den fünfziger Jahren neu errichtet, stehen in kleineren Gemeinden heute ungenutzt herum oder sind abgerissen worden. Mit den Schulzentren sind die Schüler zwangsverfrachtet worden. „Lenkung der Schülerströme" heißt das dann in bürgerlichem Soziologendeutsch.

Ein Beispiel: Im Raum Koenigslutter (Südostniedersachsen) müssen seit der Gebietsreform alle Schüler aus 17 Gemeinden ab dem 4. Schuljahr nach Koenigslutter. Für viele Hauptschüler heißt das 10 km Schulweg. Die Grundschule für 7 Dörfer ist in Neindorf zentralisiert. Für einen sechsjährigen Schüler aus Beienrode sind das 7 km Schulweg. Zur Berufsschule oder zum Gymnasium nach Helmstedt sind es 24 km für einen Weg. Wir haben ausgerechnet, daß bei einem Kind schnell zusätzliche Kosten von 70 und mehr Mark im Monat entstehen. Ein ganzes Nettomonatsgehalt geht also drauf für Fahrtkosten.

Die niedersächsische Landesregierung erklärt auf eine Anfrage des Abgeordneten Haberlandt (SPD): „Ein Schulweg von 23 km mit den dabei entstehenden Kosten von rund 70 DM/monatlich ist ... kein Einzelfall ... Die Landesregierung sieht keine Benachteiligung, die Sonderregelungen rechtfertigen würde." (Drucksache 8/3426)

Mittlerweile sind ihnen die Frechheiten etwas vergangen. Die besorgten Anfragen von unter Druck stehenden Abgeordneten haben sich im Landtag gehäuft, und der Haushaltsansatz für die Durchführung von Schülertransporten ist für 1978 von 118 auf 150 Mio. DM erhöht worden. Kultusminister Remmers preist diese seine Großtat in den höchsten Tönen, um gleichzeitig zu bemerken, damit sei die Einführung der Lernmittelfreiheit auf absehbare Zeit unmöglich. Ein dreckiges Manöver, wo zudem längst nicht allen die Transportkosten erstattet werden, sondern nur denen, die in schuleigenen Bussen gefahren werden. Der Schüler in Hannover zahlt seine Monatskarte für 30 DM alleine. Daß Remmers den Haushaltsansatz erhöhen mußte und der schleswig-holsteinische Minister Braun die Ausdehnung des Schultransportes ankündigt, ist den Kämpfen von Schülern, Arbeitern und Angestellten zu danken. In Nienburg haben Eltern die Stadt gezwungen, eine Buslinie in die Innenstadt zu den Schulen neu einzurichten. Bisher hatten sie ihre Kinder in gemeinsamer Aktion mit dem Auto zur Schule fahren müssen. Zusätzliche Benzinkosten: ca. 800 DM/Jahr. Nach Protestbriefen, Versammlungen und Drohung mit Schulstreik ist die Buslinie eingerichtet worden. Man wird auch den Remmers noch zur Bezahlung zwingen können. – (N-Red.)

Unbezahlte Mehrarbeit eines Lehrers

Tätigkeit	monatliche Mehrarbeit
Fortbildungskurse am Institut für Lehrerfortbildung	12,00 Std.
Landesbildstelle: Filme raussuchen, bestellen, hingehen	2,50 Std.
Klassenreise: 1 Woche in 2 Jahren, Einsatz mit Bereitschaft rund um die Uhr auf 1 Monat in 2 Jahren umgerechnet, abzüglich 40 Std., die anerkannt werden	5,30 Std.
Vorbereitungen: Bus bestellen, Unterkunft anmelden ...	1,25 Std.
Elternabende: 1 mal in 2 Monaten	1,50 Std.
Elterngespräche:	6,00 Std.
Allgem. Konferenzen	1,50 Std.
Zeugniskonferenzen	1,00 Std.
Ausflug: 1 mal im Monat	4 bis 6 Std.
Schülerbericht für Klasse 4 und 6: 2 Std. pro Bericht, macht 60 Std. alle 2 Jahre, umgerechnet auf 1 Monat	2,50 Std.
Klassenfest: 1 mal pro Halbjahr	0,60 Std.
Betreuung von Referendaren	16,00 Std.
	54,70 Std.

Die Grundlage des Dienstherrn, unbezahlte Überstunden vom Lehrer zu erzwingen, ist die Knute des Beamtengesetzes: „Der Beamte hat sich mit voller Hingabe seinem Beruf zu widmen. Er hat sein Amt uneigennützig nach bestem Gewissen zu verwalten" und „Der Beamte ist verpflichtet, ohne Entschädigung über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus Dienst zu tun, wenn zwingende dienstliche Verhältnisse es erfordern." Es ist richtig, in den jetzigen Kämpfen gegen das bürgerliche Schulwesen, die Forderung nach Abschaffung des Beamtenrechtes zu erheben.